

Nr. 1

1.-7. Januar 1990

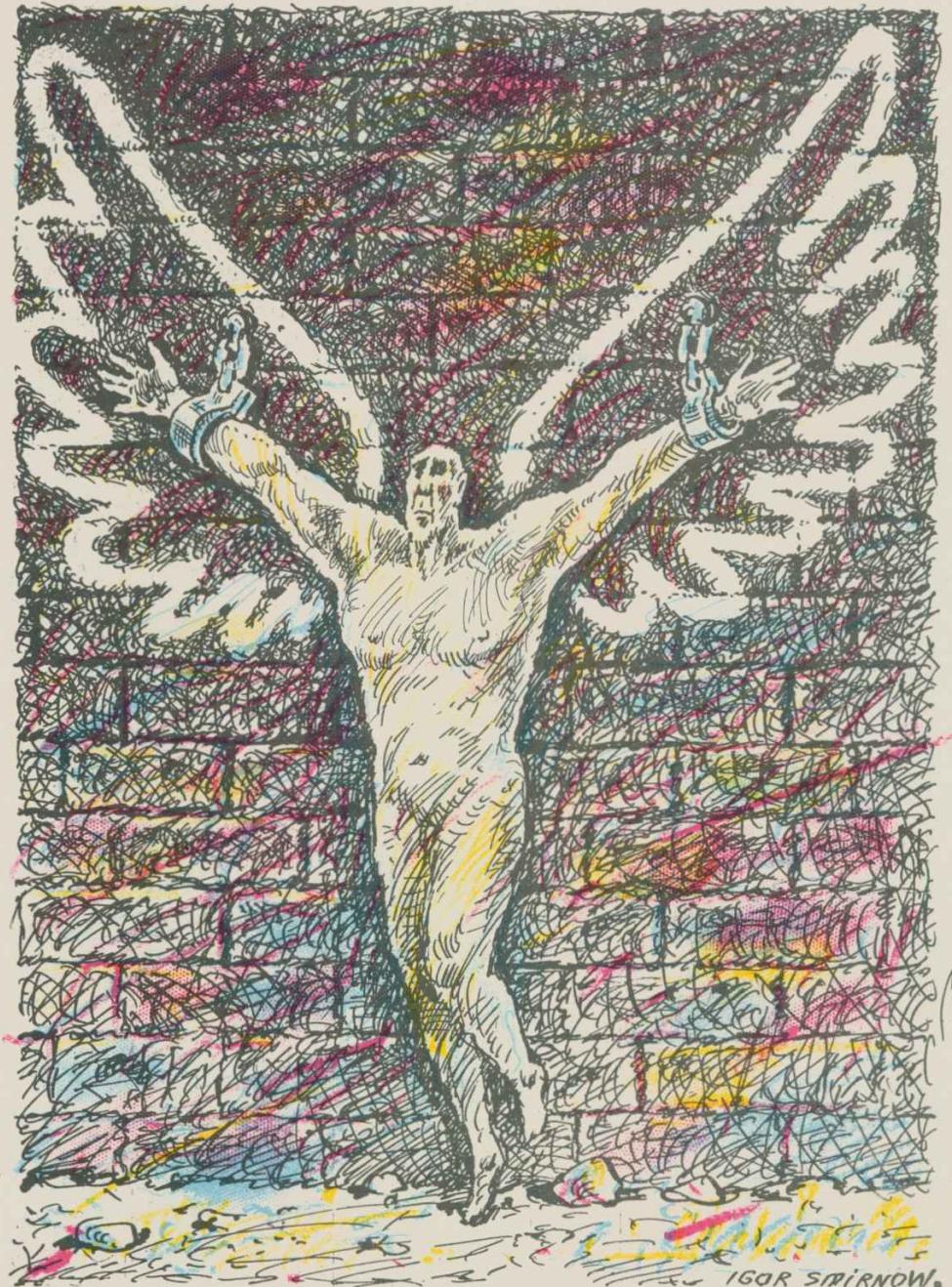
BRD 2,- DM
Österreich 10,- ÖS
Schweiz 1,80 sfr
Westberlin 2,- DM

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

NEUE ZEIT

Ein gutes neues Jahr!



Zeichnung: Igor Smirnow

NEUE ZEIT

Nr. 1
Gründungsjahr
der deutschen
Ausgabe 1945

LESERBRIEFE (2), PERSONALIEN (44)

NZ-PREISTRÄGER 4

RUMÄNIEN M. Pawlowa-Silwanskaja DAS ENDE DES CONDUCATOR 5

UdSSR DEMOKRATISCHER PRÜFSTEIN 8

DDR A. Kowrigin WEIT GEÖFFNET 13

BETRACHTUNGEN W. Tschirkow FALLSCHIRMJÄGER-DIPLOMATIE 15

CHILE V. Sobolew URTEIL ÜBER DIE DIKTATUR 17

BRASILIEN W. Golenkow EIN SCHWERES ERBE 19

GEMEINSAMES HAUS EUROPA G. Sidorowa DAS ZWEI-TAGE-INTERVIEW 20

EXKLUSIV FÜR DIE NZ „WIR SIND OPTIMISTEN“

Interview mit dem Präsidenten Afghanistans Najibullah 23

PROGNOSEN WAS BRINGT UNS DAS NEUE JAHR? 24,34

SÜDAFRIKA

VOM KRIEG DER RASSEN ZUR HARMONIE Gespräch mit dem RSA-Präsidenten

Frederik de Klerk 28

HALBINSEL KOREA

J. Starostenko DER GEFAHRLICHE BREITENGRAD 29

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE

V. Ganjuschkin, V. Lebedew FATA MORGANA ZUM ANFASSEN 30

FRAUEN-LOGIK T. Iwanowa ICH GLAUBE AN EINE AUFERSTEHUNG 33

JUNGE WELT S. Solowejtschik WELCHES BROT SCHMECKT BESSER? 38

KULTUR UND POLITIK A. Pumpjanski VON EINEM ALPDRUCK BEFREIT 40

KUNST J. Borowoj MASKAL FLOWER 46

NOTFÄLLE B. Balkarej MORD IN DUBNA 47

FESTIVAL „NOWOJE WREMJA“ EINE BRÜCKE 48

Titelbild: Igor Rogatschewski

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-42-23, 200-41-92

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch • Druck: „Moskowskaja Prawda“



Rumänien
ohne den
Tyrannen
S.5



Das Wunder
Vereinigte
Arabische
Emirate
S.30

Chefredakteur

Vitali IGNATENKO

Redaktionskollegium:

Leonid ABRAMOW,

Lew BESYMEINSKI,

Alexej BUKALOW

(verantwortl. Sekretär),

Vitali GANJUSCHKIN

(stellv.

Chefredakteur),

Alexander DIDUSSENKO,

Sergej GOLJAKOW,

Wladimir

KULISTIKOW

(stellv. Chefredakteur).

Leonid MLETSCHIN,

Dmitri POGORSHELSKI,

Alexander PUMPJANSKI

(1. stellv.

Chefredakteur),

Galina SIDOROWA,

Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:

Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur
der deutschen Ausgabe:
Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:

Algier

Jewgeni BOBROW;

Belgrad

Gennadij SYSSOJEV;

Berlin

Anatoli KOWRIGIN;

Bonn

Nikita SHOLKWER;

Bukarest

Sergej SWIRIN;

Delhi

Sergej IRODOW;

Havanna

Vitali SOBOLEV;

Lusaka

Nikolai RESCHETNJAK;

Managua

Juri KUDIMOW;

New York

Jewgeni ANDRIANOW;

Rom

Pawel NEGOIZA;

Stockholm

Alexander POLJUCHOW;

Tokio

Wladimir

OWSJANNIKOW.

Auslandsredaktionen:

Warschau, „Nowe Czasy“

Jan LYSEK;

Prag, „Nova doba“

Vladimir TRAVNICEK;

Athen, „Nei Keri“

Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

„Dank an die ‚Übersinnlichen‘“

(NZ 39/89)

■ Ich teile den Standpunkt vieler Fachleute auf dem Gebiet der Sozialpsychologie: Die massenhafte Hinwendung der Menschen zu Übersinnlichen, Astrologen, Wahrsagern und Gesundbettern ist ein gefährliches Symptom, das davon zeugt, daß in der Gesellschaft etwas nicht stimmt. Man kann die verzweifelten Leute ja verstehen, denen die moderne Medizin nicht helfen kann.

Wenn man aber ausschließlich auf die Übersinnlichen setzt, kann das dazu führen, daß alles, was die zivilisierte Menschheit zur Linderung von Leiden erfunden hat, angefangen bei der Bibel, über die Musik von Bach und die Romane von Tolstoi, bis hin zur Computertomographie und Korrektur von Erbkrankheiten, in unserem unglücklichen Vaterland durch Fernsehauftritte von Tschumak und Kaschpirowski ersetzt wird.

Tschumak hatte kürzlich versprochen, mit seiner Energie Gemüselager zu „bestrahlen“, um

damit den Anteil von verfaultem Obst und Gemüse zu verringern. Er bezeichnete das als Beitrag zum Lebensmittelprogramm. Ich würde mich überhaupt nicht wundern, wenn er oder ein anderer Übersinnlicher in ein paar Jahren dem Volk weiszumachen versucht, man könne auch Brot aus Sägespänen essen...

Die Zeit der Profis ist in unserem Land entweder schon vorbei oder hat noch nie begonnen...

Alexej Katschurin

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Leningrad, RSFSR

Leserbrief

von I. Krasnikow

(NZ 34/89)

■ Der Leser will Leuten, die wenig mit der russischen Geschichte vertraut sind, davon überzeugen, Rußland habe seit Iwan dem Schrecklichen keine nationalen Zwistigkeiten gekannt. Würde man dem Glauben schenken, hat es 1794, 1830/31 und 1863 keine polnischen Aufstände gegen

die nationale Unterdrückung gegeben. Werden wir denn heute, in der Zeit einer objektiven Betrachtungsweise der Geschichte, immer noch den Anschein erwecken, als hätte es keinen langen Krieg der Bergbewohner des Kaukasus gegen die Zarenherrschaft gegeben? Und was machen wir mit den unterdrückten Völkern, die an der Wolga und im Ural beheimatet sind? Sollen wir die Tataren, Baschkiren, Tschuwaschen, Mari, Udmurten und Mordwinen etwa auch aus der Geschichte Rußlands streichen? Und was ist mit den Pogromen, als Schwarzhunderter aus dem „Bund des russischen Volkes“ im Zeichen des Kreuzes Menschen beraubten, vergewaltigten und ermordeten, nur weil diese Juden waren? Soll das etwa auch nicht gewesen sein?

Der Autor stellte die Frage: „Vielleicht liegt das gar nicht an Stalin und nicht an Breshnew, sondern an etwas gänzlich anderem?“ Diese Frage ist keine rhetorische, sondern eine provozierende

„Afghanistankämpfer“

(Personalien in NZ 32/89)

■ Seit der Zeit, da die Unionsassoziation der Räte von Reservisten und Internationalisten und patriotischen Vereinigungen gegründet wurde, werden wir immer wieder mit dem Problem der sozialen Rehabilitierung ehemaliger Afghanistankämpfer, insbesondere von Invaliden des Afghanistankrieges, konfrontiert. Als das Volkskomitee „Nadeschda“ („Hoffnung“) mit der Initiative auftrat, in der UdSSR einen „Orden der Barmherzigkeit und des sozialen Schutzes“ zu gründen, entschlossen wir uns, dieses Vorhaben zu unterstützen und neben Organisationen wie „Haus des Friedens und der Barmherzigkeit“, „Gandhi-Fonds“ und „Fonds der Perspektiven der Menschheit“ einer der Gründer zu werden.

Der Orden der Barmherzigkeit wurde inzwischen gegründet, und es gibt schon die ersten Ideen. So sollen Subbotniki zum Bau von Auffahrten an Straßenkreuzungen organisiert werden, die nicht nur den Afghanistan-Invaliden zugute kommen. Endlich soll auch die Behandlung von Opfern des Drogen- und Alkoholmissbrauchs zum Zuge kommen. Das sind auch unsere Probleme.

Jetzt hängt alles daran, daß die Regierung, wenn sie überhaupt Mittel für die soziale Unterstützung der Bedürftigen bereitstellt, das nur zeit-

lich begrenzt oder als einmalige Aktion tut. Wir denken, der Orden der Barmherzigkeit könnte Mittel zusammenbringen, die nicht dem Staatshaushalt, sondern einzelnen Firmen, Betrieben und Organisationen entstammen, und diese zum Wohl der Gesellschaft einsetzen. Man könnte einmal pro Monat eine Stunde der Barmherzigkeit durchführen, Transportmittel, Straßen und Räume für Behinderte umgestalten usw. Wer sagt, daß all das für den Staat ökonomisch uneffektiv sei? Wer sagt, daß solche Aktionen der Barmherzigkeit künftig keinen Gewinn abwerfen, der wiederum den sozialen Bedürfnissen der Gesellschaft zugute kommt, den Alten, Armen und kinderreichen Familien, die oft genug unter ärmlichsten Bedingungen leben?

Oleg Sapertow
Vorsitzender der Assoziation

Wladimir Turtschin

Stellvertreter

Von der Redaktion: Wie uns bekannt ist, hat es in der UdSSR einen Barmherzigkeits-Orden gegeben, der vielleicht sogar noch existiert. Ihm gehörten Nonnen und ältere Gläubige an, die sich in einer Kirche im Moskowezki-Rayon von Moskau eingerichtet hatten. Später wurden sie ausgesiedelt. Wo sind sie jetzt? Sind sie noch tätig? Wir werden nach Ihnen suchen und gleichzeitig beim Rat für Religionsangelegenheiten nachforschen, wie dieser erste Orden der Barmherzigkeit liquidiert wurde. Wir würden uns freuen, wenn unsere Leser hierbei helfen würden.

Wer liquidierte den „Orden der Barmherzigkeit“?

Übersinnliche und das Lebensmittelprogramm

Von Iwan dem Schrecklichen bis Jossif Stalin

Wir haben unsere eigene Erotik!

rende, denn man kann nicht glauben, er habe von der zwangsweisen Umsiedlung vieler Völker aus ihrer Heimat nach Sibirien, Kasachstan und Mittelasien auf Befehl Stalins nichts gewußt. Man sollte sich übrigens daran erinnern, daß die ersten Opfer der Stalinischen Repressionen Russen waren. Sie waren es, an denen der „große Führer aller Völker und Zeiten“ die Errichtung seines Kasernenhof- und Lager-Sozialismus ausprobte, indem er in den 20er und 30er Jahren Hunderttausende von Bauern enteignete und verbannte, die jahrhundertelang nicht nur Rußland mit Getreide versorgten...

I. Sibgatullin

Kasan, Tatarische ASSR

„Rein nationaler Sex“

(„Tagebuch des Soziologen“ NZ 46/89)

■ Der Autor dieses Beitrages kritisierte scharf die Veröffentlichung über Erotik in der lettischen Zeitschrift „Rodnik“. Es ist nur schwer zu begreifen, warum die Wahl bei einer so breiten Palette an Periodika ausgerechnet auf die Zeitschrift „Rodnik“ gefallen ist, die sicher kaum jemand außerhalb der Unionsrepublik liest. Warum hat diese Veröffentlichung die Aufmerksamkeit Ihres Soziologen geweckt? Bekanntlich reden und schreiben jene viel über Sex, bei denen damit etwas nicht in Ord-

nung ist... Ich denke, es ist Sache der Redaktion von „Rodnik“ zu entscheiden, was auf den Seiten ihrer Zeitschrift veröffentlicht wird. Und ich will, daß alle es wissen: In Zukunft werden wir über unsere Belange selbst entscheiden! Natürlich verbietet Ihnen niemand, eine eigene Meinung zu haben, uns aber auch nicht.

Mit vielen Grüßen aus dem wil-

den Westen des Imperiums

Janis Kalnins
Riga, Lettische SSR

„Festival „Nowoje wremja““

■ Natürlich dürfen wir uns nicht mehr wie früher durch einen „eisernen Vorhang“ von der Kunst des Auslands abschirmen. Wir sind verpflichtet, Künstler einzuladen und selbst zu ihnen zu

fahren. Keinesfalls sollte man aber seinen sowjetischen Stolz verlieren und unsere ehemaligen Mitbürger um ihre Teilnahme an unseren Kulturveranstaltungen betteln!

Vielelleicht sollte man die Erfahrungen unserer jungen Musiker und Schachspieler nutzen und regelmäßig WELTFESTSPIELE DER KUNST mit Sektionen für Violinisten, Pianisten und Sängern durchführen, wo die Interpreten miteinander um die beste Darbietung wetteifern? Dazu sollte man nicht nur Künstler der „russischen Emigration“ einladen, sondern alle hervorragenden Musiker aus Ost und West...

Gabriel Tomas
KPdSU-Mitglied seit 1936
Tjumen, RSFSR

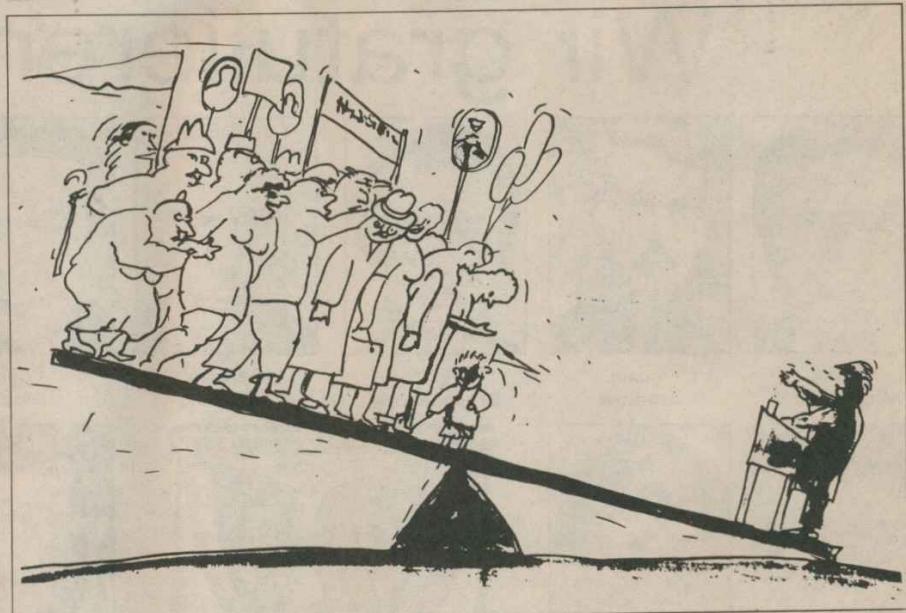
„Junge Welt“

■ Kürzlich habe ich mir das erste Mal Gedanken darüber gemacht, daß es bei uns in der Sowjetunion den Begriff des juristischen Schutzes des Lehrers nicht gibt. Über seine Pflichten gegenüber dem Gesetz weiß jeder Lehrer gut Bescheid, denn alljährlich müssen wir ein wichtiges und schreckliches Dokument unterschreiben, in dem es heißt, daß jeder Lehrer im Laufe des Unterrichtstages die volle juristische Verantwortung für das Leben und die Gesundheit der Kinder trägt. Hier ein konkretes Beispiel. Während der Pause beschlossen einige Schüler, die nächste Stunde zu schwänzen. Am Ausgang stand ein aufsichtsführender Lehrer. Sie stiegen also aus dem Fenster. Die Sache endete tragisch, der

aufsichtsführende Lehrer, der Direktor und sein Stellvertreter wurden entlassen. Ist das gerecht? Der Lehrer muß Unmögliches können, nämlich gleichzeitig im Klassenzimmer, auf dem Korridor, im Speiseraum, in der Toilette, auf der Straße und in der Garderobe sein. Ja, auch in der Garderobe, denn für gestohlene Sachen sind wir ebenfalls materiell verantwortlich. Der Lehrer hat also sehr viele Pflichten gegenüber den Schülern, den Eltern und den Vorgesetzten. Die Schüler, Eltern und die Bildungsbehörde verfügen zudem noch über umfassende Rechte gegenüber den Lehrern: Man kann sie wählen, sich über sie beschweren, sie kontrollieren oder feuern... Vielleicht ist es nun an der Zeit, ein gewisses Gleichgewicht zwischen diesen Rechten und Pflichten herzustellen?

O. Nikolajewa
Unterstufenlehrerin
Moskau

SO GESEHEN



Zeichnung: W. Kabaschew

„Reine Luft, Geld und Geheimhaltung“ (NZ 32/89)

■ Kürzlich haben amerikanische Wissenschaftler in ihrem Bericht auf die herannahende ökologische Katastrophe hingewiesen. Dabei zählten sie viele negative Erscheinungen auf: das sich vergrößernde Ozonloch in der Ionosphäre, den sauren Regen, das Waldsterben, den Vormarsch der Wüste, die Energie- und Rohstoffverschwendungen, die Emission von chemischen und radioaktiven Abfallprodukten usw. Unser Planet gleicht einem Krebskranken, den man nicht heilen will. Um dieses Leiden zu bekämpfen, müssen rechtzeitig eine Diagnose gestellt und dringende, auch harte, Maßnahmen ergriffen werden. Jetzt lautet die Diagnose der Wissenschaftler: Die Erde liegt in einer Agonie. Schlamperei, menschliche Dummheit und Unvernunft sind die Ursachen für die Zerstörung der Umwelt. Solange das Unheil nicht unumkehrbar ist, müssen wir operativ handeln und alle psychologischen und ökonomischen Barrieren beiseite räumen.

Luigi Redaelli
Seriate, Italien

Zusammengestellt von
T. Tschernowa

Wir gratulieren!



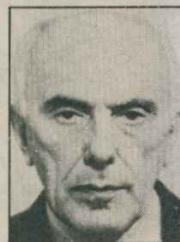
Anatoli Adamischin



Alexej Arbatow



Pjotr Gontcharow



German Diligenski



Poel Karp



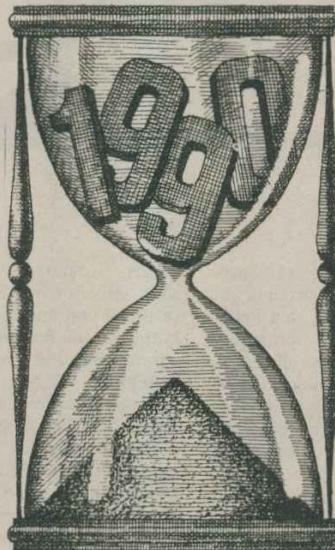
Andrej Kortunow



Igor Malaschenko



Xenia Mjalo



Wladimir Ptchjolkin



Juri Rost

*Für die besten
1989 veröffentlichten Beiträge
erkannte das Redakionskollegium
Preise zu und sprach Autoren
unserer Zeitschrift Dank aus*

PREISE WURDEN ZUERKANNT:

Anatoli Adamischin, Alexej Arbatow, Pjotr Gontcharow, German Diligenski, Poel Karp, Andrej Kortunow, Igor Malaschenko, Xenia Mjalo, Wladimir Ptchjolkin und Juri Rost.

Wir bedanken uns herzlich für Wortmeldungen in unserer Zeitschrift bei: Wladimir Krjutschkow, Nikolai Ryshkov, Eduard Schewardnadse, Alexander Jakowlew, Jewgeni Primakow, Iwan Frolow, Andrej Girenko, Valentin Falin, Georgi Schachnasarow, Leonid Abalkin, Wadim Sagladin und Nusratjan Nasarbajew.

Das Redakionskollegium dankt ausländischen Staatsmännern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Kulturschaffenden und Wissenschaftlern, Vertretern der Geschäftswelt, Schriftstellern und Journalisten für die Zusammenarbeit mit der Zeitschrift:

Ladislav Adamec (Tschechoslowakei), Giulio Andreotti (Italien), Yasser Arafat (Palästina), Jambyn Batmunkh (Mongolei), Janos Berecz (Ungarn), Roelof Botha (RSA), Chan Young Bang (USA), Lech Walesa (Polen), Bruce Gelb (USA), Georgios Vasilious (Zypern), Ferenc Varnai (Ungarn), Daniel Vermet (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (BRD), Karoly Grosz (Ungarn), Hermann Kant (DDR), Kenneth Kaunda (Sambia), Wladyslaw Klaczynski (Polen), Stephen Cohen (USA), Xu Kui (VR China), Karl Lamers (BRD), Budimir Loncar (Jugoslawien), Wilfried Martens (Belgien), Tadeusz Mazowiecki (Polen), Adam Michnik (Polen), Peter Mladenow

Was bringt uns das neue Jahr?

Die Prognosen der NZ-Preisträger
lesen Sie auf den Seiten 24 ff. und 34 ff.

(Bulgarien), Henry Muller (USA), Miklos Nemeth (Ungarn), Achille Occhetto (Italien), Pertti Paasio (Finnland), Shimon Peres (Israel), Ranko Petkovic (Jugoslawien), Mieczyslaw Rakowski (Polen), Kim Young Sam (Republik Korea), Yang Hyung Sop (KDVR), Dyula Thurmer (Ungarn), Laurent Fabius (Frankreich), Marlin Fitzwater (USA), Karsten Voigt (BRD), Nguyen Co Thach (Vietnam) und Itzhak Shamir (Israel).

DANK GILT

den Leitern von Rubriken unserer Zeitschrift:
Tatjana Iwanowa, Leonid Ionin und Simon Solowejtschik.
Den Verfassern von Artikeln und Kommentaren:

Georgi Arbatow, Jewgeni Bashanow, Michail Baklanow, Pjotr Gladkow, Leonid Goldin, Sergej Salygir, Anatoli Denissow, Jewgeni Jewtuschenko, Alexej Kirejew, Andrej Kosyrew, Viktor Karpow, Valentin Larionow, Alexander Lebedew, Albertas Laurinciuks, Konstantin Lubentschenko, Wadim Makarewski, Wladimir Nasarenko, Wladimir Nossenko, Wadim Okulow, Andrej Ostalski, Wladimir Petrowski, Konstantin Pleschakow, Lew Rasgon und Igor Chalewinski.

Sowie den Autoren von Umschlägen, Zeichnungen und Fotos:
Viktor Bogorad, Viktor Brel, Paweł Bünin, Alexander Dschijka, Wladimir Nenaschew, Igor Smirnow, Wassili Terestchenko und Leonid Tischkow.

Das Ende des Conducator

Eine weitere
Bastion
des Neostalinismus
ist gefallen

A

m Freitagabend, nachdem die Redaktion diesen Kommentar bei mir bestellt hatte, kehrte ich nach Hause zurück. Im Briefkasten fand ich eine Broschüre mit dem Text von Nicolae Ceausescu Rede, die er vor zwei Monaten auf einem erweiterten Plenum des ZK der RKP gehalten hatte. Die Ironie des Schicksals wollte es, daß die Post mir das Licht des unheilvollen politischen Sterns Europas an dem Tag brachte, als jener endgültig verlöschte.

Bekannte Handschrift

Die ersten frohen Meldungen des sowjetischen Fernsehens über das Happy-End des Bükarester Aufstandes – die grenzenlose Freude des Volkes, nachdem ein Hubschrauber das verhaftete Vampirpaar vom Dach des Präsidentenpalasts ausgeflogen hatte –, riefen bei mir instinktives Mißtrauen hervor. Das eine wollte schlecht zu dem anderen passen: ein Vierteljahrhundert zunehmenden Terrors und der Angst vor der allgegenwärtigen Securitate, der Erniedrigungen und der Ohnmacht der Menschen – und dann der Umsturz, der fast Operettencharakter hatte. Leider sollten sich die bösen Vorahnungen mehr als bewahrheiten, und Ceausescus Herrschaft endete mit einem blutigen Drama.

Schwer fallen mir diese Zeilen: Wie kann man eine politische Analyse vornehmen, wenn erst wenige Tage nach diesen Massenmorden vergangen sind? Doch über diese furchtbaren Ereignisse muß man sich Gedanken machen, um Lehren zu ziehen und die Lebenden vor

einer Wiederholung der Schrecken zu bewahren, die der Todeskampf des Neostalinismus heraufbeschwört.

In dem Artikel, den ich vor zwei Wochen für die NZ schrieb, war die Rede davon, daß die Krise in Osteuropa in ein akutes Stadium übergegangen und damit allgemein geworden war. „Rumänien, die einzige Ausnahme, bestätigt diese Regel. Und dazu noch wie!“ Heute sollte man das Ausrufungszeichen durch ein Fragezeichen ersetzen: Wie bestätigt es diese Regel? Zu sagen, der Wahnsinn, der Tausende von Menschen das Leben kostete, sei das gesetzmäßige Ergebnis der Herrschaft eines schwachsinnigen Diktators und seines dreisten, räuberischen Familienclans gewesen, bedeutet, dieses Problem zu leicht abzutun.

Im Rundfunk wurde gemeldet, im leidgeprüften Timisoara sei man auf Massengräber mit 4500 Erschossenen gestoßen. Die Leichen wiesen Spuren von bestialischen Foltern auf, um die Beine war Draht gewickelt, um die Toten leichter auf LKWs und in Gräben werfen zu können. Wie erinnert das an Kuropaty und Katyn, Workuta und Kambodscha – die gleiche Handschrift. Und die Brände dort, wo Archive versteckt waren? Werden sie nicht mit den Rauchschwaden über den Dienststellen der Sicherheitsorgane in der DDR und in Bulgarien in Verbindung gebracht?! Und mit den Akten, die gleich nach dem 20. Parteitag der KPdSU in Magadan verbrannt wurden?! Die gleiche totalitäre Handschrift.

Ende des 20. Jh. hoffen die Europäer, daß sich Gewalt als Mittel zur Lösung politisch-gesellschaftlicher und internationaler Konflikte auf unserem Kontinent überlebt hat. Doch die Krämpfe, mit denen der Abtritt des rumänischen Tyrannen von der politischen Bühne verbunden war, warnen vor grenzenloser Euphorie über die friedlichen, unblutigen Umlösungen in der DDR, der Tschechoslowakei und in Bulgarien. Verworrne Pläne, Gewalt anzuwenden, wurden von einem Häuflein Machbesessener in Prag ausgebrütet – in ihrem dogmatischen Übereifer waren sie taub gegenüber der Herausforderung der Zeit. Und Erich Honecker gab sogar den schriftlichen Befehl, auf Demonstranten in Leipzig zu schießen – das bezeugten der derzeitige DDR-Staatsratsvorsitzende Manfred Gerlach und der ehemalige Leiter der Aufklärung Markus Wolf. Daß diese Tragödie verhindert werden konnte, das ist einigen Informationen nach direkt oder indirekt auch höchsten sowjetischen Offizieren, die sich in der DDR befinden, zu verdanken. Wäre das nicht geschehen – was wäre dann der Unterschied zwischen dem, wie es schien, durchaus zivilisierten Erich Honecker und dem grotesken Diktator Nicolae Ceausescu gewesen?

Was folgt aus diesen traurigen Vergleichen? Während seiner ganzen Herrschaft distanzierte sich Nicolae Ceausescu sorgsam von der UdSSR, betonte seine besondere Position unter den Ländern des Warschauer Vertrages. Er spielte mit den nationalen Gefühlen der Rumänen und nutzte geschickt die großen Fehler von Brezhnev's Politik. Durch seine Weigerung, an der gemeinsamen Intervention 1968 teilzunehmen, oder durch die Beibehaltung diplomatischer Beziehungen zu Israel fand er Beifall bei westlichen Politikern. Selbst die englische Königin verlieh ihm übereilt den Titel eines Sir. Doch kaum zum „Sir“ berufen, ging der Conducator um so brutaler



gegen die schwachen Ansätze einer Opposition vor. Im Schatten der rumänischen Nationalfarben, auf einem Boden, gedüngt nicht ohne finanzielle und politische Unterstützung des Westens, brach sich der Neostalinismus Bahn.

Wie unheilvoll der Neostalinismus in Rumänien war, zeigt das entsetzliche Blutbad, das im Lande angerichtet wurde. Keine rhetorischen Künste können Tausende Ermordete eben jener Arbeiter und Bauern, in deren Namen Nicolae Ceausescu ein Vierteljahrhundert lang tönte, mit der sozialistischen Idee aussöhnen. Der Diktator und seine vor Fana-tismus blinden Janitscharen von der Geheimpolizei, die sich in unterirdischen Bunkern versteckt hielten, zeigten, um ihre Herrschaft zu verteidigen, der Welt ihre fürwahr faschistische Fratze.

Wer ist wer, das wird im Augenblick der Wahrheit deutlich. Im Alltag ist der Faschismus ein gewöhnlicher, ja prosaischer Faschismus – das erklärte der große sowjetische Filmregisseur Michail Romm bereits vor drei Jahrzehnten seinen Mitbürgern. Die Straßen von Bukarest beruhigten ebenfalls das Gewissen vieler in Europa durch das betrügerisch pulsierende Leben und die spärlichen Überreste früherer Eleganz. Für die Armseligkeit der Schaufenster und für die Warteschlangen fanden sich mehr oder weniger einleuchtende Erklärungen – zumindest war das Papier, auf dem sie gedruckt waren, lange genug geduldig. Doch plötzlich, als die absolute Macht gefährdet war, tauchten Maschinengewehre und Panzergeschütze auf.

Gefährliche Brückenschläge

Ehrlich gesagt, daß Ceausescu-Regime sorgte für einen erschreckenden Brückenschlag zwis-



Unschuldige Opfer...

Osteuropa hat diese potentiellen Verbindungen bereits weitgehend zerstört, wovon der Charakter der Veränderungen zeugt, die sich 1989 im östlichen Teil des Kontinents vollzogen. Für die Länder des Warschauer Paktes ist der Brudermord in Rumänien ein Menetekel, wohin sie der alte Kurs hätte führen können. Der Kongress der Volksdeputierten der UdSSR, der den amoralischen Charakter des Komplotts Stalin-Hitler anerkannte, der die Entsendung von Truppen nach Afghanistan und die Anwendung von Gewalt in Tbilissi verurteilte, führte auch unsere Gesellschaft immer weiter von diesem Weg ab – man möchte hoffen, für immer.

Eine mögliche Quelle von Gewalt in den ost-europäischen Gesellschaften sind die Armeen. In den letzten Monaten standen sie vor der politischen Alternative, doch nirgends beschmutzten sie ihre Ehre. In der Tschechoslowakei mit ihren parlamentarisch-demokratischen Traditionen zeigte die Armee nie politische Ambitionen. Das gleiche gilt für die ungarischen Militärs. In beiden Ländern gingen sie schnell an eine Entpolitisierung. In Polen übernahm General Wojciech Jaruzelski nach dem „merkwürdigen Ausnahmezustand“ die Rolle eines Garanten des friedlichen Charakters der Umgestaltungen. An wen Erich Honeckers verbrecherischer Befehl auch gerichtet sein mag, wichtig ist, daß die DDR-Militärs schließlich ebenfalls eine zivilierte Haltung einnahmen. Nach kurzem Hin und Her trat auch die rumänische Armee auf die Seite des Volkes, das sich zum Aufstand erhoben hatte – offenbar war es kein Zufall, daß Nicolae Ceausescu ihr nie ganz vertraute. Die Reden der Vertreter des Offizierskorps auf dem Kongress der Volksdeputierten der UdSSR ließen deutlicher als früher werden, daß man auch in unserer Armee angespannt die Veränderungen in der Welt analysiert und nach entsprechenden moralischen Kriterien sucht.

Mit Ausnahme Rumäniens haben auch die Sicherheitsorgane oder die Truppen des Inneministeriums nirgends die Rolle von Schergen übernommen. Natürlich spielten sich dabei in diesem vor der Öffentlichkeit verborgenen Bereich so manche Dramen ab: Bekannt sind Fälle von Selbstmorden, die Stasi-Mitarbeiter verübten, bekannt sind Versuche, kompromittierende Unterlagen zu vernichten und Gelder zu verstecken. Doch nicht von ungefähr suchten Milos Jakes und Miroslav Stepan Unterstützung – übrigens vergeblich – nicht beim Inneministerium, sondern bei den unmittelbar der Partei unterstellten paramilitärischen Verbänden, bei den Arbeitermilizen.

Genaues Abbild

Differenzen zwischen der UdSSR und dem rumänischen Diktator gab es schon sehr lange, doch sie wurden vor der sowjetischen Öffentlichkeit sorgfältig verborgen gehalten. Für unsere frühere Führung enthielten offizielle Erklärungen von der Gemeinsamkeit der Ideologie einen Gutteil Wahrheit. Unsere ehemaligen Herrscher verbanden mit Nicolae Ceausescu, der sich damals noch nicht so furchtbar kompromittiert hatte, die gleiche primitive Weltsicht, der gleiche Lebens- und Leitungsstil, die gleichen Phrasen. Man braucht ja nur aus den Offenbarungen des

Wer war wer...

Nicolae Ceausescu – Generalsekretär des ZK der RKP, Präsident des Landes

Elena Ceausescu (Ehefrau) – Mitglied des Politischen Exekutivausschusses des ZK der RKP, erste stellvertretende Ministerpräsidentin

Nicu Ceausescu (Sohn) – 1. Sekretär des RKP-Kreiskomitees Sibiu, Kandidat des Politischen Exekutivausschusses des ZK der RKP

Ilie Ceausescu (Bruder) – stellvertretender Minister für nationale Verteidigung der SR Rumänien, Sekretär des obersten Politischen Rates der Armee, Generalleutnant

Ion Ceausescu (Bruder) – erster stellvertretender Vorsitz-

zender des Staatlichen Plankomitees

Andrata-Nicolae Ceausescu (Bruder) – Generalleutnant des Innenministeriums

Florea Ceausescu (Bruder) – Redakteur einer Abteilung der Zeitung „Scinteia“

Vasile Barbulescu (Schwager) – Sekretär des ZK der RKP

Nicolae Barbulescu (Bruder des Schwagers) – stellvertretender Minister für Chemieindustrie

Polian Cristescu (ehemalige Frau von Nicu C.) – Sekretär des ZK des Kommunistischen Jugendverbandes

Barbu Petrescu (Bruder von Elena C.) – 1. Sekretär des RKP-Stadtkomitees Bukarest, Vorsitz-

zender des Exekutivkomitees des Sukarester Stadtvolksrats, Oberbürgermeister der Hauptstadt

Cornel Burica (Schwager von Elena C.) – Vorsitzender des nationalen Rundfunk- und Fernsehseminars

Diese Liste ist bei weitem nicht

vollständig. Verschiedenen

Angaben zufolge gab es zwis-

chen 40 und über 200 Ver-

wandte des Diktators in ver-

Diktators alle rumänischen Realien zu entfernen, und schon könnte man den Text bedenkenlos als Suslow-Rede ausgeben.

Unsere Chefpropagandisten, die den Anschein völliger politischer Geschlossenheit der Staaten des Warschauer Vertrages erwecken wollten, waren bemüht, ein optimistisches Bild zu zeichnen: Der Sozialismus autoritären Zuschnitts näherte sich unaufhaltsam seinem weltweiten Sieg, bestimme den Lauf der Geschichte, sei die entscheidende Kraft der Gegenwart. So sollten den Menschen messianische Stimmungen und Opferbereitschaft eingeflößt werden. Nicolae Ceausescu verlangte es ebenfalls nach internationaler Anerkennung – und das je mehr, desto spürbarer seine Isolierung wurde. Ich kann mich noch erinnern, daß ich gerade in den Tagen, als der Conducator Nordkorea einen Besuch abstattete, in Rumänien war. Das einzige Programm des rumänischen Fernsehens wurde damals nur drei Stunden täglich ausgestrahlt, und die gesamte Sendezeit bekamen die Zuschauer nur den mehr als selbstzufriedenen Nicolae Ceausescu, umgeben von Hunderten tanzender koreanischer Schönheiten in nationalen Kostümen, zu sehen. Doch selbst das reichte ihm offensichtlich nicht: Die Begeisterung mußte fürwahr grenzenlos sein, und deshalb fälschten seine Hofschanzen unter anderem ein schmeichelhaftes Telegramm der englischen Königin zum Geburtstag des Conducator. Doch derartige Mythen können nur für gewisse Zeit und nur in einer geschlossenen Gesellschaft aufgebaut werden. Unsere Gesellschaft hat sich geöffnet, und die früheren Zeiten gehören für immer der Vergangenheit an.

Als die verlogene neostalinistische Idylle an allen Ecken und Enden in die Brüche zu gehen begann, wurde Nicolae Ceausescu von Wut gepackt. Er übernahm freiwillig die Rolle des Lordsiegelbewahrers hinfällig gewordenen Prinzipien und Dogmen. Er versuchte, eine internationale Liga aus „Opfern der Perestroika“ zusammenzumimen – aus Leuten, die um ihrer eigenen Interessen willen bereit waren, skrupellos wehrlose Studenten, ja selbst Kinder zu ermorden. Ceausescu ließ ausländische Terroristen ausbilden. Er wurde in seinen Reden und Interviews überaus aggressiv. Er belehrte alle, unsere Massenmedien aber wahrten totales Stillschweigen. Vielleicht erklärt sich das dadurch, daß der Conducator allzu bekannte Argumente verwandte? Hier Worte aus der per Post erhaltenen Rede: „Mir scheint, man sollte an die Frage erinnern, die sich der Sozialist Bebel im vergangenen Jahrhundert, unter Bismarck stellte: „Was habe ich falsch gemacht, daß mich mein Gegner lob?“ Einige Leute sollten sich nicht nur die Frage stellen, worin sie sich getäuscht haben, sondern auch, welchen Sozialismus sie verwirklichen wollen, einen Sozialismus, den imperialistische Kreise lobpreisen und finanzieren wollen?“ Dann folgten Tiraden zur Verteidigung des Staatseigentums und gegen

den Markt. Welch bekannte Grimassen und Sprünge! Doch zumindest jetzt haben wir klar erkannt, was für einen Sozialismus Ceausescu errichten wollte.

Sein Betoncredo legte er auch beim jüngsten Gipfel der Staaten des Warschauer Vertrages dar. Was aber erfuhren wir darüber aus der Presse? Sechs Absätze einer TASS-Information, bestimmt für jene, die es gelernt haben, zwischen den Zeilen zu lesen und denen eine derartige Beschäftigung auch noch Freude macht. Über die politische Paranoia Nicolae Ceausescus schwieg man wie gewöhnlich. Warum?

Kein Blatt mehr vor den Mund

Schon seit 1958 tragen weder die UdSSR

Unser Sonderkorrespondent berichtet

Morgen des 22. Dezember. Die Stadt hält wider von Autorennen. Die sonst allgegenwärtigen, als Zivilisten getarnten Mitarbeiter von Ceausescus Geheimdienst sind auf einmal aus dem Straßenbild verschwunden. Der Bruder des Diktators Ilie Ceausescu, der sich im Gebäude des Kriegsministeriums befand, bittet die sowjetische Botschaft um Hilfe – nicht um humanitäre, sondern um militärische Hilfe, damit das Ceausescu-Regime gerettet wird. Natürlich bleibt diese Bitte unbeachtet.

* * *

Neben mir in der Menge stand ein sympathischer Mann an die 40, Grigore Ciocăra, von Beruf Elektroingenieur. Ich stellte mich vor und fragte, was geschehen sei, warum die gestern noch lethargischen Menschen aufwachen wollten. „Wir waren nie lethargisch“, antwortete er. „All diese Jahre kochten wir innerlich. Ich kenne niemanden, der über Ceausescu Gutes gesagt hätte. Wir hatten Angst, wir schwiegen und spielten mit, da wir alle Kinder, Familien haben. Wir alle müssen ja etwas zu essen haben, und sei es dieses halbfäule Brot, diese Knochen praktisch ohne Fleisch.“

* * *

Während diese Zeilen geschrieben werden, wurde bekannt, daß in Bukarest kleine Gruppen von Terroristen, bestehend aus jungen Leuten, wüteten, die hier als „Sturmtruppen“ des Diktators bekannt sind. Diese jungen Leute im Alter von 18 bis 24 Jahren wurden speziell ausgebildet, im Geist grenzenloser Treue zum Diktator erzogen. Mit ihnen gemeinsame Sache machen auch in Rumänien geheim ausgebildete Terroristen aus Ländern des Nahen Ostens.

* * *

Eine rumänische Familie, die ich schon lange kenne, rief mich an und bat mich um ein Treffen auf der Straße, wobei sie immer noch Angst vor Strafe wegen Umgangs mit einem Ausländer zeigte. Das Ehepaar bekundete seine Freude über die Verhaftung des Diktators, doch bat unverzüglich folgendes nach Moskau zu melden: „Das Volk Rumäniens verlangt, dem Diktator die höchsten sowjetischen Auszeichnungen, die beiden Lenin-Orden, abzuerkennen. Die Auszeichnung Ceausescu mit sowjetischen Orden zeugt für uns immer von mangelnder Achtung vor dem rumänischen Volk.“

* * *

Sind alle in Rumänien jetzt zufrieden? Natürlich nicht. Selbst wenn man einmal von jenen absieht, die in der Nacht vor Weihnachten weiter brutal um sich feuerten, werden sich in Rumänien nicht wenige finden, die ihre einträglichen Posten verlierend, auf das äußerste erbittert sein werden.

Auch jene, die den Diktator preisen und dafür an seinem wohlgedeckten Tisch sitzen dürfen, werden ihr Verhalten offenbar bereuen. Doch nicht sie vertraten das neue Rumänien. Dieser Tag traf ich mit einem jungen Mann zusammen, fragte ihn nach seinem Namen. Er sagte, den wolle er nicht nennen. Sie alle würden jetzt einen Namen tragen – das Volk. Sie alle seien einig. Eine Rückkehr zur Vergangenheit gebe es nicht, werde es nicht geben.

noch die KPdSU die geringste politische und moralische Verantwortung für das Geschehen in Rumänien. Warum blieb dann unsere Informationspolitik so lange Sklavin eines imperialen Protokolls? Das konnte uns nur kompromittieren. Was hat uns die Entsendung einer offiziellen Delegation zum jüngsten RKP-Parteitag gebracht (und die KPdSU war dort nicht auf unterster Ebene vertreten)? Die IKP und die Ungarn hatten sich bekanntlich geweigert, an diesem amoralischen Spektakel teilzunehmen! Worauf hofften wir? Darum, daß wir, wenn der Anschein normaler Beziehungen zu Ceausescu bewahrt bleibt, die letzte Möglichkeit behalten, in einem kritischen Augenblick Einfluß auf ihn nehmen zu können? Das sollte sich als Irrtum erweisen. Dafür aber ließ man sich die Möglichkeit entgehen, dem rumänischen Volk und der ganzen Welt rechtzeitig ein wichtiges politisches Signal, das niemand als Einmischung in fremde Angelegenheiten betrachtet hätte, zu geben.

Daraus müssen die entschiedensten Lehren gezogen werden. Das in den Nachkriegsjahren entstandene ungeschriebene besondere Protokoll in den Beziehungen zu den Ländern Osteuropas ist unwiederbringlich ein Anachronismus geworden. Er stört immer mehr freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarvölkern. Nur gut, daß die Bruderküsse an der Gangway außer Mode geraten sind. Doch was soll die lächerliche Sitte, sich gegenseitig mit Orden zu behängen? So ist auch die Sitte, vor jedem Parteitag der KP eines verbündeten Landes rituelle Artikel mit einer Bewehräucherung der Erfolge zu bringen, ausgesprochen dumm. Und wie schändlich nehmen sich angesichts des jetzigen Blutvergießens die Meldungen vom jüngsten, wie es großspurig hieß, „Forum der rumänischen Kommunisten“ aus. Mein Gott, was wurde da nicht alles berichtet: Daß die Probleme der Intensivierung der Produktion einer Lösung harren, wie ungewöhnlich gut die Ernte in XY ausfiel... Natürlich kann man, wenn man sich diese Berichte unter dem Mikroskop ansieht, in ihnen so manches entdecken. Doch, wie gesagt, nur unter dem Mikroskop. Sollten wir nicht ein für allemal mit diesem albernen Eiertanz, mit der völlig überflüssigen protokollarischen Rangordnung und den sinnlosen Schnörkeln des Apparats Schluß machen.

Die Zwangsjacke des überholten Protokolls abzuwerfen ist jetzt, da sich neue Beziehungen zwischen den Ländern und Politikern der Staaten Osteuropas herausbilden, besonders wichtig. Dort entstehen neue, nach den alten Maßstäben „nicht traditionelle“ Institutionen, für die es bislang in unserer eigenen politischen Struktur nichts Entsprechendes gibt. Doch das Fehlen eines Präzedenzfalls darf uns nicht verwirren.

Solche neuen, von protokollarischen Dingen befreite, entmythologisierte Beziehungen in Mittel- und Osteuropa wären der beste Abgesang auf den rumänischen Diktator.

Marina Pawlowa-Silwanskaja

Demokratischer Prüfstein

Der zweite Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR wirkte eher wie ein Meeting mit all seinen Attributen: spontanen Ansprachen, mangelnder Logik der Fabel, der Reaktion der Anwesenden. Manchmal schien es, daß der Kongreß unmöglich im Rahmen der Reserviertheit zu halten war. Die Entwicklung war, besonders in den letzten Tagen, stürmisch und unberechenbar, sie legte alle Probleme unserer Gesellschaft bloß.

Haben wir nicht zu viele Hoffnungen an den zweiten Kongreß geknüpft? Was konnte er mit seinen etwas über 2000 Deputierten entscheiden?

Fragen aus der Geschichte, Antworten aus dem Leben

Was haben die vier Kommissionen des Kongresses festgestellt und wir von ihnen erfahren?

An den beiden letzten Kongreßtagen saßen die Sowjetbürger vor ihren Fernsehgeräten, ohne den Blick abzuwenden. Vier auf dem ersten Kongreß eingesetzte Kommissionen antworteten auf unsere Fragen. Auf die Beantwortung mußten wir über ein halbes Jahr warten. Der Wunsch, die Wahrheit zu erfahren, ist nicht schwächer, die Wahrheitfindung aber schwieriger geworden. Wie die Natur duldet die Geschichte kein Vakuum, Lücken werden mit etwas gefüllt, so daß es jetzt gar nicht so leichtfällt, gewisse alte Vorstellungen abzulegen. Zudem geht es nicht um akademische Geschichtsstudien. Unsere Fragen stammen zwar aus der Geschichte, Antworten darauf müssen von unserem Heute kommen.

Deputierter Alexander Jakowlew legt die Einschätzung des Molotow-Ribbentrop-Pakts (und hauptsächlich des dazugehörigen Geheimprotokolls) dar, aber der Saal und das ganze Land denken in erster Linie darüber nach, ob die Absprache zwischen Stalin und Hitler nicht eine moralische Schuld Moskaus für den Beginn des zweiten Weltkriegs bedeute. Ob die Teilnahme an der imperialistischen Teilung Osteuropas in Einflußsphären nicht jenen rechtfertigt, die meinen, das Baltikum sei der Sowjetunion gewaltsam angegliedert worden.

Eine positive Antwort auf die erste Frage setzt nicht nur eine Umwälzung in den Köpfen eifriger Leser der Schriften jener militärgeschichtlichen Schule voraus, die sich beim Lobpreisen der 10 Stalinschen Schläge herausbildete und auch heutzutage glücklich weiterbesteht und uns ihr vollkommenes Werk, eine von Marschall Ustinow redigierte 12bändige Kriegsgeschichte, offenbart. Kriegsveteranen, denen beigebracht wurde, sich mit

Beschlossen wurde, daß wir eine Verfassungsaufsicht haben werden. Das Konzept des Handelns der Regierung im 13. Planjahr fünf wurde gebilligt. Spezielle Deputiertenkommissionen für Afghanistan, Tbilissi, den Molotow-Ribbentrop-Pakt und die von Gdwan und Iwanow geleitete Untersuchungsgruppe – berichteten über einige ihrer Ergebnisse. Das Reglement des Kongresses und des Obersten Sowjets wurde erörtert und angenommen. Gar nicht so wenig.

Unsere Parlamentskorrespondenten schreiben über einige Wendemomente des Kongresses, auch über aktuelle Probleme, die schon im Verlauf des Kongresses anfielen.

auch von jenen abgelehnt, die glaubten, durch Verurteilung von Pakt und Protokollen untermauern man die Argumente der Anhänger eines Austritts von Litauen, Lettland und Estland aus der UdSSR.

Die pragmatische Einstellung zur Geschichte ist noch nicht bewältigt. Wenn wir den Einmarsch in Afghanistan verurteilen, begehen wir Verrat an unseren Internationalisten. Wenn wir den Krieg verbrecherisch nennen, kompromittieren wir unsere Armee... Warum gleich die Armee? Woher diese weite Auslegung? Stimmt das Personal sowjetischer Streitkräfte denn für den Einmarsch der Truppen? Schreiben die Soldaten etwa einen kollektiven Brief? Jene, die sterben mußten, waren gar nicht gefragt worden. Niemand wurde übrigens gefragt. Man setzte sich zu viert zusammen und faßte den Beschuß.

Der Bericht der Kommission nennt die vier Namen.

Leonid Breshnew. Dmitri Ustinow. Andrej Gromyko. Juri Andropow.

In der afghanischen Frage zeigte sich der

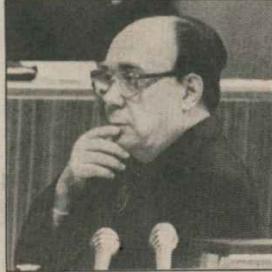
dem Staat und herrschenden Regime zu identifizieren, fühlen sich beleidigt, sind betroffen, als müßten sie die moralische Schuld mit den damaligen Machthabern teilen. Die Gesellschaft, die sich noch immer mit ihrer Geschichte auseinandersetzt, kann sich nicht von den Verbrechen eines Diktators distanzieren, kann nicht ihren Verteidigern, Teilnehmern des zweiten Weltkriegs, klipp und klar sagen: Die Greueln des Tyrannen sind ungeheuerlich, vermögen jedoch nicht, die Soldatenehre derer, die für ihre Heimat kämpften, zu beflecken... Die Urlassung des Beschlusses der Kommission des Kongresses über die politische Einschätzung des sowjetisch-deutschen Vertrags von 1939 wurde



Kongreß auf der Höhe. Zwei Deputierte, die diesen Krieg durchgemacht haben, hielten angemessene Ansprachen, es wurden Worte des Leidwesens für die gefallenen Soldaten, Worte der Anteilnahme für ihre Mütter ausgesprochen. Wäre das „begrenzte Kontingent“ zu Hause geblieben, hätten diese und afghanische Mütter es nicht nötig gehabt, ihre Söhne zu beweinen.

Der Kongreß verurteilte den Truppeneinsatz. Aber das ist nicht das letzte Wort vom afghanischen Krieg. Wir müssen seine authentische Geschichte schreiben, wenn das auch nicht leicht ist. In den Tagen des Kongresses brachte eine zentrale Zeitung ein großes Interview mit dem ersten Oberbefehlshaber des „begrenzten Kontingents“. Der

ALEXANDER JAKOWLEW:



„Unsere Pflicht ist, auf den festen, gesunden Boden unerschütterlicher moralischer Kriterien zurückzukehren. Die Zeit der Erkenntnis ist gekommen: Gesetzlosigkeit ist nicht nur wegen ihrer direkten Auswirkungen schrecklich, sondern auch deswegen, weil sie das Bewußtsein deformiert und Situationen schafft, als deren Folge Unmoral und Opportunismus zur Norm erhoben werden. Genossen Deputierte, welche Entscheidung wir auch treffen, sie wird politisch und moralisch zugleich sein.“

Aus der Ansprache bei der Diskussion über den Entwurf eines Beschlusses über die politische und rechtliche Einschätzung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakts von 1939.

Generaloberst ist bis heute auf seine Mission stolz – sehr zum Unterschied von jenen litauischen Veteranen, die sich über den verbrecherischen Charakter des Afghanistan-Kriegs klar sind und deshalb auf ihre Kampfauszeichnungen und Vergünstigungen verzichtet haben.

Nach wiederholten Debatten beschloß der Kongreß, die Erörterung der Tragödie in Tbilissi vom April d. J. nicht per TV zu zeigen. Hier hielten sich die Pro- und die Contra-Argumente die Waage. Man sollte natürlich nicht Öl ins Feuer gießen, aber Versuche, etwas zu verbergen, dem Volk etwas unter dem Vorwand vorzuhalten, man wolle ihm unangenehme Gefühle ersparen, bewirken meist umgekehrte Ergebnisse. Man möchte z. B. aus den edelsten Motiven heraus keine öffentliche Sitzung über Nagorny Karabach abhalten, indessen gewinnen zwei Völker den Eindruck, die zentrale Macht habe kein Auge für ihre Notlage.

Der Deputierte Anatoli Sobtschak erzählte in seinem Bericht, daß er bei der Klärung der Umstände, unter denen der bewaffnete Angriff gegen die Einwohner

von Tbilissi stattfand, auch selbst einem Angriff standhalten mußte, diesmal einem Angriff nicht von Mannschaften, sondern von Generalen, auch solchen, die als Militärrichter für ihre unbefleckte Uniform zu sorgen hatten. Der Kongreß verurteilte die Gewaltanwendung gegen die Demonstranten und folglich auch General Rodionow und seine Kollegen, die diese Aktion geleitet hatten und die noch im Sommer auf dem ersten Kongreß als Helden galten.

Für die Wähler war es wichtig zu wissen, wie ihr Deputierter das Sprengen des friedlichen Meetings in Tbilissi eingeschätzt hat, ist doch die vorbehaltlose Verurteilung des Einsatzes von Truppen gegen das Volk von enormer Bedeutung für die moralische Gesundheit der Gesellschaft. Außerdem wollten sich viele eine Vorstellung von der Gewichtigkeit der Argumente der Militärstaatsanwaltschaft machen, als diese, nach den Ansprachen ihrer Chefs zu urteilen, zu dem Schluß gelangte, die auf dem Platz in Tbilissi Getöteten und Verkrüppelten hätten den Schaden sich selbst zu verdanken. Es habe keine Vergifteten gegeben. Niemand ist von Soldaten getötet worden und die Menschenmenge habe die Frauen selbst zu Tode getrampelt. Mehr noch, die Soldaten seien die leidtragende Seite, man habe sie zusammengeprägt, besonders auf dem Platz. Viel-Sterne-Generale klagen oft, die Presse tue dem Ansehen der Armee Abbruch. Aber das Klagen von Militärstaatsanwälten über die Tbilissier, die die von Panzern unterstützten Kämpfen aus Elitetruppen tüchtig verprügeln – was könnte das Ansehen des Vertriebungsministeriums mehr schädigen.

Weniamin Jarin berichtete über die Zwischenergebnisse einer Deputiertenkommission, die Materialien im Zusammenhang mit der Tätigkeit der von Gdlyan und Iwanow geleiteten Untersuchungsgruppe studierte, das Land aber, das weit über Mitternacht immer noch vor den Fernsehern saß, wollte nur eins hören: Hatten beide Untersuchungsrichter recht oder ihre Kritiker?

Faktisch erhielten wir auf keine einzige Frage eine vollständige Antwort.

Der Bericht der Kommission, die Ansprachen von Telman Gdlyan, Nikolai Iwanow und Jegor Ligatschow bestätigten die enormen Ausmaße der Korruption, die bereits die höchsten Machtebenen erreicht hat, und ließen uns mit Fragen allein, die noch einer Antwort harren.

Sind Gdlyan und Iwanow gute Untersuchungsrichter oder schlechte? Früher waren sie sicherlich gut, man hatte sie sogar zu „besonders wichtigen“ Untersuchungsrichtern beim Generalstaatsanwalt befördert, einen überaus interessanten und aussichtsreichen Fall anvertraut und eine Gruppe von etwa 200 Gehilfen beigegeben. Welche Kriterien bestehen für die Einschätzung der Tätigkeit von Untersuchungsrichtern? Nach dem zu urteilen, was man ihnen in den ersten „günstigen“ Jahren der Untersuchung als Verdienst angerechnet wurde, waren diese Kriterien ausgesprochen materiell, hatten also Geldform. Und so ähnelten die Untersuchungsrichter Goldgräbern: Je mehr Gold, Geld und Schmuck einer dem Staat einbrachte, desto mehr wurde er geschätzt. Die Gruppe von Gdlyan und Iwanow förderte fleißig Beschlagnahmtes (bzw. „freiwillig“ Abgeliefertes) zutage und hatte bei den Chefs einen Stein im Brett.

Allerdings stimmten nunmehr nicht alle Zahlen. Im Bericht der Kommission ist die Rede

von 2 Md. Rubel, die die Baumwollmafia erbeutet hatte. Gdlyan scheint behauptet zu haben, dem Staat 140 Mio zurückgegeben zu haben. Jarin spricht von anderen Zahlen: KGB-Untersuchungsrichter hätten 15 Mio, die Gruppe von Gdlyan und Iwanow 20 Mio Rubel abgeliefert. Das sind keine zwei Milliarden, nicht einmal 140 Mio, aber immerhin eine runde Summe, die auch nicht hinter jedem Zaun liegt. Der unabhängige Staatsanwalt Martinson sagte aber, in den Anklageakten sei die Rede nur von einem Viertel dieser Summe. Wo sind die restlichen 15 Mio hin? Gehören sie niemandem? Oder wurden sie nicht Verbrechern, sondern ehrlichen, unschuldigen Menschen weggenommen? Oder sind die Untersuchungsrichter so hilflos, daß sie selbst mit guten Indizien in der

JEGOR LIGATSCHOW:



„Es ist sehr erfreulich, ich würde sogar sagen, ein Omen von Glück, daß die Menschenrechte nicht mehr straflos angegriffen werden können. Sie müssen mir recht geben: Früher hätte die Gerechtigkeit erst gesiegt, nachdem Köpfe gepfört worden, nachdem Jahrzehnte vergangen wären. Jetzt sind die Zeiten völlig anders.“

Aus einer Ansprache beim Meinungsaustausch zum Bericht der Kommission für die Untersuchung von Materialien im Zusammenhang mit der von Telman Gdlyan geleiteten Untersuchungsgruppe der Staatsanwaltschaft der UdSSR.

Hand die Bestechungsgeldnehmer nicht zu überführen vermögen?

Dieser fehlende Professionalismus scheint mit einem anderen Professionalismus zu korrespondieren: mit den von der Kommission festgestellten ständigen Verstößen gegen die Verfahrensnormen, mit dem Abzwingen von Aussagen unter Anwendung vom Gesetz verbotener Methoden. Mit der Verhaftung notorisch unschuldiger Familienangehöriger, darunter von Frauen, die sieben oder acht Kinder haben. Mit der mehrjährigen (statt der vom Gesetz festgelegten höchstens neunmonatigen) Inhaftierung von Verdächtigten, die entweder nicht die nötigen Aussagen machten oder außerhalb des Gefängnisses sie sofort dementierten. Und umgekehrt: mit der vollen Freilassung von Schmiergeldnehmern, die auf frischer Tat überführt wurden.

Die Annahme wäre naiv, die Untersuchungsgruppe hätte diesen Arbeitsstil nur in Usbekistan gehabt. Da wir nicht naiv sein wollen, müssen wir uns die wichtigste Frage stellen: Ist das eine Ausnahme oder die Regel? Sind Gdlyan und Iwanow vielleicht typische Untersuchungsrichter, die als gut galten, aber schlecht gewor-

den sind, nur weil sie ihre Methoden auf Vertreter der herrschenden Schicht anwenden? Solange sie sich mit einfachen Bauern oder sogar Sekretären von Rayonkomitees in der Provinz abgaben, bemerkten weder der Generalstaatsanwalt noch seine Stellvertreter keine Verstöße gegen die sozialistische Gesetzlichkeit in ihrem Handeln (obwohl Beschwerden, wie sich jetzt herausstellt, schon wenige Monate nach der Übernahme der Gruppe durch Gdlian nach Moskau abgeschickt wurden).

Da beschlossen Gdlian und Iwanow eines schönen Tages, sich der Politik zu widmen, bei den künftigen Wählern Pluspunkte dank der risikanten Großwildjagd zu finden. Wer weiß, hätten sie sich nicht darauf eingelassen, wären sie möglicherweise auch noch jetzt die Besten im System der Staatsanwaltschaft der UdSSR gewesen.

Gegenwärtig ist wieder einmal die Presse an allem schuld: „Ogonjok“ und andere sensationslüsterne Zeitungen und Magazine hätten Gdlian und Iwanow ganz groß aufgemacht. Daß die beiden Untersuchungsrichter es schafften, war allerdings nur wegen des Informationsmangels möglich. Gdlian faßte sich als erster das Herz, erzählte dem Land wenigstens etwas und wurde sofort reichlich belohnt. Denn der Zustand der Gesellschaft ist nämlich derart, daß ein Entlarver mit Unterstützung rechnen kann. Das ist eine Lehre aus dieser Geschichte, die schon über ein Jahr alt ist. Wenn hochgestellte Partei- oder Staatsfunktionäre der Korruption beschuldigt werden, verlangt die Gesellschaft nicht einmal nach Beweisen. Warum wohl? Sozialpsychologen wissen darauf eine Antwort: Entfremdung der Macht vom Volk, Schwund ihrer Autorität. Zudem eine lange Liste von wohlbestallten Schmiergeldnehmern, für die eine besondere Strafkolonie angelegt werden mußte.

Was wir an den beiden letzten Kongreßtagen hörten, ist für uns sehr wichtig. Ich weiß nicht, was öffentliche Befragungen (falls sie stattfinden) nach dem Kongreß ergeben, aber die Deputierten selbst sind, glaube ich, nicht restlos befriedigt. Keineswegs nur im Zusammenhang mit der Kommission, die sich mit der Untersuchungsgruppe von Gdlian und Iwanow beschäftigt und ihren endgültigen Rechenschaftsbericht der nächsten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR erstatten soll. Die Deputierten hatten es insofern sehr schwer, als sie sich binnen höchstens anderthalb Stunden darüber klarwerden mußten, was die von ihnen gewählte Kommission monatelang erforscht hatte. Typisch in der Beziehung waren die Worte des Deputierten Kasanik, eines Mitglieds der Jakowlew-Kommission: „Ursprünglich differierten unsere Meinungen, dann aber kamen so viele Dokumente, daß wir keine Zweifel mehr hatten.“ Es gibt eben nur eine einzige historische Wahrheit: Die Kommissionsmitglieder studierten alle damit zusammenhängenden Dokumentationen, von Protokollen des Politbüros des ZK der KPdSU(B) bis zum Briefwechsel des Reichsaufßenministeriums, und erarbeiteten praktisch eine **einheitliche** Meinung.

Aber ihre Kollegen Deputierten? Da sie den Bericht nur mit dem Ohr aufnahmen, hatten sie keine Möglichkeit, sich in ihrer Argumentation auf diese in unserem Land noch immer nicht publik gemachten Dokumente zu stützen. Ihr eigenes historisches Gepäck, d. h. in der Sowjetunion herausgegebene Schriften, widersprüchliche Äußerungen von Presse und

Fernsehen, zwang sie eher dazu, die Schlüsse der Kommission abzulehnen.

Daraus müssen Lehren gezogen werden. Nicht nur solche allgemeiner Art: etwa alle der Kommission zur Verfügung stehenden Dokumente zu veröffentlichen. Aber auch rein praktische: Die Arbeit einer Parlamentskommission muß offen sein, viele Sitzungen könnten vor Fernsehkameras erfolgen. Dann erhielte die Gesellschaft die Möglichkeit, alle Zeugnisse und Dokumente, Meinungen und Standpunkte von Fachleuten kennenzulernen und eigene Schlüsse zu ziehen. Unser Historiker Roj Medwedew versuchte, den Deputierten zu erläutern, daß die Existenz des Geheimprotokolls von der weltweiten historischen Wissenschaft anerkannt wird, daß wir uns und unser Land dem Gelächter preisgäben, wenn wir die Authentizität jenes Papiers bezweifeln. Aber konnten ihm jene Deputierten etwa zustimmen, deren historische Kenntnisse sich auf die „goldene Serie“ beschränken: vom Abriß der Geschichte der KPdSU“ bis zur vierbändigen „Geschichte der KPdSU“ unter Redaktion von Boris Ponomarjow, jenem Buch, das an der Abenduniversität von Marxismus-Leninismus durchgenommen wurde?

Freilich hat die Mehrheit des Kongresses, die die Schlüsse der vier Kommissionen letzten Endes billigte, in diesem halben Jahr eine beträchtliche Evolution durchgemacht. Beim

ersten Kongreß wären solche Beschlüsse und Formulierungen unmöglich gewesen. Damals applaudierte man einem Redner, der von der Richtigkeit der **Aktion** auf dem zentralen Platz in Tbilissi überzeugt war. Jemanden, der vom verbrecherischen Charakter des Afghanistan-Kriegs sprach, hätte man beinahe vom Podium weggezerrt. Man hob Gdlian und Iwanow auf den Schild und hielt das Geheimprotokoll zum Molotow-Ribbentrop-Pakt für eine Erfindung des Feindes.

Die Kommissionen schlugen mehrere Gesetzentwürfe vor, wie sie für einen Rechtsstaat notwendig sind. Von gewaltiger Bedeutung sind ihre Schlüsse für die moralische Verfassung der Gesellschaft: vorbehaltlose Verteilung einer unehrlichen Politik, der Gewaltanwendung gegen das eigene Volk und andere Völker, der gesetzwidrigen Methoden der Rechtsschutzorgane. Gute Gesetze und hohe moralische Normen sind das Fundament eines Rechtsstaats, in dem es unmöglich ist, am Morgen aufzuwachen und zu erfahren, die Regierung habe die Armee in ein Nachbarland eindrängen lassen. Oder zu sehen, wie ein Panzer seine Kanone zum Fenster eines Wohnhauses reisteckt. Oder bei einem langen Klingen an der Tür, das bedeutet, daß man jetzt dich holt, zu erstarren.

Leonid Mletschin

Noch weit bis zum Ufer

Das Regierungsprogramm ist angenommen, Zweifel bleiben

Um morgen besser als heute zu leben, muß man zumindest heute überleben. In verschiedenen Abwandlungen kehrte dieser Gedanke in den wirtschaftlichen Diskussionen beim Kongreß immer wieder. Seitens, aber man hörte nicht die üblichen seichten Scherze wie, die sowjetischen Frauen seien dabei, mit zwei Problemen gleichzeitig fertig zu werden: wo man Nahrungsmittel herbekomme und wie man abnehme. Die Situation in der Volkswirtschaft insgesamt und auf dem Verbrauchermarkt insbesondere gibt keinen Anlaß zur Heiterkeit und verschlechtert sich noch mehr, wovon die Regale unserer Geschäfte eine bereite Sprache führen. Im Volk und unter den Deputierten erstarkt die Überzeugung, schuld daran sei nicht nur unser schwerfälliges Wirtschaftssystem, sondern auch das Ränkespiel bestimmter feindseliger Kräfte. Deshalb setzt die Überwindung der Krise neben einer Reform des Systems, die Jahre in Anspruch nehmen müsse, auch noch einen Schlag gegen diese Kräfte voraus, und der Schlag sei sofort zu führen.

Menschen, die sich seit langem und mehr oder weniger ernst mit der Wirtschaft befassen, verstehen, daß das eine gefährliche Illusion ist, dieser unser Glauben an die Möglichkeit einer „technischen“, einfachen Lösung der komplizierten Probleme des gesellschaftlichen Seins. Aber selbst bedeutenden Wirtschaftswissenschaftlern entriegt sich manchmal der Schrei: „Das sieht ganz nach Sabotage aus!“ Und man eraptt sich dabei, daß man diese Meinung versteht und teilt. Denn: Störungen in der Belieferung mit Zucker und Seife haben immerhin eine

halbwegs überzeugende Erklärung, nämlich die Hamsterkäufe, man treibe Vorratswirtschaft, kaufe mehr als sonst. Wo sind aber die Fernsehgeräte, Kühlschränke oder Waschmaschinen hin? Fabriken stellen sie weiter her, in Geschäften aber fehlen sie. Die Lesart, alles werde von Ausländern aufgekauft, hält keiner Kritik stand, obwohl auf ihrer Grundlage Zollbeschränkungen eingeführt wurden. Nach einem Überlegen denkt man sich doch, daß kaum jemand diese Appare auf Vorrat kauft: viel zu teuer, platzraubend, noch dazu sind sie mit der Zeit überholt. Trotzdem gibt es sie nicht zu kaufen, obwohl sie erst vor kurzem da waren. Der Kunde jagt nicht nach einem Kühlschrank als solchem, sondern nach einer bestimmten Marke.

In einer Pause erörterten Volksdeputierte dasselbe Problem.

„Die Handelsmafia! Wenn nämlich die Geschäfte leerstehen, kannst du nichts zum Staatspreis kaufen. In der heutigen Situation bereichern sie sich an allem“, meinte der eine.

Darauf ein anderer: „Neuerdings werden viele Wochenendgrundstücke verteilt, die Leute bauen ihre Gartenlauben und versorgen sie mit Kühlschränken und Fernsehern, für die Stadtwohnung aber kauft man etwas Moderneres.“

„Die Bevölkerung hat einfach zu viel Geld. Seine Masse löst sich mit jedem Jahr mehr von seiner Warendeckung los. Es braucht nur ein Gericht aufzukommen, bald werde etwas im Preis erhöht oder eine Geldreform vorgenommen, da bricht sofort Panik aus, man fegt alle Regale leer“, äußerte sich noch einer.



Elektronik ist objektiv und läßt keine Ungenauigkeit zu

Sein Nachbar schob alles den „Hamsterern von der Genossenschaft“ in die Schuhe, für wieder andere ist der Verkehr oder die Planung der Schuldige. Hier, in den Wandelhallen, wurden die gleichen Standpunkte wie auch am Rednerpult des Kongresses geäußert, allerdings kürzer und bündiger. Wahrscheinlich hat jeder davon seine Existenzberechtigung, aber wenn alle schuldig und alle unzufrieden sind, muß es einen allgemeinen Grund geben.

Viele nannten ihn beim Kongreß: Unsere Wirtschaft sei schwer krank, es werde nicht gelingen, sie nach alten Methoden – durch Terror, politische Beschwörungen und Lösungen – zu heilen, deshalb brauche man den Markt als natürlichen Regulator, ohne ihn komme man nicht aus. Wenn das aber der Mehrheit klar ist, warum verwandte der Kongreß ganze vier Tage für die Diskussion des von der Regierung vorgelegten Wirtschaftsprogramms, und auch da kamen nicht alle zu Wort, die es wollten. Warum wurde dieses Programm letztendlich von einer überwiegenden Mehrheit gebilligt, obwohl es vielen selbst nach zahlreichen Präzisierungen und Korrekturen unzureichend schien? Weil die Probleme des Marktes im Sozialismus bisher nicht einmal theoretisch erforscht sind, der Kongreß aber sah nur den praktischen Aspekt. Angesprochen wurden nicht wissenschaftliche Ambitionen einzelner, sondern die Lebensinteressen aller. Der Markt ist notwendig, doch hat man Angst, ihn einzuführen: Das ist der Haken. Wie werden sich die Marktbeziehungen angesichts der allgemeinen Warenverknappung, der chaotischen Preise und eines niedrigen Lebensstandards, der gar nicht weiter sinken kann, gestalten? Die Deputierten antworteten auf diese Frage unterschiedlich. Je weiter ein Redner von der Notwendigkeit entfernt war, einen konkreten Beschuß zu fassen und ihm samt Folgen zu verantworten, desto zuverlässiger und optimistischer gehärdete er sich.

Das Regierungsprogramm schlägt immerhin einen Ausweg aus der Krise vor, wenn auch keiner zügigen. Auf jeden Fall wird der Ministerrat

die Verantwortung für den Zustand unserer Wirtschaft tragen. Ist es da nicht besser, sein Programm anzunehmen und zu sehen, was daraus wird? Denn etwas Besseres haben wir sowieso nicht. Ich glaube, gerade dieser letzte Grund hat über den Ausgang der Abstimmung auf dem Kongreß entschieden. Nicht zu vergessen natürlich das Stehvermögen Nikolai Ryshkows, der, als die Waagschale schwankte, die Billigung des Wirtschaftsprogramms faktisch mit einem Vertrauensvotum für die Regierung verband.

In der Furt werden die Pferde nicht gewechselt, aber die Aufgabe, das Ufer zu erreichen, bleibt aktuell.

Das Leben wird zeigen, ob die Kombination von außerordentlichen Maßnahmen, die nur administrativ sein können, und Elementen der Marktbeziehungen lebensfähig ist und ob sie

den allmählichen Übergang zum Markt sichert.

Wiederum tut es einem leid, daß der Kongreß die Lösung fundamentaler Fragen – Eigentum, Grund und Boden, Pacht, Besteuerung – aufgeschoben hatte und sich mit außerordentlich wichtigen, aber doch abgeleiteten Problemen befaßte. Vorläufig weiß man nichts Genaues: Ein Regierungsprogramm wurde angenommen, dessen Verwirklichung sich auf Gesetze stützen soll, die erst als Entwürfe vorliegen.

Wirtschaftliche Wirren lasten auf der Perestroika wie ein Fluch. Man kann ihnen nicht entgehen, die Probleme müssen gelöst werden. Nicht entweder die strategischen oder die taktischen, sondern sowohl – als auch. Sonst erreichen wir das Ufer nicht.

Alexander Guber

So unnachgiebig?

Die Diskussion auf dem Kongreß zeigte: Die Konsolidierung der politischen Kräfte ist möglich, allerdings nur, wenn sich beide Seiten zu einem Kompromiß bereitfinden

Der Kongreß verdeutlichte die Zusammensetzung und Konstellation der politischen Kräfte unter den Deputierten. Keine neuen, wirklich überraschenden Probleme traten während der Diskussion zutage. Alles war vielmehr schmerzlich bekannt: die Nöte unserer Wirtschaft, die Beziehungen innerhalb der Union, die vage Stellung der Deputierten im Machtssystem.

Gegen Ende des Kongresses ertappte ich mich bei dem Gedanken, daß sich viele Deputierte nicht an ihre Kollegen im Saal, nicht an ihre Wähler und nicht an das Volk wandten. Alle versuchten, etwas dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR einzureden. Das mochte direkt ausgedrückt sein: „Michail Sergejewitsch, ich glaube, Sie müssen einen Entschluß fassen.“ Das mochte eine direkte Beschuldigung sein, siehe Jelzin: „Der Moment ist gekommen, der Gesellschaft ein objektives Bild der Situation zu vermitteln. Das hätte Michail Sergejewitsch Gorbatschow tun sollen, der die Perestroika verkündete und der zweifellos mit ihrer heutigen Krise zu tun hat.“

Beim Kongreß entbrannte ein Streit um Gorbatschow. Er wurde beim Kongreß von Bitten, Anschuldigungen, Vorschlägen, Forderungen, Ultimaten und Fragen buchstäblich überschüttet. Zudem rollte eine richtige Lawine von Ereignissen über uns, über ihn sogar in erster Linie. Das Volk stürzte den Tyrannen in Rumänien. Die Amerikaner marschierten in Panama ein. Herausforderungen in den Beschlüssen des Parteitages der KP Litauens. Die Spannungen mußten an die Oberfläche kommen! Niemand wird wohl Gorbatschows Ansprache am vorletzten Tag so bald vergessen. Hier einige Momente: „Man sagt mir das öffentlich schon zum x-ten Mal (hier gibt es Zeugen), Gorbatschow versuche, auf zwei Stühlen zu sitzen. Bei einem öffentlichen Treffen sage ich, daß ich auf meinem Stuhl sitze... Deshalb weise ich die Anschuldigungen an meine Adresse sofort zurück. Wenn Sie mit mir nicht einverstanden sind, entscheiden Sie über diese Frage mein-

wegen noch heute.“ Und er lehnte sich im Sessel zurück. Eine Pause.

Dann sprach er ruhig, ausführlich darüber, daß jeder neue Schritt bei der Perestroika eine ernsthafte Wahl sei und daß diese Wahl mitunter sehr schwer falle. Es gebe eben keine einfachen Entscheidungen. Es wurde klar: Bei allem Andrang der Forderungen, bei aller Härte der Beschuldigungen gegen ihn bleibt Gorbatschow im Zentrum und läßt sich weder von der „Rechten“ noch von der „Linken“ irritieren.

Auf einer der Pressekonferenzen während des Kongresses erklärte der Deputierte Fjodor Burlazki, eine Assoziation von parlamentarischen Gruppen sei ins Leben gerufen worden. Das solle eine Art Deputiertenklub sein. Ehrlich gesagt, blieb unbegreiflich, wozu das aufgezogen werden mußte. Wenn die Deputierten arbeiten wollen, stehen ihnen die Komitees und Kommissionen zur Verfügung. Wenn angenommen wird, daß dies eine Assoziation von Deputierten sei, besteht der Verdacht, daß es in Wortgeklängel ausarten könnte.

Wie der Kongreß vor Augen führte, kam eine einigermaßen starke Opposition unter den Deputierten nicht zustande. Überzeugend ist in dieser Hinsicht die zwischenregionale Gruppe. Man sollte meinen, daß sie wirklich Gleichgesinnte vereinigt, Menschen, die wissen, was sie wollen. Man sympathisiert mit vielen Vertretern der Gruppe, man respektiert viele für ihre Position, für ihre kühnen Köpfe, ihre sachlichen Urteile. Dennoch muß man zugeben, daß aus der Absicht, eine dem Apparat entgegengesetzte geschlossene Gruppe zu schaffen, nichts wird. Schön, der Deputierte Juri Afanassjew verlas eine Erklärung, der zufolge eine Opposition gebildet worden sei. Das machte jedoch keinen Eindruck. Später war da noch die unbegreifliche Geschichte mit den Unterschriften unter einem Appell. Selbst wenn die Unterschriften in Ordnung gewesen wären, ändert das kaum etwas an der Sache: Eine Opposition kam nicht zustande. Die zwischenregionale Gruppe ist eine Gruppe

radikal denkender Deputierter, keineswegs aber eine wirkliche Oppositionskraft.

Beim Kongreß suchte man weiter, wer die Perestroika behindert. Wie schon üblich, wurde festgestellt, daß Wirtschaftswissenschaftler, Genossenschaftler sowie Vertreter der Schattenwirtschaft an allem schuld seien. Deputierter Safullin ist überzeugt, daß es in unserem Land Waren gebe, daß sie jedoch von unehrlichen Vertretern des Handels gestohlen würden. Verschiedene Methoden des Kampfes gegen weniger bewußte Teilnehmer der Perestroika wurden vorgeschlagen. Deputierter Chmura erklärte, Tagediebe machten bei uns 30 – 40 Prozent der gesamten Bevölkerung aus, und man müsse sie zum Arbeiten zwingen, damit es dem Land besser gehe. Allerdings konnte er nichts Näheres darüber sagen, wie das zu bewerkstelligen sei.

Eine Antwort hörte das Land vom Deputierten Strukow. Hier einige Auszüge aus seiner harten, angriffslustigen Rede: „Eine ganze Reihe von Wissenschaftlern gräbt eifrig dem Sozialismus und uns wie Mammuten eine Grube... Dafür haben sie und allerlei ‚Barden‘ jene berüchtigten 80% der Einlagen auf ihren Konten... Ein Land mit unerschöpflichen Schätzen und Möglichkeiten und – trotzdem arm. Hört auf mit der Bezahlung dieser Wissenschaftler und Experten, es gilt, praktische Ideen zu stimulieren und nicht einfach für Theoretisieren zu zahlen.“ Und hier eine wahre Perle: „Meinetwegen mag das KGB mit einer Genehmigung des Staatsanwalts von meinen Rendezvous mit dem schönen Geschlecht erfahren, dafür bin ich dem Strafgesetzbuch und der Moral gegenüber ehrlich, sollen die ruhig mit hören.“ Noch eine Kostprobe: „Ich schlage vor, ins Strafgesetzbuch einen Artikel aufzunehmen, der von der Verantwortung verdienter und hervorragender Bestechnungsgeldnehmer handelt, der Verantwortung nicht nur für die Bestechnungsgelder, sondern auch für die politische Sabotage des Sozialismus, die ideologische Diversität.“ All das wird von einem praktischen Vorschlag gekrönt. Als ich ihn hörte, traute ich

meinen Ohren nicht. Der Elan der 30er Jahre schlug mir entgegen: „Ohne einen chirurgischen Eingriff überleben wir nicht. Wir müssen unsere rückfälligen Kriminellen, Randalierer und sonstige Feinde in Freizeonen verbannen und diese Zonen keineswegs Ausländern zur Verfügung stellen. Ich denke, daß Strafe Ordnung und Disziplin uns die Möglichkeit geben, die Städte der Zukunft schneller als mit Hilfe von Japanern aufzubauen. Ich schlage vor, das zu erörtern und zum Gegenstand eines Referendums zu machen. Wir wollen ein System zum gemeinsamen Vorgehen unserer Institutionen schaffen, sie mit genau festgelegten Rechten und Pflichten ausstatten. Strafen wir das System der Kontrolle über die Ausführung! Dann werden wir Brot, Salz und Lieder haben, die Züge werden genau nach Zeitplan und nicht leer fahren. Wer aber unser frohes Leben stören wird, den läßt der Staat es mit aller Macht spüren.“ Der Saal klatschte Beifall!

Das Tragischste ist, daß der Vorschlag des Deputierten Strukow bei einem Referendum vom Volk auch gebilligt werden könnte. Es ist grausam, wenn die Gesellschaft von Menschen eines ganz bestimmten Typs beherrscht wird, von Menschen, denen die demokratischen Prinzipien und die Stützen der Zivilisation nichts bedeuten. Ebenso wie im Mittelalter finden sich auch heute nicht wenige Menschen, die in der Überzeugung leben, auch sie hätten das Recht, gewaltsam ein einheitliches Denken einzuführen, und wenn sich jemand nicht schnell oder nicht gründlich genug gleichschaltet – für solche Leute sind besondere Aufenthaltsorte anzulegen. Intoleranz gegenüber fremder Meinung ist oft Anzeichen für Überzeugungen, die unbeständig, seicht und noch nicht gefestigt sind. Politisches Schmalspurdenken wäre an sich nicht so gefährlich, wenn es nicht aus der intellektuellen Borniertheit erwüchse, wenn ihm nicht eine verkehrte Moral zugrunde läge.

Wenn jemand anderem Machenschaften, zu wenig Arbeitseifer oder zersetzende Gedanken vorwirft, ist es ein Weg, eigenes Unwissen zu rechtfertigen. Vielleicht ist es deshalb so, daß

ein Mensch, der wirklich etwas weiß, überzeugt und in seiner Arbeit professionell perfekt ist, wenn er sich auf seine Kräfte und seinen Verstand verläßt, auch keine Feinde suchen, sich nicht auf Umstände berufen, sondern seine Sache weitermachen wird. Dafür muß man ihm aber die Freiheit geben. Die lichte Zukunft wird nicht in Lagern hinter Stacheldraht aufgebaut. Eine zivilisierte Gesellschaft setzt sich aus freien Menschen zusammen, die vereint sind durch ihren guten Willen zu einem gemeinsamen politischen und ökonomischen Leben. Das Gegenstück ist der Totalitarismus. Ihm können demokratische Formen entgegenwirken, die bei uns entstehen. Aber ein totalitäres Denken operiert nur mit Begriffen wie Gewalt, gleichgeschaltete Gedanken, „Notstands“mentalität.

Oft haben gleiche Worte bei verschiedenen Menschen einen unterschiedlichen Klang. Sagen wir, „Notstandsmaßnahmen“. Die einen verstehen darunter Härte, Festziehen der Schrauben. Andere dagegen... Deputierter Kasannik: „Es ist auch sonst höchste Zeit, Notstandsmaßnahmen zu treffen.“ Ich schaute ihn befremdet an: Wie, hat es sich selbst dieser nüchterne Denker anders überlegt? Der Deputierte fuhr jedoch fort: „Es ist Zeit, alles in private Hand zu überführen, den Grund und Boden, die Häuser zu verkaufen und den Markt einzuführen.“ Hat Kasannik vielleicht recht?

In der Welt gibt es sicherlich keine zweite Teilung der Gesellschaft in dieser Art, einer Teilung nach weltanschaulichen, ökonomischen und politischen Ansichten. Das gibt es nur in unserem unglückseligen Land. Bisweilen werden diametral entgegengesetzte Meinungen geäußert, gewisse Äußerungen verraten Fanatismus, Universalität, Aggressivität, Geistesarmut. Daneben herrschen Naivität, Güte, Offenheit. Der Kongreß ist ein Spiegel der Gesellschaft. Er spiegelte viele Prozesse, die die Sowjetbürger peinigen. Man hat den Eindruck, daß niemand jemandem in etwas nachgeben will. Ein Kompromiß kommt manchmal zustande, aber sehr schwer. Die Spannungen in der Gesellschaft nehmen zu.

Der Oberste Sowjet ist, was Toleranz, Verständnis für die Situation und auch einfache die Arbeitsfähigkeit betrifft, dem Kongreß weit überlegen. Hier erhebt sich die ernste Frage nach diesem komplizierten legislativen Gefüge, zu dem der Kongreß und der Oberste Sowjet gehören. Die Meinung des Volksdeputierten Sergej Stankewitsch: „Für den Kongreß kommt es nicht auf einen Beschuß, sondern auf die Möglichkeit an, alle Standpunkte zu vertreten. Dieser Rolle wurde der Kongreß gerecht.“ Gerade das jedoch – endloses Aussprechen – weitet sich zu einem Hemmschuh für die gesellschaftliche Entwicklung aus. Volksdeputierter Jarin: „Ist es nicht ein zu teurer Spaß, zweimal im Jahr den ganzen Riesenapparat zusammenzutrommeln?“

Der Kongreß ist zu Ende, die Beschlüsse sind angenommen worden. Die Frage bleibt: Sind sie dazu angetan, die politischen Kräfte, die gesellschaftlichen Bewegungen zusammenzuschließen?

Nikolai Andrejew

Fotos: B. Kaufman,

J. Injakin, W. Swarzewitsch



Andrej Sacharow meldet sich zu Wort – das letzte Mal



Weit geöffnet

Ungewöhnliche Weihnacht • Kohl in Dresden, Mitterrand in Berlin • Haben die Rechtskräfte Chancen?

Gewöhnlich nimmt hier die Hektik im öffentlichen Leben zum Jahresende ab. Weihnachten, Silvester und Neujahr, Familie, Geschenke und vielleicht ein Winterurlaub treten in den Vordergrund. Doch in diesem Jahr hat diese Tradition entscheidende Veränderungen erfahren. Ereignisse von erstrangiger Bedeutung ließen von der ruhigen Weihnachtsatmosphäre so gut wie nichts. Das politische Barometer, das im letzten Herbst ein ausgedehntes Tiefdruckgebiet angezeigt, steht jetzt eindeutig auf Sturm. Mehr als genug Anzeichen dafür gibt es. Ich möchte hier nur auf die wichtigsten verweisen.

Verstärkte Aufmerksamkeit fand der

Arbeitsbesuch von Bundeskanzler Helmut Kohl am 19. und 20. Dezember. In Dresden traf neben der offiziellen zahlreichen Begleitmannschaft ein ganzes Heer von Journalisten – fast 2000 – aus aller Welt ein. Die weitaus meisten Medienvertreter kamen dabei aus der Bundesrepublik. Sie bauten direkt am Ufer der Elbe, vor der Kanzlerresidenz im berühmten Hotel „Bellevue“, ein Kommunikationszentrum auf, mit dessen Hilfe sie für eine totale Berichterstattung sorgten: Der Gast aus Bonn tat keinen Schritt, ohne dabei vom Fernsehen, von den zahlreichen Korrespondenten beobachtet zu werden.

Im Mittelpunkt des Besuches stand das deutsch-deutsche Gipfeltreffen zwischen

Hans Modrow und Helmut Kohl. Die Regierungschefs hatten einen intensiven und fruchtbaren Meinungsaustausch, wobei eine Reihe wichtiger Vereinbarungen erzielt wurde. Ihr gemeinsamer Nenner wurde in einer gemeinsamen Absichtserklärung formuliert, in der vom Streben beider Seiten die Rede ist, die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf eine qualitativ neue Stufe zu stellen, ihnen einen engeren und langfristigeren Charakter zu geben. Konkrete Schritte wurden in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Bildung, beim Umweltschutz und im Verkehrswesen vereinbart.

Das Gipfeltreffen, anfangs unter vier Augen, dann im erweiterten Kreis von Ministern und Experten, dauerte über drei Stunden. Doch viele Streitfragen und Themen blieben offen. Deshalb wurde beschlossen, das nächste Treffen schon bald stattfinden zu lassen. Die beiden Regierungschefs werden erneut Ende Januar oder Anfang Februar 1990 zusammenentreffen, wenn Hans Modrow die BRD besuchen wird.

Ein guter Tag – so bewertete der DDR-Ministerpräsident das Ergebnis der Gespräche. Der BRD-Bundeskanzler ging in seiner Einschätzung noch etwas weiter. Möglicherweise, sagte er, wird dieser Tag in die Geschichte eingehen.

Die positive Stimmung beider Politiker kann man verstehen. Die von Modrow vorgeschlagene und von Kohl unterstützte Vertragsgemeinschaft beginnt konkrete Züge anzunehmen – und das, obwohl die Seiten völlig entgegengesetzte Auffassungen zur Lösung der deutschen Frage haben. Worin sie übereinstimmen, ist die Notwendigkeit von Stabilität in der DDR, was eine Grundvoraussetzung ist, um den Frieden in Europa zu bewahren.

Auf meine Bitte, das deutsch-deutsche Treffen zu kommentieren, antwortete der Pressesprecher der Bundesregierung Hans Klein: Vor allem ist es wichtig, daß sich die beiden Regierungschefs persönlich kennengelernt haben und so ein nützlicher und für die Deutschen in beiden Teilen Deutschlands notwendiger Dialog eingeleitet wurde. Wir werden alles tun, damit bei unseren Nachbarn nicht der Eindruck entsteht, wir wollten die Struktur und die Architektur der europäischen Stabilität untergraben. Im Gegenteil sind wir bemüht, den Prozeß der Reformen in Osteuropa zu festigen, zu stabilisieren, nicht aber ihn zu erschweren. Uns ist völlig klar, daß ohne die Perestroika in der Sowjetunion, ohne die Reformen in Ungarn und Polen die positiven Veränderungen, die sich sowohl in der DDR als

auch in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten vollziehen, unmöglich gewesen wären... Soweit Hans Klein. Neben dem offiziellen Teil des Besuchs gab es auch einen inoffiziellen. Der Bundeskanzler hatte eine Reihe von Begegnungen mit führenden Vertretern verschiedener Parteien und Organisationen, die das bunte Spektrum des jetzigen politischen Lebens des Landes zum Ausdruck bringen. Er sprach auch mit führenden Vertretern der evangelischen und der katholischen Kirche, mit namhaften Vertretern der künstlerischen Intelligenz, mit dem Oberbürgermeister von Dresden und dem stellvertretenden Vorsitzenden der SED-PDS Wolfgang Berghofer. Man kann wohl davon ausgehen, daß ihm diese Begegnungen eine recht umfassende Vorstellung von der wahren Lage in der DDR gegeben haben.

Diese Lage ist keineswegs einfach. Kohls Besuch in Dresden hörte sich wie ein Signal für die Kräfte, die für eine unverzügliche Vereinigung Deutschlands und gegen den Fortbestand der DDR eingetreten, zu einer breiten Offensive an. Zehntausende Anhänger dieser Idee fast aus dem gesamten Süden der Republik waren nach Dresden gekommen. Dem Kanzler, der sich an sie als an seine „Mitarbeiter“ wandte, bereiteten sie einen begeisterten Empfang. Diejenigen aber, die versuchten, zu einer Bewahrung der Selbständigkeit der DDR aufzurufen, ließ man nicht zu Worte kommen. Mit eigenen Ohren hörte ich Rufe wie „Die Kommunisten besiegen!“, „Die Roten in die Elbe!“ und „Schluß mit dem sozialistischen Experiment!“

Zu Handgreiflichkeiten kam es nicht. Doch eine solche Tendenz war klar zu erkennen. Auch der Umstand, daß die Anhänger einer „Wiedergeburt Großdeutschlands“ in Dresden nicht auf den gebührenden Widerstand der demokratischen und antifaschistischen Kräfte der Stadt stießen, war alarmierend.

Doch das, was den progressiven Einwohnern Dresdens nicht gelang, verwirklichten die Berliner. Auf Initiative einiger linker Organisationen versammelten sich 50 000 Menschen im Herzen der Hauptstadt zu einer machtvollen Demonstration gegen eine Vereinigung, für die Selbständigkeit der DDR. Ihre Stimme war laut und zugleich besorgt zu vernehmen.

Über letzteres braucht man sich nicht zu wundern. Viele Jahre hieß es, daß zumindest in der DDR die faschistische Ideologie mit ihren Wurzeln endgültig ausgemerzt sei. Doch dann stellte sich heraus, daß nationalistische Ideen auf viele Menschen Einfluß haben. Jetzt

aber, auf der Welle der Demokratisierung, haben die Rechtskräfte offen ihre politischen Ansprüche angemeldet. Unter den Lösungen einer Vereinigung nahmen sie Kurs auf einen unversöhnlichen Kampf gegen die Eigenstaatlichkeit der DDR. Ihnen entschieden den Weg zu versperren – das ist gegenwärtig die Hauptaufgabe für all jene, denen der Name der DDR als eines demokratischen und antifaschistischen Staates, der der Sache der Solidarität und der Zusammenarbeit der Völker verbunden bleibt, teuer ist.

Angesichts der starken Zunahme der Vereinigungstendenzen in beiden deutschen Staaten erlangte der offizielle DDR-Besuch des französischen Präsidenten Francois Mitterrand besondere Bedeutung. Dieser Besuch begann, als Bundeskanzler Kohl Dresden verlassen hatte, und dauerte zwei Tage. Es war der erste Besuch des Staatsoberhauptes einer der drei Westalliierten, die das Potsdamer Abkommen unterzeichnet hatten, in der Republik.

Mitterrand hatte die Einladung für den Berlin-Besuch noch von Honecker erhalten, doch die Tatsache, daß der hohe französische Gast jetzt von ihr Gebrauch mache, spricht für sich. Paris hat sein Interesse am Bestehen einer selbständigen und souveränen DDR eindeutig zu erkennen gegeben. Und die ganze Reihe der bei dem Besuch unterzeichneten bilateralen Abkommen in verschiedenen Bereichen konkretisierte dieses Interesse. Viele von ihnen sind langfristig angelegt, was ebenfalls davon zeugt, daß die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der DDR zukunftsträchtig ist.

Der französische Präsident, der sich zur künftigen Entwicklung der beiden deutschen Staaten äußerte, konstatierte, daß alle mit diesem Fragenkreis verbundenen Beschlüsse – ob die von Ministerpräsident Modrow vorgeschlagene Vertragsgemeinschaft oder eine konföderative Konstruktion – Sache ausschließlich der Deutschen selbst seien und man ihnen ihre eigene Zukunft nicht diktieren dürfe. Voraussetzung dafür seien freie, demokratische und geheime Wahlen und die in ihrem Ergebnis geschaffenen Strukturen. Wenn nach den Wahlen der Wunsch bekundet wird, einen gemeinsamen Weg zu gehen, dann ist dieser Wunsch zu respektieren. Doch auf keinen Fall dürfe man die Situation in Europa und die Stabilität der europäischen Grenzen gefährden, betonte der Präsident. Das berührte direkt die Interessen Frankreichs, das ein Garant für Frieden, Gleichgewicht und Einheit unseres Kontinents ist.

Mitterrands DDR-Besuch, die kürzli-

che Begegnung Modrows mit US-Außenminister Baker in Potsdam und die Gespräche der Botschafter der vier Siegermächte im Gebäude des ehemaligen Alliierten Kontrollrats in Berlin (West) machten deutlich, daß die deutsche Frage nicht nur Sache der beiden deutschen Staaten ist, sondern auch jener Länder, die die Hauptverantwortung für Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt tragen. Ich meine, die Bonner Politiker, besonders diejenigen, die sich für eine schnellstmögliche Wiedervereinigung aussprechen, sollten sich in diesem Zusammenhang einige Gedanken machen. Jeder überreite Schritt bei der Lösung von Fragen, die die Grundlagen der bestehenden europäischen Strukturen, darunter die Blockzugehörigkeit, berühren, kann ja zu unabsehbaren Folgen führen. Daran aber sind weder der Osten noch der Westen interessiert.

Und ein weiteres Datum – der 22. Dezember 1989. Ich meine, es wird in die Lehrbücher zumindest der deutschen Geschichte eingehen. An diesem Tag, um 15.00 Uhr, fiel sozusagen die Mauer beim Brandenburger Tor. Hier wurden Grenzübergänge für Fußgänger eröffnet, von denen schon am ersten Tag mehr als 200 000 Menschen Gebrauch machten.

Das Brandenburger Tor ist das bekannteste Symbol Berlins. Vor 200 Jahren vom bekannten deutschen Architekten Carl Gotthard Langhans errichtet, wurde es zum stummen Zeugen vieler historischer Ereignisse. Hier veranstalteten am 30. Januar 1933 die Faschisten einen riesigen Fackelzug, um Hitlers Machtergreifung zu feiern. Am Brandenburger Tor fielen die letzten Schüsse des zweiten Weltkrieges in Berlin.

Ein bitterer Abschnitt für das Brandenburger Tor begann am 13. August 1961. Die auch in seiner unmittelbaren Nähe von der DDR errichtete Mauer ließ eine pulsierende Kreuzung des Lebens der Stadt zu einer menschenlosen Grenzzone werden. 28 Jahre, vier Monate und neun Tage lang konnte man das Tor nur aus der Ferne bewundern. Jetzt aber ist die Zeit gekommen, da es nicht mehr finstres Symbol der Trennung von Menschen ist.

Auch der Dauerregen, der über der Stadt niederging, konnte das Volksfest zur Wiederöffnung des Brandenburger Tores nicht stören. 100 000 Menschen hatten sich am Tor eingefunden. Auch hohe Politiker, darunter Modrow und Kohl, waren gekommen. Aus ihren Händen stiegen zwei weiße Tauben in den bleigrauen Himmel auf – das Signal zur Öffnung der Grenze. Eine sehr symbolische, verpflichtende Geste.

Anatoli Kowrigin

NZ-Korrespondent

BERLIN

Foto: ADN-TASS

Fallschirmjägerdiplomatie

Wladislaw Tschirkow

Gleich zu Beginn will ich zugeben, daß ich bei der Arbeit an diesem Beitrag, als immer mehr amerikanische Transportflugzeuge in Panama landeten und den in der Kanalzone stationierten US-Streitkräften zu Hilfe kamen, mehr Fragen als Antworten hatte. Auf einige davon wird erst später geantwortet werden können.

Warum? Wieso? Die Amerikaner bemächtigten sich des kleinen Panama wie vor sechs Jahren des winzigen Grenada!

Vertreter Washingtons verschiedener Ebenen legten einen ganzen Haufen unterschiedlichster Erklärungen zur Rechtfertigung für ihre Intervention vor. Wir wollen uns einmal an die goldene Regel halten und alles in Frage stellen.

US-Präsident George Bush motivierte das Eingreifen mit der Notwendigkeit, „das Leben von US-Bürgern schützen“ zu müssen. In Panama leben 35 000 Bürger der USA. Dort war tatsächlich am 16. November ein US-amerikanischer Militärangehöriger von Kämpfern der Nationalen Verteidigungsstreitkräfte getötet worden. Ein anderer Offizier der in der Kanalzone stationierten US-Streitkräfte war verprügelt worden. Seiner Frau hatte man mit Vergewaltigung gedroht. Übrigens präsentierten die US-amerikanische und die panamaische Seite völlig entgegengesetzte Versionen dieser Ereignisse.

Wir wollen uns nicht damit befassen, welche der Wahrheit näherkommt. Jedes Menschenleben ist unbezahlbar. Kann man aber wegen des Todes eines Menschen Kriegshandlungen auslösen, denen bereits Dutzende US-Amerikaner und Hunderte von Panamesern zum Opfer gefallen sind?

US-Außenminister James Baker erklärte, die geplante Operation habe nach dem Eingang von Informationen über bevorstehende Überfälle auf Wohnhäuser von US-Bürgern in Panama, die vom Oberkommandierenden der Nationalen Verteidigungsstreitkräfte Manuel Antonio Noriega vorbereitet wurden, unaufschubbaren Charakter angenommen.

Trotz aller Unberechenbarkeit des Generals erscheint die Wahrscheinlichkeit der Existenz solcher selbstmörderischer Pläne äußerst gering. Baker selbst mußte zugeben, die genannte Information stamme nicht aus „absolut zuverlässiger Quelle“.

In der Erklärung des Weißen Hauses wird darauf hingewiesen, daß eine der Aufgaben der Operation darin bestehe, Noriega zu ergreifen. Washington bezichtigt ihn des Rauschgiftschmuggels und droht, ihn vor Gericht zu stellen.

Entsprechende Dokumente, die diese Vorwürfe erhärteten, existieren offensichtlich. Solche Anschuldigungen sind zu schwerwiegend, um damit einfach so um sich zu werfen. Immerhin muß man vor Gericht konkrete Beweise und keine blanken Deklarationen vorlegen. Vertreter des Pentagon teilten mit, sie hätten etwa 50 Kilogramm

Kokain und eine bedeutende Geldsumme, wertvolle Kunstgegenstände und Antiquitäten sowie „mindestens eine Fotografie von Adolf Hitler“ in der Residenz Noriegas gefunden.

Der Präsident der USA sprach davon, seine Soldaten zum Schutz der Demokratie nach Panama entsandt zu haben. Damit war die Beseitigung Noriegas und die Einsetzung einer Regierung der Oppositionskräfte gemeint, die offensichtlich am 7. Mai einen Wahlsieg errungen hatte. Welcher andere Grund hätte Noriega veranlassen können, die Wahlergebnisse anzulieren zu lassen.

Das mag ein edles Ziel sein. Was aber, wenn es Bush morgen einfällt, seine Truppen in ein anderes Land einzumarschieren zu lassen, um dort ein Regime einzuführen, das Washington genehm ist?

Die USA sind um die Demokratie in Panama besorgt. Warum haben sie dann aber Pinochet so lange regieren lassen? Warum haben sie ihn nicht

schon längst gestürzt, wobei sie sich darauf hätten beschränken können, ihm keine Waffen mehr zu liefern? Warum hat man gewartet, bis Pinochet selbst an die Opposition Zugeständnisse machte? Warum hindert man ihn nicht an seinen gegenwärtigen Versuchen, so zu gehen, um doch in gewisser Hinsicht zu bleiben? Warum hat man sich dann dreieinhalb Jahrzehnte lang mit Stroessner in Paraguay abgefunden, wo sich doch die USA die Rolle des Schiedsrichters von Lateinamerika anmaßen?

Fragen über Fragen...

George Bush erklärte, er sei fest dazu entschlossen, die Kanalverträge einzuhalten und ihn im Jahr 2000 an Panama zu übergeben. Wie soll man diesen Versprechungen noch glauben können? Ob die USA vielleicht doch noch ihre Militärbasis in der Kanalzone behalten wollen, obwohl ihre Räumung in der Vereinbarung zwischen Torrijos und Carter von 1977 festgeschrieben wurde?

Um der Intervention einen juristischen Anstrich zu geben, behauptete der Pressesekretär des Weißen Hauses Marlin Fitzwater, „Panama habe den USA den Krieg erklärt und nicht umgekehrt“. Gemeint ist eine Erklärung des panamaischen Parlaments, Panama befindet sich im Kriegszustand mit den USA, die vor der Erteilung des tragischen Befehls durch Bush abgegeben wurde. Die Gesetzgeber meinten damit aber die noch unter Reagan begonnene ökonomische Aggression gegen Panama, und der Begriff „Kriegszustand“ war bestimmt nur als Redewendung gebraucht worden.

Das Losungsdenken, wenn man das so nennen kann, war sowieso typisch für die Regierung Noriega. Das Ansehen des autoritären Führers der Republik, der vor kurzem seinem allmächtigen Status als Oberbefehlshaber der Streitkräfte noch den Titel des Ministerpräsidenten hinzufügte,



Gefangene Panamesen

Foto: Reuter - TASS

basierte auf antiamerikanischen Beschwörungen, die er auf den fruchtbaren Boden verletzter Nationalwürde der Panamäer säte, die auf die Übergabe des Kanals zwischen Atlantik und Pazifik dringen.

Regimes, deren Positionen innerhalb des Landes schwach sind und über kein konstruktives Programm verfügen, brauchen dringend einen äußeren Feind. Da hat man wenigstens jemanden, dem man für alles die Schuld in die Schuhe schieben kann. Da drängt sich einem der Vergleich zu Rumänien auf, wo Diktator Ceausescu vor seiner Flucht, Verhaftung und Hinrichtung die Auflehnung der Volksmassen als Machenschaften „imperialistischer Kräfte“, „ausländischer Spionagedienste“, ja sogar von „Faschisten“ und „Terroristen“ verbuchte.

Eine interessante Auslegung der Motive für die Aggression in Panama gab der amerikanische Kommentator R. Apple in der „New York Times“: „Für Präsident Bush stellt das Eingreifen der USA in Panama nicht nur einen Versuch dar, bestimmte Ziele zu erreichen, sondern auch eine Art Präsidentenweihe. Ob es Glück oder Unglück ist, mag dahingestellt sein, jedenfalls haben die meisten amerikanischen Führer seit dem zweiten Weltkrieg es für nötig gehalten, ihre Bereitschaft unter Beweis zu stellen, für die Verteidigung und Durchsetzung dessen, was sie unter nationalen Interessen verstehen, auch Blut zu vergießen. John F. Kennedy während der kubanischen Raketenkrise (man könnte auch die Entsendung von Söldnern in die Schweinebucht anführen – d. Red.), Lyndon Johnson und Richard Nixon in Südvietnam, Ronald Reagan in Grenada und Libanon, jetzt Bush in Panama. Sie alle handelten in der Überzeugung, die amerikanische politische Kultur erfordere von ihnen, unverzüglich der Welt zu demonstrieren, daß sie über den großen Knüppel verfügen.“

Seit der Invasion in Grenada (1983) haben die Amerikaner wohl schon zu vergessen begonnen, was unter „großem Knüppel“ und „Kanonenbootpolitik“ zu verstehen ist. Seither ist viel Zeit vergangen. In den internationalen Beziehungen haben sich die Prinzipien der Achtung der Souveränität und Würde anderer Nationen, des Dialogs und der politisch-diplomatischen Lösung komplizierter Fragen durchgesetzt.

Die UdSSR hat ihr sogenanntes begrenztes Truppenkontingent aus Afghanistan abgezogen, die vietnamesischen Truppen verließen Kambodscha, die Kubaner ziehen ihre Streitkräfte aus Angola ab...

Und nun Panama! Fallschirmjägerdiplomatie...

Hat man in Washington geglaubt, man sei beim neuen Denken zu weit gegangen? Ist die Panama-Aktion ein Zugeständnis an jene Kreise, die unter den Bedingungen der Verschärfung der internationalen Spannungen den Abrüstungsprozeß bremsen oder gar aufhalten wollen? Ist sie ein Zugeständnis an die in recht großer Zahl vorhandenen amerikanischen Chauvinisten, die hin und wieder einen kleinen erfolgreichen Blitzkrieg wie damals in Grenada brauchen?

Durch seine Handlungen hat Washington jenen einen Trumpf in die Hände gespielt, die für eine gewaltsame „Beilegung“ von Konflikten eintreten. Aus dem Lager der „Linken“ (und Linkextremen) sind bereits Stimmen zu hören, die die USA als Wolf im Schafspelz bezeichnen, der wieder einmal seine Zähne gezeigt hat. Dem hat Washington praktisch nichts entgegenzusetzen.

Das wird, davon bin ich überzeugt, die Positionen der Unversöhnlichen in der salvadorianischen FMLN stärken. Zweifellos wird das auch die Terroristen des peruanischen „Sendero luminoso“ sowie die aufständischen Fraktionen in Kolumbien befürbeln, die nicht dem Beispiel der „M-19“ folgen wollen, die den bewaffneten Kampf eingestellt haben und sich nun auf der politischen Bühne mit ihren Opponenten messen.

Ich wage zu behaupten, daß unter bestimmten Umständen die Stärke eine Waffe der Schwachen ist, nämlich jener, die fruchtbare Ideen verfechten und auf tönernen Füßen stehen. Deshalb verfallen sie ins Extrem und lassen anstelle von Argumenten die Waffen sprechen. Die peitschende Phrase „Die Macht kommt aus den Gewehrläufen“ ist nur teilweise wahr. Macht, die in der Lage ist, Menschen anzuführen, wird nicht von Gewehren, sondern von fruchtbringenden Ideen geboren.

Nach dem Überfall auf Panama wird es den USA nicht mehr möglich sein, mit derselben schuldlosen Miene für eine friedliche Lösung des Nikaraguaproblems und die nationale Aussöhnung in El Salvador auf Verhandlungsbasis sowie für die Beilegung der lateinamerikanischen Krise insgesamt einzutreten. Washington hat dem schwierigen Prozeß der friedlichen Regelung in der Region schon genügend Hindernisse in den Weg gestellt.

Die Intervention der USA in Panama war zudem ein Geschenk für einige konservative Elemente in der UdSSR, die mit der Reduzierung unserer Streitkräfte nicht einverstanden sind. Oder jener, die der Meinung sind, der Einmarsch sowjetischer Truppen 1979 in Afghanistan (übrigens stimmt sogar die Tarnbezeichnung „Prawoje delo“ und „Just cause“ – „Gerechte Sache“ beider Operationen überein) sei gerechtfertigt gewesen. Da wirft sich sofort die nicht nur rhetorische Frage auf: Warum

sind wir dann von dort weggegangen? Haben wir alle „militärischen Aufgaben“ in Afghanistan gelöst?

Die meisten Länder haben die amerikanische Intervention in Panama verurteilt.

Alle warteten natürlich auf die Reaktion der UdSSR, deren Dialog mit den USA den Grundstein des neuen Denkens bildet. Und die Reaktion folgte. Die sowjetische Regierung qualifizierte in ihrer Erklärung den Schritt Washingtons als „offenen internationalen Willkürakt“. Die Sowjetunion, heißt es in diesem Dokument, ruft die Regierung der USA dazu auf, unverzüglich ihre Interventionshandlungen gegenüber dem souveränen Panama einzustellen.

Viele machen sich nun Sorgen, ob vielleicht die „Fallschirmjägerdiplomatie“ den bisher so erfolgversprechenden sowjetisch-amerikanischen Dialog gefährden kann, der sich zu einer umfassenden und beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit entwickeln könnte. Ich nehme an, daß diese Sorgen grundlos sind.

* * *

Die Operation „Just cause“ ist zweifellos empörend, allerdings nur ein Rückfall in die „grenadisch-afghanische Denkweise“, nicht aber eine generelle Revision des eingeschlagenen Kurses. Letzteres würde Washington in die Schützengräben des kalten Krieges hinabzerren, was aber, wie ich annehme, nicht den strategischen Zielen der USA entspricht. Und die Erklärung der sowjetischen Regierung ist trotz der Entschlossenheit ihrer Position kein Faustschlag auf dem Verhandlungstisch und kein Zuschlagen der Tür. Die Aktion der USA hinsichtlich Panamas muß von uns allerdings künftig beachtet werden, um nicht in Euphorie zu verfallen oder sich Illusionen hinzugeben. Wir müssen immer davon ausgehen, daß unser Dialogpartner, gelinde gesagt, zu unvorhersehbaren Schritten fähig ist.

Urteil über die Diktatur

**Die Chilenen haben sich entschieden:
Der gemeinsame Kandidat der Opposition heißt
Patricio Aylwin**

Vitali Sobolew

NZ-Korrespondent

„Amer Fra-Fra, für ihn wird keiner stimmen!“ spöttelten die Chilenen, als ich sie um ihre Meinung bezüglich des dritten Präsidentschaftskandidaten, Francisco Errazuriz, der sich im letzten Moment in den Wahlkampf eingeschaltet hatte, fragte. Der Spitzname röhrt von der Anfangssilbe seines Vornamens her und von Gerüchten über sein längst überwundenes Stottern. Den Kandidaten Nr. 2, den früheren Finanzminister Herman Büchi, nennt man wegen seiner in die Stirn fallenden widerspenstigen Haare „Chasquilla“ (Pony). Aber auch Patricio Aylwin bekam seinen Spitznamen: Don Pato („Herr Erpel“). Der Führer der Christdemokraten (PDC) kandidierte für einen Block aus siebzehn Parteien und wurde von der Breiten Partei der linken Sozialisten (PAIS) unterstützt, die 1988 aus den damals verbotenen marxistischen Organisationen hervorging und der sich die linken Christen anschlossen.

Das plötzliche Auftauchen von Fra-Fra im Wahlkampf roch deutlich nach Abenteuer. Dem Großunternehmer, der eher für gewisse Schwierigkeiten mit seinen Kreditgebern bekannt ist, bereitete die Öffentlichkeit einen kühlen Empfang, obwohl er sich doch gewisse Chancen ausrechnen

konnte. Nach der dramatischen Geschichte und dem tragischen Ende der Unidad-Popular-Regierung und der langen Militärdiktatur war damit zu rechnen, daß sich ein Kandidat des Zentrums durchsetzen würde. Da aber Aylwin durch seine Bundesgenossen und Weggefährten nach links tendiert und Büchi, dem man zum Erben Pinochets deklariert hat, deutlich nach rechts geschwenkt ist, öffnete sich zwischen den beiden ein gewisser Freiraum, in dem Errazuriz zu schlüpfen versuchte, der seine Position als „zentrales Zentrum“ definierte. In dieser politischen Nische stand er jedoch nur fest auf dem rechten Bein. Dennoch hat er, da mußte mir der Exekutivsekretär des Oppositionsblocks Gonzalo Martínez recht geben, auch Aylwin einige Stimmen abnehmen können, was diesen allerdings nicht daran hinderte, mit solidem Vorsprung (55,2% gegenüber 29,4 % für den zweitstärksten Kandidaten Büchi) die Wahlen zu gewinnen.



Mit ihrer Wahl von Patricio Aylwin verbinden die Chilenen Hoffnungen auf eine Wiederherstellung der Demokratie

Foto: AP-TASS

Die Chilenen haben auch gar keinen Grund, Fra-Fra zu bemitleiden. Errazuriz sagte mir, daß er, da er nun einmal zu den großen Raufbolden aufgerückt sei, seine politische Karriere fortsetzen und sogar eine eigene Partei gründen will, auch wenn die Abstimmungsergebnisse (15,4 Prozent für Fra-Fra) ihr keine große Zukunft verheissen. Bereits bei den letzten Wahlkampfkundgebungen zeichnete sich deutlich das politische Kräfteverhältnis ab. Fra-Fra konnte kein breites Publikum zusammen-trommeln. Ihn rettete auch kein großes Vierstundenkonzert, zumal er, wie Kritiker urteilten, nur mäßige Interpreten engagiert hatte. Mit Don Pato traten wirkliche Meister der Kunst auf, aber damit wurde eher der Tradition Tribut gezollt. Die Kundgebungsteilnehmer, eine Million oder mehr, brauchten keine Animateure. Unter den Bäumen des O'Higgins-Parks, wo die Kundgebung stattfand, tanzten die Leute Cueca und sangen im Chor Spottlieder auf Pinochet.

Die Macht-demonstration von Hernan Büchi war auch recht beeindruckend. Zu meiner Verwunderung fand sich in Santiago viel gutgekleidetes Volk, was mich an die über 40 Prozent erinnerte, die beim Referendum vor einem Jahr „Ja“ zu Pinochet gesagt haben. Auch bei dieser Veranstaltung lösten Hochrufe auf den „Mann, der uns von dem Kommunismus gerettet hat“, mehr Beifall aus als Hochrufe auf den Mann, dessenthalben man sich hier versammelt hatte. Es ging auch sehr laut und fröhlich zu, die Folklore war aber recht ärmlich vertreten. Das Hupkonzert war lauter, weil viele mit ihren eigenen Wagen gekommen waren, dafür fehlte die eigene Melodie. Auch der fehlende Glaube an den Sieg machte sich bemerkbar, selbst wenn man immer wieder das Gegenteil behauptete. Büchi lehnte es grundweg ab, sich mit irgendwelchen ausländischen Korrespondenten zu treffen, und das Vorgehen seines Apparats gegen sie war einfach beschämend. Bei den Kundgebungsteilnehmern und bei denen, die Pressekonferenzen abhielten, die übrigens längst nicht so gut besucht waren wie die der Opposition, konnte man den Verdruß über die unvermeidliche Wahlniederlage von den Augen ablesen. Für eine Stimmung der völligen Ausweglosigkeit sieht die Wählerschaft der Rechten allerdings keine Veranlassung. Warum? Das will ich erläutern.

Rechtzeitig vorbereitete Positionen

Besitzer einer blühenden Insel zu werden, ist eine Verführung, der selbst überzeugte Proletarier erliegen. Und in Chile werden jetzt Dutzende davon angeboten, in jeder Größe, für jeden Geschmack. Der Verkauf der Inseln ist Teil einer umfassenden Priva-

tisierungskampagne, bei der Staatseigentum, d. h. der übriggebliebene Rest davon, in private Hand übergeben werden soll. Früher waren davon ca. 400 Betriebe betroffen. 14 weitere sollen in nächster Zeit dazukommen. Dabei handelt es sich u. a. um solche Giganten wie die Fluggesellschaft LAN-Chile, die derzeit zu den rentabelsten Unternehmen im Land gehört.

Durch die Privatisierung will man den Einfluß der künftigen Zivilregierung in Chile einschränken. Zum selben Zweck wurde die Zentralbank mit administrativer Autonomie ausgestattet. Sie kann jetzt selbständig die Geldemission, die Wechselkurse und Kreditzinsen festlegen, wodurch sie in den Besitz mächtiger Finanzhebel kommt.

Die Bedeutung dieser Hebel ist so groß, daß es die Junta vorzieht, sich schon vor der Machttübergabe, die erst im März erfolgen soll, mit der entrüsteten Opposition zu arrangieren. Man schlug ihr vor, zwei der fünf Mitglieder des Aufsichtsrates zu benennen, und Bankpräsident wurde eine Kompromißfigur. Der künftige Finanzminister in der demokratischen Regierung Alejandro Fo versicherte mir, das Gesetz über die Autonomie werde außer Kraft gesetzt, weil es die neue Regierung hinsichtlich ihrer Pläne für soziale und wirtschaftliche Reformen an Händen und Füßen bindet.

Pinochet hat für seine Nachfolger nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Schlingen ausgelegt. In der Zeit des Wahlkampfes wurden sie, ebenfalls in Absprache mit der Opposition, etwas gelockert. Es handelt sich dabei um die Zusätze zur Verfassung von 1980, die Mitte 1989 bei einem Referendum angenommen wurden. Insgesamt handelt es sich um 54, von denen aber nur ein oder zwei wesentlich sind. So wurde u. a. der Artikel 8 gestrichen, der die Kommunistische Partei und ihr verwandte Organisationen in die Illegalität zwang. Die Außerkraftsetzung dieser Bestimmung erfolgte allerdings so spät, daß weder der Generalsekretär des ZK der KP Chiles Volodia Teitelboim noch der Führer der größten Fraktion der Sozialistischen Partei (deren baldige Vereinigung bevorsteht) Clodomiro Almeyda sich als Kandidaten für den Nationalkongreß aufstellen lassen konnten. Sie konnten sich nicht einmal als Wähler registrieren lassen.

Völlig unangetastet blieben die Paragraphen, die den Streitkräften die Rolle eines „Vormunds der Demokratie“ zuschreiben und es dem gegenwärtigen Regime gestatten, über verschiedene Institutionen neun Senatoren zu bestimmen. Diese Leitsätze sind ebenfalls im Gesetz über die Staatsorgane und die Streitkräfte enthalten. Auch die Privatisierung, die Autonomie der Zentralbank u. ä. sind gesetzlich verankert.

Die neue Regierung kann allerdings versuchen, Gesetze aufzuheben, die der gründlichen Demokratisierung des politischen Systems im Wege stehen. Aber die Opposition konnte im Parlament keine sol-

che Mehrheit gewinnen, die es ihr gestatten würde, Gesetze „erster Ordnung“ selbständig zu verabschieden. Für die Durchsetzung solcher Gesetze muß die Regierung, wie Patricio Aylwin sagte, Bündnispartner im rechten Flügel des Kongresses suchen, konkret unter den Mitgliedern der rechtszentristischen Partei der Nationalen Erneuerung (PARENA). Um ihre Zukunft besorgt, versucht die PARENA jetzt, sich vom dahinscheidenden Regime zu lösen. Nach den Wahlen distanziert sie sich auch von der weiter rechts angesiedelten Unabhängigen Demokratischen Union (UDI), mit der die PARENA im selben Block zu den Wahlen angetreten war.

Es gibt also genug Chancen, die erforderliche Mehrheit für eine Revision des juristischen Erbes der Diktatur zu bekommen. Das ist aber kein einfacher Weg. Er wird langwierig und mit Verhandlungen und Zugeständnissen verbunden sein. Die Opposition hat in ihrem langen und schweren Kampf, in dem sie die Diktatur immer weiter zurückgedrängt hat, genügend Erfahrungen gesammelt, wie man politische Kompromisse aushandelt. Ihre Mitglieder sind stolz darauf, daß es ihnen gelang, bei der Benennung der Aufsichtsratsmitglieder der Zentralbank und bei der Verfassungsreform mitzureden. Deshalb hofft man auch darauf, einen Kompromiß bei den dreiseitigen Verhandlungen mit den Unternehmern und den Gewerkschaften über einen Sozialvertrag im Namen der Einheit der Gesellschaft angesichts gemeinsamer Probleme zu finden.

Zu Gast bei den „Mumien“

Zusammen mit chilenischen Freunden wurde ich in der „barrio alto“, der „Oberstadt“ empfangen, einem in den Vorbergen gelegenen Stadtteil von Santiago für begüterte Bürger. Hier ist die Luft reiner, kühler, und die Villen, eine prächtiger als die andere, versinken im Grün. Die Hausherren bezeichnen sich offener und mit Stolz als „Mumien“. So nannte man zu Zeiten der Unidad Popular die Gegner ihrer Veränderungen. Sie verbargen keineswegs, daß ihnen Büchi lieber sei, aber auch der Wahlsieg von Aylwin ist für sie kein Anlaß zur Besorgnis.

„Der Markt zeigt alle Anzeichen für Ruhe und Stabilität“, sagte der Vorsitzende der nationalen Handelskammer Daniel Platovsky. Weder an der Börse noch beim parallelen (inoffiziellen - d. Red.) Umtausch von Dollars sind deutliche Abweichungen zu erkennen, denn die Kontinuität in der Wirtschaftspolitik ist abzusehen.“

Patricio Aylwin hat ebenso wie alle anderen Kandidaten versprochen, das gegenwärtige „offene“ Wirtschaftsmodell beizubehalten, daß Export und Import

sowie Investitionen in- und ausländischer Firmen fördert. Dieses Modell ist derzeit hoch angesehen, denn ihm wird das „chilenische Wirtschaftswunder“ zugeschrieben, obwohl die amerikanischen Berater Pinochets dieses Modell schon viele Jahre lang durchsetzen, das „Wunder“ aber kaum fünf Jahre alt ist. Früher sprangen die Kennzahlen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auf und ab wie ein noch nicht zugerittenes Pferd.

Dem „Chicago-Modell“ werden auch die positiven strukturellen Veränderungen zugeschrieben, die hauptsächlich in der Schließung von Betrieben bestanden, die entweder nicht konkurrenzfähig waren oder sich nicht multinationalen Konzernen anschließen wollten. Die Gesundung der Wirtschaft, meinen Experten, wird in diesem Jahr einen Produktionszuwachs von acht Prozent bewirken, und die Erhöhung des Exports liegt weit über dem gestiegenen Import, in erster Linie bei elektrischen Haushaltsgeräten und Autos. Auch das Niveau der Investitionen, darunter der ausländischen, ist recht hoch.

Unserem Gastgeber in der „Oberstadt“ gefällt die Perspektive, zu den asiatischen „Tigern“ aufzuschließen und deren Erfolg auf dieser Seite des Pazifiks nachzuholen. Er stritt jedoch die Schlußfolgerung ab, die Chilenen hätten für das „Chicago-Modell“ einen zu hohen sozialen Preis gezahlt. Aber aus den großen Spiegelfenstern seiner Villa waren nur ebensolche schönen Behausungen zu sehen, deren Bewohner dem „Retter vor der kommunistischen Tyrannie“ viel zu verdanken haben. Man kann aber den Worten Aylwins Glauben schenken, daß es in Chile eine große Mehrheit gibt, die in Armut lebt und nicht in den Genuß der Wohlthaten der Entwicklung gekommen ist, die einigen Schichten der Gesellschaft zugänglich sind.

Die Opposition beabsichtigt, diese Wohlthaten durch eine Steuerreform umzuverteilen. Die Junta hat allerdings vorsorglich ein Steuergesetz sowie ein Gesetz über die Privatisierung der Nationalbank verabschiedet, woher die Regierung Mittel für ihre Sozialprogramme beziehen könnte. Und das frischgebackene Aufsichtsratsmitglied der Zentralbank, General Enrique Seguel, ist verpflichtet, die Befehle Pinochets auszuführen, der ihn dorthin kommandiert habe, wie es in der Lokalpresse heißt, um „populistische Maßnahmen im Finanzbereich“ zu verhindern.

Soll das „Vikariat“ geschlossen werden?

„Wir müssen uns bald nach einer anderen Arbeit umsehen“, antworteten die Mitarbeiter des „Solidaritätsvikariats“ scherzend auf meine Frage nach dem Schicksal dieser Einrichtung nach dem Abtreten des Diktators. Für Lachen und Scherzen ist das nicht der rechte Ort, deshalb kann man ihre Fröhlichkeit als Symbol

der bevorstehenden Veränderungen ansehen.

Das „Vikariat“ will seine Tätigkeit allerdings nicht einstellen. Die 1976 gegründete Einrichtung wurde jährlich im Durchschnitt von 90 000 Bürgern besucht, die verschiedene Bitten und Beschwerden an die Behörden richten wollten. In seinen Archiven dort suchen schweigend Angehörige nach Spuren von 682 Verschollenen, lagern Akten über 38 496 Menschen, die verhaftet wurden, über 1300 Chilenen, die Anzeige bei Gericht erstattet haben, weil sie gefoltert wurden, und über 1134 Bürger, die von Agenten des Diktators ermordet wurden. Alle diese Akten wollen bearbeitet sein.

Dem Problem der Menschenrechte und ihrer Wiederherstellung wird die neue Regierung sicher große Beachtung schenken. Das ist wichtig angesichts der internationalen Lage des Landes, das in der Weltgemeinschaft einen würdigeren Platz einzunehmen gedenkt. Bei einem Gespräch über die Umgestaltung der Beziehungen zu anderen Staaten sagte mir der vermutlich künftige Außenminister Juan Somavia, daß Chile normale diplomatische und anderweitige Beziehungen zur Sowjetunion anstrebt.

Im Landesinnern wird das Thema Menschenrechte noch lange Anlaß zu Reibungen und Komplikationen geben. Aylwins Position stimmt im großen und ganzen mit der Position der Kirche überein. Er sagte: „Wir müssen die Wahrheit herausfinden, um Gericht zu halten und danach zu verzeihen.“

Der Chefredakteur der vom „Vikariat“ herausgegebenen Zeitung „Solidaridad“ Rodrigo de Arteagabetia erläuterte mir, daß die Kirche bereit sei, den Henkern und Mörtern zu vergeben, wenn diese ihre Taten bereue.

Nach Reue sieht es vorerst aber nicht aus. Hier hat Pinochet für sich und seinesgleichen besonders eifrig vorgesorgt. Bereits vor elf Jahren wurde ein Gesetz über die Amnestie für Menschenrechtsverletzungen verabschiedet. Der Diktator hat außerdem öffentlich mit einem neuerlichen Militärputsch gedroht, wenn auch nur ein Haar jenen Militärs gekrümmmt werde, die seine Befehle ausgeführt hätten.

Es wird auch keine Einhelligkeit zwischen der alten und neuen Regierung bezüglich eines Gesetzes geben, wonach die Zivilregierung nicht die Oberkommandierenden der Waffengattungen ab- bzw. einsetzen kann. Nach diesem Gesetz will Pinochet die Schlüsselstellung in der Armee behalten und bis 1998, vielleicht auch noch länger, Oberkommandierender der Landstreitkräfte bleiben.

Diese Umstände sind es, die so oder so den Frieden in Frage stellen, den Aylwin, aber auch seine Kontrahenten, dem Volk versprochen haben.

Santiago de Chile – Havanna

Ein schweres Erbe

tritt die neue Regierung des größten Staates in Lateinamerika an

Erstmals in den vergangenen drei Jahrzehnten nahm die brasilianische Bevölkerung ihr Recht in Anspruch, das Staatsoberhaupt ihres Landes direkt zu wählen. Wenn am 15. März 1990 der neue Präsident und das von ihm gebildete Kabinett die Amtsgeschäfte übernehmen, endet im Land formell der Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Den Grundstein hierfür legte vor fünf Jahren die Machtübernahme durch eine Zivilregierung unter der Leitung von José Sarney, dem die Generäle nach 21jähriger Militärrherrschaft die Regierungszügel in die Hand gaben.

Der Wahlmarathon war äußerst gespannt. Vor dem ersten Wahlgang am 15. November gab es 22 Kandidaten für den höchsten Posten im Staat. Mit einer mehr oder minder großen Wahrscheinlichkeit konnten jedoch nur fünf oder sechs mit einem Wahlerfolg rechnen. Dazu gehörte der Rechtszentrist Fernando Collor de Mello und der Extremrechte Paulo Maluf. Auf der linken Flanke waren es Luis Inacio da Silva und Leonel Brizola. Luis da Silva („Lula“), Führer der Partei der Werktagigen (PT) und der Einheitsgewerkschaft, kandidierte für die Volksfront Brasiliens, der neben der PT zwei kleinere politische Gruppierungen angehören: die Brasilianische Sozialistische Partei und die proalbanische KP Brasiliens (nicht zu verwechseln mit der Brasilianischen Kommunistischen Partei). Leonel Brizola steht dem Zentrum etwas näher als Lula. Er ist Führer der Demokratischen Arbeiterpartei.

Bei allen Meinungsumfragen lag stets der 40jährige Fernando Collor de Mello von der Partei der nationalen Rekonstruktion vorn. Der Sprößling einer alten und reichen Familie setzte hauptsächlich auf die Ärmsten und gewann durch seine Lösungen und Versprechen große Sympathien bei den Wählern. Nicht zu vergessen ist natürlich die umfassende moralische und materielle Unterstützung, die ihm von Unternehmerkreisen und einflußreichen Politikern des rechten Flügels zuteil wurde, die in ihm die beinahe einzige Möglichkeit sahen, den progressiven Kräften den Weg zu verlegen.

Agitationskorsos standen auf der Tagesordnung, an denen manchmal mehrere tausend Autos teilnehmen, die mit Wahlplakaten der Kandidaten beklebt waren. Massenkundgebungen gehörten zum Wahlkampf. Und natürlich gab es Auftritte im Fernsehen und im Rundfunk. Das war der Wahlkampf.

Die Sichtwerbung spielte allerdings die größte Rolle. Es ist kein Geheimnis, daß mehr als 20 Prozent der Brasilianer weder lesen noch schreiben können und ca. 70 Prozent nur die Grundschule besucht haben. Für die meisten der 82 Millionen Wähler sind daher Rundfunk und Fernsehen die einzigen Informationsquellen. Davon gingen auch die Kandidaten aus, ganz besonders Collor de Mello, den Journalisten als den „brasiliianischen Rambo“ titulierten. Er ist Inhaber des schwarzen Karate-Gürtels.

Im ersten Wahlgang konnte keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit erreichen. Deshalb fand am 17. Dezember eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, die am 15. November die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten. Das waren Collor de Mello und Lula. Aus diesem Duell ging, wie erwartet, Collor de Mello als Sieger hervor (52 Prozent der Stimmen).

Der neue Präsident und sein Kabinett erben ein Land, wo sich ungeachtet umfangreicher demokratischer Veränderungen die sozialen Probleme in den letzten Jahren zugespielt haben, ein Land, wo höchste Errungenschaften in Wissenschaft und Technik sowie der Status als achtstärkste Wirtschaftsmacht des Westens mit erschreckender Armut der Volksmassen einhergehen. Der Präsident erbte die höchste Auslandsverschuldung in der dritten Welt, eine galoppierende Inflation (1300 Prozent von Oktober 1988 bis Oktober 1989) sowie eine katastrophale Situation im Bildungs- und Gesundheitswesen...

Wladimir Golenkow
TASS-Korrespondent exklusiv für die NZ

Brasilia



Fernando Collor de Mello

Foto: „El País“
(Spanien)

Das Zwei-Tage-Interview

Galina Sidorowa, NZ-Sonderkorrespondentin

Gespräch mit dem
UdSSR-Außenminister:
mit Abschweifungen,
Überlegungen,
Eindrücken

Niemand begleitete uns – das sollte die erste Überraschung sein. Keiner der höchsten Vertreter des Staates mußte, wie das noch in jüngster Vergangenheit bei uns üblich war, seine Arbeit unterbrechen, um sich für einige Minuten vor der Gangway aufzubauen. Nur die Staatsflagge der UdSSR wehte einsam an einem Flaggstock am Rand des Flugfeldes, gleichsam bestätigend, daß ein führender Vertreter abfliegt.

So begann der letzte Auslandsbesuch von UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse im alten Jahr. Er begab sich nach Belgien, um mit europäischen Institutionen, mit der EG und dem EURATOM, das erste Abkommen über Handel und kommerzielle Zusammenarbeit zu unterzeichnen, erstmals das NATO-Hauptquartier zu besuchen, mit den Außenministern von 12 Ländern zusammenzutreffen, Gespräche mit der belgischen Regierung zu führen und dann in London kurz mit Margaret Thatcher zusammenzutreffen – und all das in nur 48 Stunden.

In letzter Zeit vollziehen sich viele Durchbrüche in unserer Außenpolitik irgendwie alltäglich – vielleicht, weil sich das Erreichte jedesmal als Ausgangspunkt zu etwas noch Bedeutenderem erweist.

An den offiziellen Charakter des Fluges erinnerte im Grunde nur das für Aeroflot so untypische anständige Mittagessen. Die Mitarbeiter des Sekretariats und der entsprechenden Abteilungen des UdSSR-Außenministeriums konkretisierten auf dem ganzen Flug die Texte von Dokumenten und Reden und übersetzten sie. Nur die Leibwächter erholten sich vor ihrer nicht leichten Arbeit.

Kurz vor der Landung, als die Maschine kräftig vom Seitenwind geschüttelt wurde, trat Eduard Schewardnadse an uns, einige Journalisten, die den Minister auf seiner Reise begleiteten, heran. Mühsam das Gleichgewicht im Gang zwischen den Sesseln haltend, sprachen wir von dem bevorstehenden sowjetischen Besuch europäischer Einrichtungen. Eben in diesen letzten Minuten vor der Landung begann mein Interview mit dem Minister, das während der zwei Tage unseres Besuchs fortgesetzt wurde.

Natürlich stellte sich folgende Frage:

NZ. Danach zu urteilen, daß wir zur NATO und zur EG fliegen, ist der kalte Krieg tatsächlich vorbei?

E. Schewardnadse. Ja, der kalte Krieg gehört der Vergangenheit an. Wir stehen vor einem friedlichen Abschnitt der europäischen Entwicklung. Doch das ist auch ein Abschnitt der Veränderungen, und folglich kann er stürmisch sein. In diesem Zusammenhang beunruhigen mich in Europa aufgetauchte Anzeichen von politischem Extremismus, die Gefahr einer Destabilisierung, der Nichtrespektierung der bestehenden Realitäten...

Der gegenseitige Zusammenhang von Stabilität und Veränderungen war das bestimmende Thema der zahlreichen Begegnungen des UdSSR-Außenministers mit Kollegen in Brüssel und London.

Zum Auftrag für die Unterzeichnung des Abkommens mit der EG wurden die sowjetisch-belgischen Gespräche. Akute Probleme in den bilateralen Beziehungen gibt es nicht. Möglicherweise deshalb konzentrierten sich die Gespräche auf gesamteuropäische Fragen. Der belgische Außenminister Mark Eyskens betonte in seiner Antwort auf meine Frage



Eduard Schewardnadse und Manfred Wörner im NATO-Hauptquartier: eine Formel für neue Beziehungen

Foto: TASS

nach bevorstehenden Schwierigkeiten besonders, daß die belgische Regierung der Stabilität vor dem Hintergrund der demokratischen Reformen in Ost-Europa große Bedeutung beimäßt. „Wenn wir die Stabilität erhalten wollen“, erklärte er, „muß man sich Zeit nehmen. Wichtig ist es, daß Ost und West das gegenseitige Vertrauen festigen.“

Brüssel ist, wie man Berichten von Augenzeugen entnehmen kann, eine schöne Stadt. Leider konnte ich mich nicht persönlich davon überzeugen.

Mir wurde auf einmal klar, daß man, wenn man die bunte Welt vor allem aus gepanzerten Limousinen und offiziellen Residenzen betrachtet, gar nicht so recht spürt, wo man sich eigentlich befindet, und zugleich scheint einem die Welt ein einziges großes Dorf zu sein. Das ist wohl das Los aller Staatsmänner der Gegenwart. Später bedauerte ich es, Eduard Schewardnadse nicht danach gefragt zu haben. Für lyrische Abschweifungen war keine Zeit da. Der offizielle Teil des Besuchs endete erst gegen Mitternacht, ging sogleich in die Vorbereitung auf den nächsten Tag über, der gegen 6 Uhr morgens begann.

Durchbruch in der EG

Nachdem ich den Text des Abkommens überflogen hatte, verstand ich gleich, daß es den Wirtschaftsabkommen, die früher mit westlichen Partnern geschlossen wurden, nicht ähnelt. Erstens, was die Zahl der Unterzeichner angeht. Und zweitens mußte ich sogleich an die stürmischen Diskussionen denken, die genau vor einem Jahr in der österreichischen Hauptstadt über den „wirtschaftlichen Korb“ des Wiener Abkommens geführt wurden. Die sowjetischen Vertreter versuchten anfangs, sich das Recht vorzubehalten, nichts über sich selbst zu sagen und doch soviel wie möglich von den anderen zu erfahren.

Davon mußte man später abgehen. Und nun lese ich die Materialisierung der Wiener Idee größerer Offenheit in Wirtschaft und Handel: „Die Seiten vereinbaren die Veröffentlichung umfassender Angaben über kommerzielle und finanzielle Fragen, einschließlich der Statistik der Produktion, des Konsums und des Außenhandels.“

Ich kann wohl davon ausgehen, daß diese Angaben unsere Partner nicht sonderlich begeistern werden. Doch ihre Veröffentlichung wird dazu beitragen, daß sie, wenn sie die Wahrheit über uns wissen, uns glauben und folglich zu Kompromissen bereit sein, daß sie gemeinsam nach effektiveren Wegen der Zusammenarbeit suchen werden. Das Abkommen sieht sie in allen Bereichen vor: in der Industrie, der Landwirtschaft (einschließlich der Nahrungsmittelindustrie), der Energiewirtschaft (auch der Kernenergie), in Wissenschaft und Technik – das gilt auch für die Kernforschung, die rationelle Nutzung der Naturressourcen, den Umweltschutz, die Rohstoffe, den Bergbau, für wirtschaftliche, Devisen-, Bank-, Versicherungs- und andere Leistungen, für die Standardisierung, die Leitung und die Ausbildung von Personal, für die Statistik.

Die UdSSR und die EG räumen sich die Meistbegünstigung im Handel ein. Die EG verpflichtet sich, allmählich die quantitativen Einfuhrbeschränkungen, die speziell für die UdSSR gelten, aufzuheben. Die Sowjetunion ihrerseits verpflichtet sich in einer dem Abkommen beiliegenden Sondererklärung, unter Berücksichtigung der Bestimmungen der Schlußakte, der Schlußdokumente im Rahmen der KSZE und der in Angriff genommenen Wirtschaftsreform, die Arbeitsbedingungen für Geschäftleute aus der EG in der UdSSR auf nichtdiskriminierender Grundlage zu erleichtern, die Ausgabe von Einfuhrzertifikaten bei einer zuständigen staatlichen Einrichtung zu konzentrieren und Kompensationsgeschäfte nicht zu fördern. Eine Gemische Kommission aus Vertretern der Gemeinschaft einerseits und der Sowjetunion andererseits wird geschaffen.

Nach Meinung des französischen Außenministers Roland Dumas erarbeiteten die Seiten schnell das Abkommen. Schwierigkeiten aber ergaben sich und können sich daraus ergeben, daß wir unterschiedliche Strukturen, ja selbst Gewohnheiten haben. Wir sind Mitglieder verschiedener Verträge. Wie Roland Dumas bemerkte, muß die Mentalität, die Orientierung geändert werden.

NZ. Eduard Amwossijewitsch, worin liegt ihrer Meinung nach die eigentliche Bedeutung des Abkommens zwischen der UdSSR und der EG?

E.Sch. Ich würde es, ohne zu übertreiben, als Durchbruch bezeichnen, weil prinzipielle Fragen gelöst wurden. Es ist eine Rahmenvereinbarung, die Perspektiven für eine beiderseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der EG eröffnet. Viele Ursachen werden beseitigt, die Jahrzehnte lang einen normalen Handel störten, und die Grundlagen werden geschaffen für einen gesamteuropäischen Wirtschaftsraum, für die weitere Annäherung der Sowjetunion an die Länder Westeuropas und für die Lösung vieler Probleme, die heute unseren Konti-

nenten bewegen. Wir können dabei viel gewinnen. Europa wird einen zuverlässigen Markt erhalten. So erklären sich die Interessiertheit und der allgemeine Nutzen.

NZ. Und doch verläuft offenbar nicht alles so glatt und feierlich wie bei der offiziellen Unterzeichnung?

E.Sch. Schwierigkeiten gibt es. Wir selbst stellen uns nur langsam um. Wir werden uns europäischen, globalen Kriterien anpassen müssen. Viele unserer Wirtschaftsleiter reisen heute, studieren Erfahrungen von Nachbarn und künftigen Partnern, doch der Nutzeffekt davon ist bislang nicht sonderlich zu spüren. Für eine ernsthafte Zusammenarbeit mit allen europäischen Instituten sind ein hohes professionelles Niveau und eine entsprechende Ausbildung der Kader erforderlich.

NZ. Wurde bei Ihren Diskussionen mit europäischen Kollegen das Problem des Cocom aufgeworfen?

E.Sch. Wir berührten es in den Gesprächen mit der belgischen Regierung, mit Herrn Delors, mit Ministern. Mir scheint, in letzter Zeit haben sich ermutigende Tendenzen abzeichnet. Verantwortliche Erklärungen wurden abgegeben, daß man eine Abschwächung der Ausfuhrvorschriften ins Auge fassen sollte. Doch das sind nur die ersten Schritte. Würde es von mir abhängen, würde ich für eine Beseitigung von Cocom stimmen, doch das hängt von unseren Partnern ab – vor allem wohl von den USA. Die bislang noch weiterbestehenden diskriminierenden Maßnahmen stehen im Widerspruch zu den Interessen der Sowjetunion, der osteuropäischen Länder und Westeuropas, da dies die Zusammenarbeit beschränkt.

NZ. Was meinten Sie, als Sie von einem gesamteuropäischen Wirtschaftsraum sprachen?

E.Sch. Eine Integration unserer Wirtschaftssysteme, des Westens und des Ostens, einschließlich der UdSSR. Im Grunde ist ein solcher Prozeß bereits in Gang. Bestätigt wird das durch die Unterzeichnung des jetzigen Abkommens zwischen der UdSSR und der EG. Natürlich tun wir im Prozeß der Integration von Ost und West die ersten, die schwersten Schritte. Wenn dieser Prozeß intensiv weitergehen wird, dann wird man in irgendeiner Etappe von einem gesamteuropäischen Wirtschaftsraum sprechen können.

Bis dahin aber müssen wir uns um einen Dialog zwischen den bestehenden europäischen – politischen wie wirtschaftlichen – Strukturen bemühen. Man könnte eine dreiseitige Kommission für Europa aus den größten Zusammenschlüssen, aus dem RGW, der EG und der EFTA, bilden. Wenn wir ernsthaft von bilateralen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den anderen Ländern Osteuropas mit der EG sprechen, können wir die Existenz einer so bedeutenden wirtschaftlichen Organisation wie des RGW nicht ignorieren. Grundsätzlich ist die Frage gelöst – Beziehungen zwischen dem RGW und dem EG wurden aufgenommen. Doch nun muß man weitergehen. Was den RGW angeht, so ist dort eine grundlegende Reform erforderlich. Wir verstehen ebenso wie unsere Partner, daß die Umorganisation des RGW in nächster Zeit abgeschlossen werden muß.

Durchbruch in der NATO

Am Vorabend der Begegnung mit Manfred Wörner hielten es die Journalisten, besonders westliche Kollegen, von Neugier schon nicht mehr aus: Wer hat da wen eingeladen? Eduard Schewardnadse verwies auf der Pressekonferenz darauf, er habe nicht darum gebeten, empfangen zu werden, sondern die Frage, ob nicht ein Treffen mit NATO-Generalsekretär Wörner sinnvoll sei, aufgeworfen. Doch alle Fragen erübrigten sich, als der UdSSR-Außenminister das NATO-Hauptquartier in Brüssel betrat. Es war die zweite und größte Überraschung des Besuchs. Eduard Schewardnadse schritt an einer Unmenge von NATO-Mitarbeitern vorbei, die in der riesigen Vorhalle gewartet hatten und bei seinem Erscheinen Beifall klatschten, zu den Fahrstühlen.

Sicher werden Skeptiker und unverbesserliche Konservative in unserem Land da hämisch bemerken: „Wenn dich der Feind lobt...“ Nicht nur, daß dies an sich unlogisch ist. In der NATO lobt man sowjetische Politiker nicht. Man erkennt sie als Gesprächspartner an. Und man beginnt sie als Partner in europäischen und globalen Angelegenheiten anzuerkennen. Man erkennt unsere neue Politik an und respektiert sie, obwohl man nicht in allem mit ihr einverstanden ist.

Dort hat man ja ebenfalls manches in den Jahren des kalten Krieges gelernt. Und bei aller Unterschiedlichkeit der Einschätzungen der jetzigen Situation in den Ost-West-Beziehungen durch verschiedene Mitglieder der NATO plädiert in deren politischem Hauptquartier niemand für eine neue Konfrontation.

NZ. Was besprachen Sie mit Generalsekretär Wörner und mit den ständigen Vertretern der 16 Mitgliedsländer der NATO?

E.Sch. Die Entscheidung, mit dem sowjetischen Außenminister zusammenzutreffen, wurde in der NATO bekanntlich gemeinsam, nach Konsultationen mit allen Ministern, getroffen. Wir erörterten viele Fragen, darunter die Perspektiven eines Abbaus der Streitkräfte und Waffen. Wir stimmten darin überein, daß es gute Chancen gibt, die Wiener Verhandlungen 1990 abzuschließen und eine Konvention über das Verbot der C-Waffen zu erzielen. Der NATO-Generalsekretär teilt unsere Meinung, daß der Abschluß der Arbeit an dem Abkommen über die Halbierung der strategischen Offensivwaffen der UdSSR und der USA real ist. Ich meine, man kann sagen, daß wir Verhandlungen über die taktischen Nuklearwaffen aufnehmen werden. Wir sprachen auch von der Nützlichkeit der in Wien beginnenden Diskussion über Fragen der Militärdoktrinen.

NZ. Gibt es neben der Rüstungskontrolle Aussichten für eine Zusammenarbeit zwischen Warschauer Vertrag und NATO?

E.Sch. Wenn Umfang und Stand der Waffen auf ein militärisches Minimum beschränkt werden, dann werden wir auf dieser materiellen Grundlage von einer Verringerung der militärischen Komponente und von einer Verstärkung der politischen Aspekte in den militärischen und politischen Bündnissen sprechen können. Sowohl wir als auch die NATO machen uns heute Gedanken über Wege für einen Umbau unserer Bündnisse, wobei der politische Aspekt betont werden soll. Zugleich meinen wir, daß Warschauer Vertrag und NATO am

heutigen Wendepunkt der Entwicklung des europäischen Prozesses eine wichtige stabilisierende Rolle spielen können.

NZ. Kamen Ihre Gespräche in der NATO nicht unerwartet für das sowjetische Verteidigungsministerium?

E. Sch. Nein, zwischen uns und dem Verteidigungsministerium herrscht hierbei und auch in anderen Fragen Einvernehmen. Wir erarbeiten ja gemeinsam die Verhandlungspositionen...

NZ. Wann können wir Herrn Wörner in Moskau erwarten?

E. Sch. Ich ließ ihm keine offizielle Einladung zukommen, doch zum Abschied sagte ich: „Vielleicht treffen wir uns in Moskau?“ Mir schien, daß er dieser Idee wohlwollend gegenüberstand. Ob er nun wirklich kommt, ist eine andere Frage. Doch die Beziehungen werden sich weiter entwickeln.

Der sowjetische Faktor

In der Politischen Kommission des Europäischen Parlaments wurde Eduard Schewardnadse mit Fragen bombardiert. Vor allem interessierten sich die Abgeordneten für die Haltung der UdSSR zu den Prozessen in Osteuropa, dafür, wie die Sowjetunion die Zukunft Europas insgesamt sieht.

NZ. Bei der Begegnung in der NATO und dann in der Politischen Kommission des Europäischen Parlaments sprachen Sie von Helsinki 2, von einer gesamteuropäischen Konferenz 1990...

E. Sch. Wir schlugen die Einberufung einer solchen Konferenz auf der Ebene der Staatsoberhäupter vor. Erstens, um die Abkommen über konventionelle Waffen zu unterzeichnen. Zweitens meint die sowjetische Seite, daß, wenn schon die führenden Vertreter von 35 Staaten zusammenkommen, zweifellos die jetzige politische und wirtschaftliche Situation in Europa zur Sprache kommen wird. Es kann Reden, Überlegungen auch zur sogenannten deutschen Frage geben. Zu welchem Schluß die führenden Vertreter kommen werden, läßt sich schwer vorhersagen. Ich meine nicht, daß es in 5, 6 Monaten oder in einem Jahr gelingen wird, Antworten zu finden. Nichtsdestoweniger wäre es nützlich, alles zu erörtern...

NZ. Und doch, wo haben Ihre Partner die größten Zweifel?

E. Sch. Einige haben Zweifel, wie sich ein solches Treffen auf die Situation in Europa auswirken wird. Welche Dokumente wird man verabschieden? Mir scheint, es wäre richtig, ein Communiqué auszuarbeiten. Ein anderes, grundlegendes Dokument ließe sich angesichts des Zeitmangels kaum erarbeiten. Die Minister bewegen den Inhalt eines solchen Communiqués: Wie werden dort die Prozesse und die Widersprüche des heutigen Europa Ausdruck finden? Und nicht nur Europas. Ich meine, die Notwendigkeit ist da, für die Koordinierung neuer Ideen und Vorschläge multilaterale Einrichtungen, Komitees oder Zentren der KSZE zu schaffen. Später könnten sie beratende Funktionen übernehmen. Bislang aber haben wir mit den Ministern vereinbart, die Kontakte auf Arbeitsebene fortzusetzen, für Klarheit bezüglich der Tagesordnung und des Charakters des Dokuments zu sorgen, das bei dem nächsten gesamteuropäischen Treffen,

sollte es stattfinden, verabschiedet werden könnte. Ich aber meine, daß ein solches Treffen nötig ist und stattfinden wird.

NZ. Angesichts der jetzigen und künftigen Veränderungen – worin sehen Sie die Grundlagen der Stabilität, und decken sich Ihre Vorstellungen da mit denen ihrer westeuropäischen Kollegen?

E. Sch. Sie decken sich in vielem. Ich habe das bei den Begegnungen mit den Ministern und bei dem Dialog mit der belgischen Regierung gespürt. Alle sind besorgt über das Tempo der Veränderungen in Osteuropa, und alle wollen dabei Stabilität bewahren. Daß beide Seiten das wünschen, ist ein guter Boden für Zusammenarbeit bei dieser nicht einfachen Aufgabe. Ideale Stabilität gibt es nicht und wird es nie geben. Die derzeitige Situation betrachte ich, was die Stabilität angeht, als nicht schlecht. Sie erlaubt es durchaus, daß sich in allen Ländern innere Prozesse sowie Integrationsprozesse im gesamteuropäischen Maßstab entwickeln.

NZ. Ich kann mich noch an mein Gespräch mit Ihnen in Wien über das gesamteuropäische Haus erinnern, bei dem gleichzeitig die wirtschaftliche, die politische, die militärische und die humanitäre Haussmauer errichtet werden. Was kommt heute am schnellsten voran?

E. Sch. Ich würde nicht einen solchen Vergleich anstellen. Bewegung gibt es überall. Am spürbarsten ist heute die Tendenz, die militärische Konfrontation zu überwinden. Dieser Tendenz liegt die Durchsetzung der vertrauensbildenden Maßnahmen nach der Stockholmer Konferenz zugrunde. Wenn die Wiener Verhandlungen erfolgreich enden, werden wir alle eine ganz andere Atmosphäre auf dem europäischen Kontinent verspüren, werden sich Aussichten für weitere Fortschritte beim Abbau der Waffen und Streitkräfte auftun. Solche Tendenzen zeichnen sich bereits in der Wirtschaft, in der Ökologie ab.

NZ. Gibt es in der politischen Situation Europas Momente, die Sie alarmieren?

E. Sch. Die jetzige politische Lage beunruhigt mich nicht sonderlich. In gewissem Sinne macht mir die Zukunft Sorgen. Ich sagte bereits, daß in jahrelangen Wendepunkten der Geschichte nicht ausgeschlossen ist, daß extremistische Kräfte auf die Bühne treten. Das ist sehr ernst und aktuell für West- wie für Osteuropa. Deshalb sprachen sich alle Minister für die Schaffung der Voraussetzungen aus, um eine normale Entwicklung der Demokratisierungsprozesse, besonders in Osteuropa, zu ermöglichen.

NZ. Am Vorabend von Malta sprach ich in Washington mit einigen amerikanischen Politikern und Politologen. Meine amerikanischen Gesprächspartner verglichen die wirtschaftliche Lage in Osteuropa mit der Instabilität, die nach dem ersten Weltkrieg entstand. Sie befürchten, die jetzigen Schwierigkeiten könnten zu schwerwiegenden Erschütterungen führen.

E. Sch. Die wirtschaftliche Situation der meisten unserer Verbündeten ruft keine Besorgnis bei mir hervor. Mich beunruhigt nur die wirtschaftliche Lage in Polen. Dort ist eine sehr schwere Situation entstanden. Die Polen suchen nach einer Lösung. Optimale Maßnahmen für eine Gesundung zu bestimmen, ist gar nicht so einfach. Wir arbeiten nach wie vor mit

Polen zusammen. Der Westen hilft dem Land. Ich kann nicht sagen, daß dies ausreichen würde – so widersprüchlich sind die sich jetzt in Polen vollziehenden Prozesse. Doch wir haben ein ureigenes Interesse daran, daß sich die Situation normalisiert.

NZ. Und um die sowjetische Wirtschaft bangen Sie nicht?

E. Sch. Ich bin von Natur aus Optimist. Zudem bin ich wirklich der Meinung, daß wir in den vergangenen 4 Jahren viel vollbracht haben. Ich bin ganz entschieden gegen die Meinung von Fachleuten, die erklären, wir stünden vor einer Katastrophe. Meiner Meinung nach konnte das Fundament für die Erneuerung des Wirtschaftsmechanismus gelegt werden. Drei bis vier Jahre wurden gebraucht, um neue Gesetze zu schaffen. Jetzt verfügen wir meiner Meinung nach über alle erforderlichen Strukturen, Rechtsinstitute und Gesetze, um den Kampf für die Gesundung der Wirtschaft zu intensivieren. Meiner Meinung nach ist der Plan der Regierung optimal. Etwas anderes konnte unter unseren Bedingungen nicht vorgeschlagen werden. Man muß entschlossen, konsequent, Schritt um Schritt vorangehen. Das Defizit des Staatshaushalts beträgt bei uns 120 Md. Rubel. 1990 wollen wir es um 60 Md. Rubel verringern. Das sind nicht einfache Zahlen, sondern das ist eine kühle Rechnung. Überhaupt haben wir in Brüssel mit den Ministern ausgiebig unsere Probleme erörtert. Ich mußte da am meisten sprechen.

NZ. Also sind es gerade wir, die vor allem zur Besorgnis Anlaß geben?

E. Sch. Alle verstehen, was der sowjetische Faktor bedeutet – für Europa, für die Welt. Man versteht, daß jede Destabilisierung der Lage in unserem Land völlig unberechenbare Folgen auslösen kann.

...Die Hausherrin in Downing Street 10 fuhr liebvolll mit der Hand über den Christbaumschmuck. In wenigen Minuten hatte sie den sowjetischen Außenminister zu empfangen. In dem alten englischen Haus, wo ehemalige großen Premiers, gemalt von großen Künstlern, kalt von den Wänden blicken, dominierte an diesem Abend der sowjetische Faktor.

Die Begeisterung des Westens kommt nicht von ungefähr. Die stürmischen Veränderungen in der UdSSR, die die noch stürmischeren in den Ländern Osteuropas in Gang brachten, haben den sowjetischen Faktor zum Epizentrum der Weltpolitik werden lassen. Etwas Paradoxes geschah: Einseitig sorgten diese Veränderungen für eine gewisse Verwirrung bei westlichen Politikern, indem sie das Ende der Stabilität der Zeiten des kalten Krieges kennzeichneten, einer Stabilität, an die sich alle schon irgendwie gewohnt hatten, andererseits wirken sie sich positiv auf eine künftige Stabilität in Europa, die sich auf die Prinzipien des gesamteuropäischen Prozesses gründet, aus. An solcher Stabilität sind, wie Eduard Schewardnadse Gespräche zeigten, Ost und West in gleicher Weise interessiert.

Was gibt uns eine Außenpolitik, die auf einer Entideologisierung beruht?

Eine solche Außenpolitik führt unser Land, das in den Rückstand geraten ist, in die zivilierte Welt, indem sie in gewissem Sinne als Garant der eingeleiteten großen Reformen im Sozialismus auftritt.

BRÜSSEL – LONDON – MOSKAU

„Wir sind Optimisten“

Interview mit dem Präsidenten der Republik Afghanistan Dr. Mohammad Najibullah

NZ. Seit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan sind zehn Jahre vergangen, und zehn Monate ist es her, daß sie aus der Republik abgezogen wurden. Was bedeuten diese Daten für das afghanische Volk und für Sie persönlich?

Najibullah. Keine leichte Frage. Eigentlich ist die Zeit noch nicht reif für eine umfassende Wertung der letzten Ereignisse. Das einzige, was sich heute sagen läßt, ist, daß die Sowjetunion dem afghanischen Volk uneigennützig geholfen hat. Das schätzen wir sehr hoch ein.

Andererseits gehören der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan und ihr Abzug bereits der Vergangenheit an, während es jetzt meiner Meinung nach mehr darum ankommt, unsere Bemühungen auf die Zukunft zu konzentrieren.

NZ. Als die Entscheidung getroffen wurde, die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abzuziehen, hat bei den Feinden und auch bei den Freunden kaum jemand geglaubt, daß die Volksregierung sich halten würde. Es wurden Vermutungen über die Frist ange stellt, die der Volksmacht noch bleibt. Sie haben sich jedoch behauptet und ihre Lebensfähigkeit unter Beweis gestellt. Ver raten Sie uns bitte Ihr Geheimnis.

N. Das Geheimnis besteht darin, daß sich der gesunde Menschenverstand durchsetzt. Wir sind auf den Abzug der sowjetischen Truppen eingegangen, nachdem wir erkannt hatten, daß die afghanische Armee selbst mit Extremisten und Aggressoren fertig wird.

Die Regierung der Republik Afghanistan hat sich in den mehr als zehn Jahren ihres Bestehens konsolidiert und genießt die Unterstützung großer Teile der Bevölke rung. Die Volksmacht hat ihre Lebensfähig

keit bei der Regierung und Verwaltung des Landes und beim Schutz unserer nationalen Interessen vor ausländischer Einmischung und Aggression bewiesen.

Ein Faktor für die Stärkung der Volksmacht sind die neue internationale politische Atmosphäre, die Entspannung, der Dialog und alle Bemühungen, regionale Konflikte beizulegen. Dazu hat auch das sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen auf Malta beige tragen. Afghanistan ist Bestandteil dieses Prozesses und kann nicht draußen vor gehalten werden.

Ein weiterer wichtiger politischer Faktor besteht darin, daß unser Volk kriegsmüde ist und diejenigen ablehnt, die den Krieg fortsetzen wollen. Selbst in den Reihen der bewaffneten Opposition wird man des Krieges überdrüssig. Viele von ihnen Einheiten wollen nicht länger an Kampfhandlungen teilnehmen und machen sich mit jedem Tag unabhängiger von der Leitung der „Sieben“. Gefechtskommandeure, welche die Ausichtlosigkeit des Krieges erkannt haben, denken jetzt wieder mehr an unsere nationalen Interessen und eine Einstellung des mörderischen Bruderkrieges.

Die Unterstützung der nationalen Aussöhnung durch das Volk ist der wichtigste Friedensfaktor. Wir sind Optimisten und glauben, daß der Tag nicht mehr fern ist, da alle begreifen, daß mit Krieg nichts zu erreichen ist.

NZ. Wie stellen Sie sich eine Afghanistan Regelung vor?

N. Trotz fortgesetzter Einmischungspolitik seitens der USA, Pakistans und einiger anderer Länder und ungeachtet des Widerstands einiger Einheiten und Gruppierungen der

Opposition ist eine politische Friedensregelung in Afghanistan in nächster Zukunft nicht ausgeschlossen.

Wir konzentrieren alle unsere Bemühungen auf eine friedliche Beilegung des Afghanistanproblems in seinen innenpolitischen und außenpolitischen Aspekten.

Für die Innenpolitik läßt sich sagen, daß die Regierung der Republik Afghanistan sich weiterhin von ihrer Politik der nationalen Versöhnung leiten läßt und die Anbahnung eines Dialogs mit Einheiten, Gruppierungen und Gefechtskommandeuren der bewaffneten Opposition fortsetzt, um mit ihnen zu verhandeln.

Wir wollen gemeinsam mit der internationalen Öffentlichkeit alle unsere Kraft darauf verwenden, die außenpolitische Situation zu verbessern, damit die ausländische Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans eingestellt wird.

NZ. Der Ministerrat der Republik Afghanistan hat ein ganzes Paket von Vorschlägen ausgearbeitet, die darauf abzielen, die afghanische Wirtschaft wieder auf die Beine zu bringen und die sowjetisch-afghanischen Beziehungen zu entwickeln. Könnten Sie etwas ausführlicher auf dieses Programm eingehen?

N. Unter Bedingungen des Krieges ist es schwer, wirtschaftliche Entwicklungspläne einzuhalten. Dennoch widmet die Regierung unserer Republik einer allseitigen Verbesserung der Lebensumstände unserer Bevölkerung und unserer Gesellschaft große Aufmerksamkeit. Es ist erforderlich, den durch den Krieg entstandenen Schaden möglichst schnell zu beheben und die Entwicklung der Volkswirtschaft zu gewährleisten. Es liegt auf der Hand, daß für die Verwirklichung dieser Aufgaben die Hilfe befreundeter Länder, in erster Linie der Sowjetunion, für uns von größter Bedeutung ist. Ich möchte jedoch betonen, daß unsere Beziehungen und unsere Zusammenarbeit auf längere Sicht nicht einseitig verlaufen dürfen. Wir wollen diese Beziehungen auf beiderseitiger Grundlage gestalten. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben.

NZ. Was wünschen Sie den Menschen in der Sowjetunion zum Neuen Jahr?

N. Ich wünsche Ihnen, daß unsere fruchtbare Zusammenarbeit zum Wohl der Völker unserer beiden Länder und im Interesse der Sicherheit und der Stabilität in unserer Region und in der Welt im neuen Jahr erstärkt und sich entwickelt. Den Müttern, deren Söhne immer noch in Gefangenschaft sind, gilt unsere aufrichtige Anteilnahme. Wir tun alles, was in unseren Kräften steht, um die Freilassung dieser sowjetischen Soldaten zu erwirken. Außerdem hoffe ich, daß das sowjetische Volk bei der Realisierung des Umlaufprozesses große Erfolge erringt.

NZ. Wir danken Ihnen für dieses Gespräch und wünschen Ihnen alles Gute.

Interview: Gennadi Arijewitsch
NZ-Sonderkorrespondent
KABUL



Was bringt uns das neue Jahr?

Auf diese Frage antworten
Preisträger
unserer Zeitschrift

Neues militärisches Denken für Ost und West

Alexej Arbatow

Dr. phil. habil. (Historiker)

Ein ihrem Wesen nach politischer Ablauf, hängt die Abrüstung von sehr vielen Begleitumständen ab, die mit dem Fragenkreis der Verhandlungen nicht unmittelbar zu tun haben. Noch wichtiger ist, daß die Abrüstung zumindest zur Hälfte und manchmal sogar noch mehr von der Politik unseres Staates abhängt, so daß diese Politik selbst Forschungsgegenstand ist.

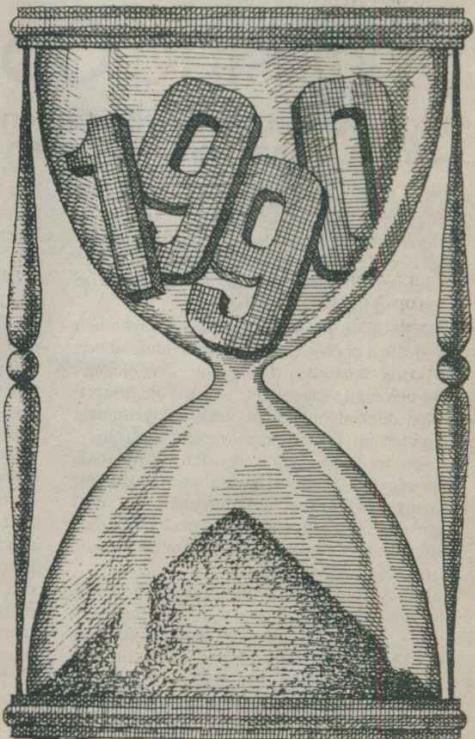
Am leichtesten ist es, die Abrüstung in den 90er Jahren nach dem Von-bis-Prinzip (Minimál- und Maximalprogramm) zu prognostizieren. Das Minimum wären Abkommen, die schon sehr weit gereift sind und sicherlich zustande kommen, wenn keine unvorhergesehenen Komplikationen dazwischenkommen. Hierher gehören der erste Vertrag über die Reduzierung von Truppen und konventionellen Waffen in Europa; der Vertrag über die 50%ige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen der UdSSR und der USA; die Konvention über C-Waffen, der Schwellenvertrag (über die Begrenzung der Nukleartests); ferner mit hohem Wahrscheinlichkeitsgrad ein erster Vertrag über die Reduzierung der Streitkräfte an der sowjetisch-chinesischen Grenze.

Selbstverständlich können Rückfälle in die Politik der Stärke wie etwa die US-

Intervention in Panama der militärischen und politischen Entspannung in der Welt Abbruch tun. Zugleich damit muß die Vertiefung dieser Prozesse schon an sich eine Rückkehr zur Politik der Stärke in den 90er Jahren zunehmend verhindern.

Das Maximalprogramm könnte folgendes einschließen: einen Vertrag über die weitere Halbierung der strategischen Waffen (d. h. bis auf 25 – 30% ihres heutigen Stands); ein Abkommen über die Obergrenzen erlaubter Experimente im Weltraum und die Festigung des ABM-Vertrags; einen neuen Vertrag über eine noch bedeutendere Reduzierung der konventionellen Waffen der NATO und des Warschauer Vertrags (darunter über die Umstellung der militärischen Potentiale auf Defensive und eine maximale Reduzierung der fremden Truppen im Mitteleuropa); ein Abkommen über die Reduzierung taktischer Kernwaffen auf dem europäischen Kontinent bis zur Grenze der „minimalen Eindämmung“.

Hierher gehören ferner ein Vertrag über die Senkung der Schwelle der Kerntests auf ein Minimum mit festgelegter niedriger Jahresquote; ein Abkommen über die Einstellung der Produktion des nuklearen Spaltstoffs; die Festigung des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen bei gleichzeitiger Verhärtung seiner Einhaltungsregeln und dem Beitritt jener Staaten, die sich ihm noch nicht angeschlossen haben. Ferner ist es ein Abkommen



Zeichnung: Igor Schejin

über die Begrenzung militärischer Lieferungen, besonders von Raketen und Raketentechnologien. Die Rede ist außerdem von einer maximalen Senkung der militärischen Konfrontation UdSSR – China. Schließlich kann man auf Vereinbarungen hoffen, die die maritimen Aktivitäten reglementieren, die größten Kriegsflotten begrenzen, bestimmte maritime Waffen, insbesondere (neben strategischen ballistischen Raketen) Kernwaffen, beseitigen.

Man könnte die Aufzählung des Erreichbaren ohne weiteres fortsetzen. Aber Von-Bis-Prognosen täuschen. Sie erwecken die Illusion, als wäre dieser Prozeß linear. Der Erfolg des Maximalprogramms aber erfordert einschneidende qualitative Veränderungen in der Politik von Ost und West.

Nehmen wir die Reduzierung der strategischen Waffen auf ein Niveau, das unter 50% liegt. Durch weitere quantitative Verminderung der strategischen Träger und nuklearen Sprengköpfe ist sie nicht zu erreichen. Dazu wird es nötig sein, die effektiven Waffensysteme, die die Stabilität auch bei niedrigen quantitativen Niveaus der nuklearen Balance untergraben können, drastisch einzuschränken und dann zu verbieten. Das aber setzt eine Vereinbarung über die Prinzipien der Stabilität voraus, d. h. den Übergang von Reduzierungen nach dem Prinzip „Dieses im Austausch gegen jenes“ zu einer Politik, die im Grunde eine gemeinsame Steuerung des strategischen Gleichgewichts, die Lenkung der intensi-



1990 wurde von der UNESCO zum PASTERNAK-Jahr erklärt

Januar

Mo. 1 8 15 22 29
 Di. 2 9 16 23 30
 Mi. 3 10 17 24 31
 Do. 4 11 18 25
 Fr. 5 12 19 26
 Sa. 6 13 20 27
 So. 7 14 21 28

Februar

Mo. 5 12 19 26
 Di. 6 13 20 27
 Mi. 7 14 21 28
 Do. 1 8 15 22
 Fr. 2 9 16 23
 Sa. 3 10 17 24
 So. 4 11 18 25

März

Mo. 5 12 19 26
 Di. 6 13 20 27
 Mi. 7 14 21 28
 Do. 1 8 15 22 29
 Fr. 2 9 16 23 30
 Sa. 3 10 17 24 31
 So. 4 11 18 25

April

Mo. 2 9 16 23 30
 Di. 3 10 17 24
 Mi. 4 11 18 25
 Do. 5 12 19 26
 Fr. 6 13 20 27
 Sa. 7 14 21 28
 So. 1 8 15 22 29

Mai

Mo. 7 14 21 28
 Di. 1 8 15 22 29
 Mi. 2 9 16 23 30
 Do. 3 10 17 24 31
 Fr. 4 11 18 25
 Sa. 5 12 19 26
 So. 6 13 20 27

Juni

Mo. 4 11 18 25
 Di. 5 12 19 26
 Mi. 6 13 20 27
 Do. 7 14 21 28
 Fr. 1 8 15 22 29
 Sa. 2 9 16 23 30
 So. 3 10 17 24

Juli

Mo. 2 9 16 23 30
 Di. 3 10 17 24 31
 Mi. 4 11 18 25
 Do. 5 12 19 26
 Fr. 6 13 20 27
 Sa. 7 14 21 28
 So. 1 8 15 22 29

August

Mo. 6 13 20 27
 Di. 7 14 21 28
 Mi. 1 8 15 22 29
 Do. 2 9 16 23 30
 Fr. 3 10 17 24 31
 Sa. 4 11 18 25
 So. 5 12 19 26

September

Mo. 3 10 17 24
 Di. 4 11 18 25
 Mi. 5 12 19 26
 Do. 6 13 20 27
 Fr. 7 14 21 28
 Sa. 1 8 15 22 29
 So. 2 9 16 23 30

Oktober

Mo. 1 8 15 22 29
 Di. 2 9 16 23 30
 Mi. 3 10 17 24 31
 Do. 4 11 18 25
 Fr. 5 12 19 26
 Sa. 6 13 20 27
 So. 7 14 21 28

November

Mo. 5 12 19 26
 Di. 6 13 20 27
 Mi. 7 14 21 28
 Do. 1 8 15 22 29
 Fr. 2 9 16 23 30
 Sa. 3 10 17 24
 So. 4 11 18 25

Dezember

Mo. 3 10 17 24 31
 Di. 4 11 18 25
 Mi. 5 12 19 26
 Do. 6 13 20 27
 Fr. 7 14 21 28
 Sa. 1 8 15 22 29
 So. 2 9 16 23 30



Boris Pasternak (1890-1960)



ven militärtechnischen Entwicklung in nicht destabilisierende Bahnen bedeutet. Im noch größeren Maße trifft das für vereinbarte Begrenzungen von Weltraumprogrammen sowie „defensive“ Kräfte und Mittel (Raketen-, U-Boot- und Fliegerabwehraketen) zu.

Ein weiteres Beispiel. Eine noch einschneidende Reduzierung und Umgestaltung der Streitkräfte in Europa wird eine tiefgehende Umstrukturierung der bestehenden Blockkomponenten und die Schaffung eines grundsätzlich neuen einheitlichen Systems der kollektiven Sicherheit in Europa erfordern. In ein solches System sollen alle hier vor sich gehenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen integriert werden, das System hat die Aufgabe, die politischen Interessen aller Staaten, einschließlich der UdSSR und der USA, auf gegenseitiger Grundlage zu garantieren.

Demnach handelt es sich dabei nicht nur um die Realisierung des neuen politischen Denkens, sondern um die Entwicklung eines neuen militärischen Denkens, dem zufolge die Streitkräfte der Seiten, die früher einander gegenüberstanden, sich in einander ergänzende und gegenseitig kontrollierbare Elemente der allgemeinen Struktur der militärischen Stabilität und der Verhinderung militärischer Konflikte umwandeln. Es wäre ein qualitativ anderes System der internationalen Beziehungen.

Damit solche qualitativen Wandlungen eintreten, wären viele Wünsche an den Westen zu äußern. Aber in erster Linie an uns selbst. Die Erfolge unserer Außenpolitik der letzten Jahre, darunter im Abrüstungsbereich, sind unbestreitbar. Aber diese Durchbrüche waren nur durch die Energie unserer höchsten Politiker, die gewissenhafte Arbeit ihrer Berater und Helfer sowie die Entschlossenheit bedingt, die ressortmäßigen Vorurteile bei uns und die Stereotypen im Westen abzubauen. Zur Festigung und Weiterentwicklung dieser Erfolge ist jetzt zunehmend erforderlich, das neue politische Denken zu institutionalisieren, d. h. unseren gesamten Mechanismus der Beschlüffassung gründlich umzubauen.

In der Praxis bedeutet das, die Prinzipien von Glasnost und Demokratisierung in die Ausarbeitung der Außen- und der Militärrpolitik einzuführen, denn an ihrer Nahtstelle entstehen Positionen zu Abrüstungsfragen. Entscheidungen über Strategie, Militärprogramme, Standpunkte über die Begrenzung und Kürzung der Rüstung müssen Gegenstand einer demokratischen Erörterung sein, wobei auch alternative Lösungen unter maximal breiter Heranziehung von Outsider-Standpunkten zu berücksichtigen sind.

Eine gewaltige Rolle gebührt hier dem Obersten Sowjet, unseren Wissenschaftlern, unserer Presse und den gut informierten Kreisen der Öffentlichkeit. All diese Reserven der Demokratisierung sind noch bei weitem nicht genügend aktiviert. Besonders enttäuschend ist vorläufig die Tätigkeit

des Komitees des Obersten Sowjets für Fragen der Verteidigung und Staatssicherheit. Das Komitee wirkt jetzt eher als geheimgehaltene Filiale des Verteidigungsministeriums oder der Rüstungsindustrie denn als parlamentarisches Forum für eine demokratische Ausarbeitung der nationalen Sicherheitspolitik. Niemand zieht natürlich die

Die 90er Jahre: eine Zeit neuer Abrüstungs- verträge

persönliche Fairneß und Kompetenz der Mitglieder des Komitees in Zweifel. Kann aber die Kontrolle effektiv sein, die ein Organ über eine Behörde ausübt, wenn besagtes Organ sich in der Hauptsache aus Vertretern derselben Behörden zusammensetzt? Das Prinzip der Gewaltenteilung existiert ja nicht ungefähr.

Die Armee ist keine Domäne von Generälen und Generalkonstrukteuren, wie schwer das einigen von ihnen, die sich „Outsider-Ratschläge“ vom Leibe zu halten versuchen, auch im Magen liegen mag. Die Armee wird aus dem Geld des Volkes, das den dringlichen sozialen Zwecken entzogen wird, unterhalten, und nur das Volk kann über seine bevollmächtigten Deputierten das letzte Wort haben, wenn die Ausmaße der ausreichenden Verteidigungsfähigkeit bestimmt werden. Abrüstungsverträge sind ebenfalls ein Gut des Volkes, die Festlegung ihrer Ausrichtung und ihre endgültige Beurteilung ist eine verfassungsmäßige Funktion des kompetenten und unabhängigen Parlaments. Die innere Umgestaltung des Mechanismus der Beschlüffassung als Bestandteil unserer allgemeinen sozialökonomischen und politischen Reformen ist die einzige Gewähr für die Unumkehrbarkeit der Abrüstung, für die Maximierung ihrer Ergebnisse in den bevorstehenden Jahrzehnten und noch später.

Ein Paar in der Krise oder natürliche Partner?

Andrey Kortunow

Dr. phil. (Historiker)

Es ist nicht allzu schwer, die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen für 1990 zu prognostizieren. Sie war beim Treffen vor Malta und bei den Verhandlungen der Außenminister in vieler Hinsicht vorausbestimmt. Ferner ist klar, daß Gorbatschows Washington-Besuch Anfang des nächsten Sommers ein zentrales Ereignis sein wird und daß die Seiten versuchen werden, bei diesem Besuch ein Paket von Abkommen und Vereinbarungen zu unterzeichnen, die sie in den vergangenen Jahren vorbereitet haben.

Daß die praktische Möglichkeit besteht, Mitte des nächsten Jahres einen Vertrag über die 50%ige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen der UdSSR und der USA zu schließen, wird jetzt kaum von jemandem bezweifelt, wenn auch einige Fragen noch offen sind. Eine größere Prüfung für Bush und Gorbatschow wird wahrscheinlich die Erörterung eines solchen Vertrags im US-Kongreß bzw. im Obersten Sowjet sein. Schon jetzt ist das Abkommen, obwohl erst im Vorbereitungskabinett, Gegenstand einer scharfen Kritik, und es wird nicht leichtfallen, seine Billigung durchzusetzen. Der Ratifikationsprozeß könnte erleichtert werden, wenn beide Seiten parallel dazu an einem nächsten Abkommen arbeiten, das weiter als der Vertrag ginge und viele von dessen Mängeln beseitigte.

In der Wirtschaft sind 1990 ebenfalls günstige Veränderungen zu erwarten: Aufhebung (bzw. Suspendierung) der Jackson-Vanik-Novelle und Gewährung der Meistbegünstigung für die UdSSR; es ist möglich, daß das Washingtoner Treffen die Unterzeichnung eines Regierungsabkommens über den Handel ermöglichen wird. Offenbar werden Verhandlungen über gegenseitigen Investitionsschutz anfangen, wahrscheinlich wird ein aktiver Dialog über Finanzen, Landwirtschaft, Kleinbusines, Wirtschaftsstatistik, Umweltschutz u. a. geführt werden. Die Vereinigten Staaten werden die allmähliche Einreichung der UdSSR in das GATT und andere internationale Wirtschafts- und Finanzorganisationen fördern. Man kann mit allmählicher Verringerung der „strategischen Cocom-Listen“ rechnen.

Kontakte auf humanitärem Gebiet – Austausch von Studenten, Durchführung von Ausstellungen und Zusammenarbeit von Massenorganisationen – werden sich entwickeln. Die sowjetische Emigration in die USA wird weitergehen (konkrete Zahlen hängen hauptsächlich von der Bereitschaft der USA ab, sowjetische Emigranten aufzunehmen). Die Erweiterung der Konsulardienste in beiden Ländern, die Verbesserung des Luftverkehrs, die Erleichterung der Reisegenehmigungen, die gegenseitige Verminderung der Sperrzonen in der UdSSR und den USA für Bürger anderer Länder sind wahrscheinlich.

Selbstverständlich werden auch ernsthafte Probleme bleiben. Wie das Malta-Treffen zeigte, betreffen die Unterschiede im Weltbild der UdSSR und der USA heute hauptsächlich die Dritte Welt. Für die USA

wird die Frage der sowjetischen Rolle in Mitteleuropa nach wie vor recht schmerzlich sein. Man kann nur hoffen, daß die bevorstehenden Wahlen in Nikaragua alles zurechtrücken. Offen bleibt jedoch das Problem der politischen Regelung in Afghanistan, hier gehen die sowjetische und die amerikanische Position vorläufig stark auseinander. Mir will scheinen, daß die wichtigsten die USA und die UdSSR voneinander trennenden Probleme 1990 nur unbedeutend mit den bilateralen sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zusammenhängen werden. Eventuelle Interventionen der USA nach dem Muster der noch ganz frischen Operation in Panama werden das Vertrauen zur Regierung Bush in der UdSSR untergraben. Aber auch beliebige, selbst taktische Abweichungen vom Programm der inneren Reformen in der UdSSR (besonders auf politischem Gebiet) könnten die Amerikaner enttäuschen und bei ihnen Unmut hervorrufen. Das kann sich auf die Rhetorik führender Politiker und auf die Tonlage in den Massenmedien auswirken, beide Seiten werden jedoch in ihrer praktischen Politik alles daran setzen, kein Absinken zur Konfrontation zuzulassen. Ich schließe nicht einmal die Möglichkeit aus, daß die UdSSR und die USA 1990 einander über jene geplanten Schritte in der Außen- und Innenpolitik informieren werden, die die andere Seite reizen könnten.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die stürmischen Ereignisse in Europa, in erster Linie in der DDR, zusätzliche Komplikationen im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis hervorbringen werden, zumal man Entscheidungen in äußerster Zeitnot wird treffen müssen.

Folglich gibt es viele Themen für einen konkreten, gehaltvollen Dialog zwischen der UdSSR und den USA 1990. Dennoch wäre ich enttäuscht, würde sich dieser Dialog auf rein konkrete Probleme beschränken. Vor unseren Augen geht eine ganze Epoche der Weltgeschichte zu Ende: eine Epoche, beruhend auf der Konfrontation zwischen Ost und West, eine Epoche des Rüstungswettkaufs, der ideologischen Konfrontation und der Militärblöcke. Der kalte Krieg mit seinem System von Werten und Prioritäten, mit seinen politischen Institutionen und Sicherheitsgarantien geht zu Ende. Wovon wird der kalte Krieg abgelöst? Wie wird sich die Rolle der UdSSR und der USA im neuen weltpolitischen System präsentieren? Was werden die „normalen“ sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bedeuten?

Vorläufig sind das offene Fragen. Beide Seiten waren viel zu sehr damit beschäftigt, die vom kalten Krieg verursachten Ruinenfelder zu entrümmern und Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, als daß sie sich ernsthaft mit der Zukunft abgeben könnten. Heute werden diese Fragen zum Gegenstand der praktischen Politik. Wenn sich die Führung der UdSSR und der USA bei der Beantwortung darauf verstellt, nur allgemeine Deklarationen abzugeben, riskieren unsere Länder, hinter den stürmischen und in vieler Hinsicht von ihnen selbst initiierten Verän-

derungen zurückzubleiben. In Europa zumindest hat sich ein solches Zurückbleiben schon angedeutet.

Es gibt zwei wesentliche Standpunkte dazu, wie sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nach dem kalten Krieg entwickeln müssen. Der erste: Uns verbin-

Moskau und Washington treffen eine Entscheidung, die im kommenden Jahrzehnt das Wesen der Weltpolitik bestimmen wird

den mit Amerika hauptsächlich Probleme der Sicherheit, der Abwendung eines Kernwaffenkriegs, Probleme der Abrüstung. Nach Maßgabe dessen, wie sie gelöst werden, wird die Bedeutung der zweiseitigen Beziehungen abnehmen, und zwar sowohl für die USA und die UdSSR als auch für die ganze Welt. Wirtschaftlich, geographisch und geschichtlich stehen der Sowjetunion Europa und sogar noch Ostasien näher als die USA. Auch die Amerikaner haben nicht sehr viele positive Stimuli, die Beziehungen zur UdSSR zu entwickeln. Es wird zu erwarten, daß beide Seiten in den 90er Jahren einander wie ein altes Paar behandeln werden, die einander längst satt haben, endlich geschieden sind und sich beeilen, die neuverlangte Freiheit richtig zu nutzen, um den eigenen Bekanntenkreis zu erweitern. Davon werden auch andere Länder profitieren, weil sie sich nicht mehr in den Hintergrund der Weltpolitik verdrängt fühlen werden.

Der zweite Standpunkt setzt voraus, daß die UdSSR und die USA auch in den 90er Jahren, nach wichtigen Durchbrüchen bei der Abrüstung und Sicherheitsfestigung, sozusagen natürliche Partner bleiben werden. Was sie einander näherbringt, ist die Größe der beiden Staaten, viele psychischen Charakteristika des nationalen Charakters, der wachsende Druck seitens der neuen „Kraftzentren“ und viele gemeinsame wirtschaftliche, soziale und kulturelle Probleme. Die gegenseitige Verständigung und nach Möglichkeit die Zusammenarbeit beider Mächte sind außerdem sehr wichtig, wenn wir nicht wollen, daß der Zerfall der Nachkriegswelt zu Chaos und Desintegration, zu gefährlichen, unberechenbaren Folgen führt. In dieser Hinsicht haben die UdSSR und die USA offensichtlich übereinstimmende Interessen, die übrigens den Interessen der gesamten Völkergemeinschaft nicht widersprechen.

Ich finde den zweiten Standpunkt sympathischer, nicht weil er der UdSSR einen bestimmten Status in der Weltpolitik zusichert, sondern weil die 90er Jahre ohne eine aktive sowjetisch-amerikanische Kooperation ein sehr gefährlicher und instabiler Zeitraum werden sein könnten. Möglich ist, daß sich Ende der 90er Jahre neue, multilaterale Sicherheitsstrukturen herausbilden werden, sich die Rolle der UNO und anderer internationaler Organisationen erhöhen und die regionale Integration ein qualitativ neues Niveau erreichen wird. Vorläufig aber können sich die UdSSR und die USA nicht der Verantwortung für die internationale Stabilität entziehen. Wem sollten sie sie auch übertragen?

Wie dem auch sei, beide Seiten werden 1990 die Grundfragen aus dem System der außenpolitischen Prioritäten für sich lösen. Ihre Entscheidung wird den Charakter der Weltpolitik im ganzen letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts entscheidend bestimmen.

Langersehnte Instabilität

Igor Malaschenko

Dr. phil.

In den Jahren des kalten Krieges gewöhnten sich alle an Stabilität. Zwar wurde die Welt von Spannungen beherrscht, man konnte jedoch mehr oder weniger sicher sein, daß das nächste Jahr alles in allem wie das vergangene sein würde. Die tektonischen Verschiebungen in der Weltpolitik, bei denen Europa, vor allem Osteuropa, das Epizentrum war, haben uns um diese Sicherheit gebracht. In politischen Disputen und in der Presse erschallt eine längst vergessene Note: die Nostalgie nach dem Status quo. Man braucht nicht zu zweifeln: 1990 wird dem vorangegangenen Jahr nicht ähneln.

Nicht nur, weil es noch mehr Veränderungen geben wird. Nein, sie werden anders sein. Kaum jemand wird allen Ernstes einen Gedanken darüber verlieren, ob die „Bresh-

new-Doktrin“ ad acta gelegt worden ist. In den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern setzte sich das Prinzip der Freiheit der Wahl durch. Es fragt sich nur, welche Wahl die osteuropäischen Länder und auch die Sowjetunion selbst treffen.

Die Mehrheit dieser Länder hat schon eine wichtige Wahl getroffen: Das administrative Kommandomodell des Sozialismus ist zum Untergang verurteilt. Das Problem der Wahl beschränkt sich jedoch nicht darauf. Erst müssen die Völker dieser Länder auf die Frage antworten, welche Gesellschaft sie aufzubauen gedenken. Wird die Sowjetunion unter den neuen Verhältnissen ihre Rolle als Katalysator der Veränderungen in den sozialistischen Ländern erhalten? Heute sind offensichtlich mehrere osteuropäische Länder auf dem Weg wirtschaftlicher und politischer Reformen weiter vorangekommen als die sowjetische Gesellschaft. Vielleicht werden wir im anbrechenden Jahr erleben, wie Veränderungen bei unseren Verbündeten in gewissem Maße auch

unserer Perestroika, die sich an einigen Abschnitten merklich festgefahren hat, neuen Impuls geben. Offenbar wird das Jahr 1990 eine Antwort auf die Frage ermöglichen, inwieweit Moskau bereit ist, sich bei der Lösung seiner internen Probleme von denselben Prinzipien leiten zu lassen, die in unserer Außenpolitik so konsequent und erfolgreich realisiert werden: von dem Streben, ein Interessengleichgewicht zu suchen und zu finden, die Freiheit der Wahl aller Nationen und Völkerstaaten zu respektieren. Davon wird in vieler Hinsicht die Einwirkung unserer Perestroika auf die Außenwelt abhängen.

Sicherlich gewinnt in der schwierigen Situation, in der sich die osteuropäischen Länder heute sehen, die Wirtschaftshilfe von außen besondere Bedeutung. Leider kann die UdSSR angesichts der Krise in ihrer eigenen Wirtschaft ihren Bündnispartnern nur begrenzte Hilfe erweisen. In den osteuropäischen Ländern knüpft man große Hoffnungen an eine mögliche Hilfe des Westens, vor allem der EG-Staaten, denn der Gemeinsame Markt hat nicht nur beträchtliche Wirtschaftsressourcen, sondern ist auch, nach allem zu urteilen, bereit, sie zu vernünftigen Bedingungen einzusetzen und so zur ökonomischen Entwicklung in Osteuropa beizutragen.

Kein real denkender Politiker in Osteuropa wird sich natürlich auf die Lösung „Der Westen wird uns helfen“ beschränken. Dennoch wird die EG objektiv zu einem immer stärkeren Magnet für die sozialistischen Länder. Wird die Sowjetunion in der Lage sein, ein neues genügend starkes „Anziehungsfeld“ für ihre Partner zu schaffen, ein Feld, auf dem sich nicht alles nur um ihre herkömmliche Abhängigkeit von den Roh- und Brennstoffen der UdSSR drehen wird, nicht um die gegenseitige Interessiertheit der sozialistischen Länder am Absatz von Waren, die auf den Weltmärkten nicht konkurrenzfähig sind? Die Zukunft der sowjetischen Wirtschaftsreform und das Tempo der Überwindung der Krise in der sowjetischen Wirtschaft werden das zeigen.

Die zunehmende „Ökonomisierung“ der Beziehungen zwischen den europäischen Ländern, der Abbau des Feindbildes, die abnehmende Angst vor der militärischen Bedrohung auf der einen und der anderen Seite, insgesamt die radikale Veränderung des politischen Klimas in Europa werden eine völlig neue Sicht auf die Rolle der beiden militärpolitischen Bündnisse erfordern. Eigentlich hat dieser Prozeß schon begonnen, wenn er auch im Warschauer Vertrag, durch die jüngsten Ereignisse in Osteuropa ausgespielt, aktiver verläuft als in der NATO. Diese Sachlage widerspiegelt auch die Maßstäbe der Probleme, auf die beide Blöcke stoßen.

Angesichts der tiefgreifenden sozialen und politischen Veränderungen in den ost-europäischen Ländern ist die Aufgabe absolut klar, den Warschauer Vertrag konsequent zu „entideologisieren“. Außerdem sollten wir auf die Forderung der ideellen und politischen Orthodoxie als Attribut der Zugehörigkeit zum Bündnis verzichten. Die Zugehörigkeit zum Warschauer Vertrag kann, wie auch die zu jeder anderen militär-

politischen Organisation, nur durch nationale Interessen der Teilnehmer selbst bedingt sein. Wenn jemand von ihnen das Bündnis nicht als einen Garanten der eigenen Sicherheit betrachtet, dann hat es wohl keinen Sinn, dieses Mitglied länger festhalten zu wollen.

In Europa wird es mehr und qualitativ andere Veränderungen geben

Zwar hat vor allem der Warschauer Pakt heute mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Zahl seiner Mitglieder abnimmt, aber auch die NATO hat kaum Grund, sich sehr sicher zu fühlen. Letztendlich ist die „Bedrohung aus dem Osten“ ihr stärkster „Zusammenhalt“, zumindest der Glauben an eine solche Bedrohung. Die im Warschauer Vertrag vor sich gehenden Prozesse werden sich zweifellos im Ergebnis auch auf die NATO auswirken. Heute fungieren sowohl der Warschauer Vertrag als auch die NATO zunehmend als Instrumente der Sicherung der Stabilität auf unserem Kontinent, deswegen werden ihre Teilnehmer, auf jeden Fall solche mit dem Gefühl der Verantwortung gegenüber der Geschichte, wohl kaum den Wunsch haben, das eigene „spezifische Gewicht“ zu vermindern oder das „europäische Boot“ zum Kentern zu bringen.

Sicherlich werden beide Blöcke, sich überlappend, sehr aktiv die deutsche Frage erörtern. Würden die beiden deutschen Staaten sich vereinigen? Wann? In welcher Form und zu welchen Bedingungen? Was wird das für die Kräftebalance auf dem europäischen

Kontinent bedeuten? Das sind noch bei weitem nicht alle Fragen, deren Antwort wir im neuen Jahr näherkommen möchten.

Es ist klar, daß die sozialökonomischen und politischen Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten nicht morgen oder übermorgen verschwinden, daß man mehr als mit nur einem Jahr rechnen muß, damit alle völkerrechtlichen Aspekte der deutschen Frage geregelt werden. Überdies ist kein einziger ernst zu nehmender Politiker in Ost und West daran interessiert, die Prozesse in den Beziehungen zwischen den deutschen Staaten anzutreiben, sozusagen die Geschichte voranzutreppen. Was wir jedoch nicht wissen, sind die Stärke und Art der nationalen Bestrebungen der Deutschen selbst, und sie werden in dieser Frage nicht die letzte Rolle spielen. Möglicherweise wird das Jahr 1990 nicht ein ebenso dramatisches Symbol der neuen deutsch-deutschen Beziehungen erleben, wie das die Öffnung der Berliner Mauer war, deshalb aber nicht weniger bedeutend sein als das Jahr 1989.

Die Notwendigkeit „Stabilität unter Veränderungen“ zu wahren, rückt erneut den gesamteuropäischen Prozeß, der eine außergewöhnlich wichtige Stütze der politischen Ordnung auf unserem Kontinent bildet, in den Vordergrund. Ich weiß nicht, ob der von der UdSSR vorgeschlagene gesamteuropäische Gipfel 1990 stattfindet. Ich denke aber, daß diese Idee vielleicht doch günstiger ist als ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der 23 Teilnehmerländer der Wiener Verhandlungen, für das sich die amerikanische Seite einsetzt, schon deshalb, weil Helsinki II eine große Gruppe neutraler und nichtpaktgebundener Staaten, die eine immer größere Rolle spielen, nicht ausklammert. Auf jeden Fall sind wir berechtigt zu erwarten, daß 1990 ein Jahr der europäischen hohen Politik sein wird.

Anderes ist uns nicht gegeben

Anatoli Adamischin

stellvertretender Außenminister der UdSSR

Am einfachsten wäre natürlich zu sagen, Prognosen seien eine undankbare Sache. Das stimmt übrigens, 1989 hat überdeutlich gezeigt, wie überraschend, ja bizar्र sich die internationale Entwicklung manchmal erweisen kann.

Dennoch möchte man einen eigenen Standpunkt haben und aus verschiedenen Varianten eine auswählen, die einem am wahrscheinlichsten erscheint. Ich denke also, daß die einzigartige Chance, die jetzt die Völker und Politiker haben, die Chance, der Welt eine lange Periode einer sicheren, friedlicheren und humaneren Entwicklung zu geben, trotz aller Komplikationen, bei allen eventuellen Wendungen und selbst beim Zurückweichen doch nicht verloren wird. Zu groß sind die Probleme, die unsere gemeinsame Zivilisation wirklich zu Grabe zu tragen drohen. Letzten Endes muß sich der Selbsterhaltungstrieb ein-

schalten und der gesunde Menschenverstand siegen.

In diesem Zusammenhang bin ich stolz darauf, daß unser Land ebenso wie vor 70 Jahren die Ideen von Gerechtigkeit, Demokratie und Fortschritt in Europa und der ganzen Welt umgehen läßt. Das neue Denken spielt in der Außenpolitik der UdSSR die Rolle jenes Katalysators, der viele Prozesse in beispiellose Weise beschleunigt. Sie wären so oder so in Bewegung gekommen, aber die qualitative Verbesserung des politischen und moralischen Weltklimas, die von unserer Perestroika herrührt, bedingt in einigen Fällen explosive Veränderungen.

Man kann darüber streiten, ob bei uns aus der Perestroika etwas wird, ob eine zuverlässiger Welt erstehen. Man kann verschiedene Argumente ins Feld führen und historische Parallelen ziehen. Bei allen Varianten bleibt, wie ich glaube, die Tatsache unumstößlich, daß wir keine andere Wahl haben, als unser Möglichstes zu tun, damit all das zustande kommt.

Vom Krieg der Rassen zur Harmonie?

Mit dem Präsidenten der Republik Südafrika, **Frederik de Klerk**, sprach der Korrespondent der „Neuen Zeit“ Nikolai Reschetnjak

NZ. Mit Ihrem Machtantritt werden in vielen Ländern Wandlungen in der Innen- und Außenpolitik der Republik Südafrika in Verbindung gebracht. Wie stellen Sie sich die Zukunft Ihres Landes vor?

Frederik de Klerk. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir schon bald viele unserer drückenden Probleme lösen können. Wir haben begonnen, alle Schichten der Gesellschaft an der Verwaltung des Landes zu beteiligen, wir wollen eine gerechte Verteilung des öffentlichen Wohlstandes fördern. Das kann man nur durch einen Dialog mit allen interessierten Seiten erreichen. Das neue System, das wir gemeinsam ausarbeiten wollen, soll allen Bürgern der Republik Südafrika gleiche Chancen bei der Verwirklichung ihrer Möglichkeiten einräumen.

Die besonderen Schwierigkeiten für die Republik Südafrika ergeben sich dabei aus der Vielfältigkeit unserer Bevölkerung, die nicht nur in der Vielzahl der Rassen besteht, sondern auch in der Anzahl der Kulturen, der Sprachen, der Philosophien. Uns können als Beispiel multinationale Staaten dienen, in denen es gelungen ist, eine Harmonie in den Interessen aller Nationen herzustellen, wie in Belgien oder in der Schweiz. Wir glauben fest daran, daß wir allmählich alle unsere Probleme lösen werden, wenn wir auch jetzt außerstande sind, Termine zu nennen. Es wird einfach ein logischer Schritt auf den anderen folgen. Selbstverständlich vergessen wir dabei nicht, daß der Zeitfaktor eine zentrale Rolle für uns spielt, und wir sind darauf angewiesen, schnell zu handeln.

NZ. Sie haben Ihre Präsidentschaft damit begonnen, daß Sie eine Anzahl von politischen Gefangenen freigelassen haben, die lange Zeit nur deshalb eingekerkert waren, weil sie gegen die Rassendiskriminierung gekämpft hatten und für ihre gesetzlichen Rechte eingetreten waren.

F.K. Sie haben unrecht, wenn Sie sagen, daß sich diese Menschen nur deshalb im Gefängnis befanden, weil sie gegen Rassendiskriminierung und für ihre gesetzlichen Rechte gekämpft hatten. Unserer Meinung nach wurden sie deshalb gefangengehalten, weil sie an gewalttätigen Aktionen teilgenommen hatten. Sie saßen dafür ein, daß sie Bomben hergestellt oder geworfen hatten, daß sie sich öffentlich in einer Weise betätigten, die das Leben und das Eigentum von Bürgern bedrohten. Jeder von ihnen hatte seine Strafe schon abgebußt und saß schon viel zu lange hinter Gittern. Da wir die Bürger eines zivilisierten Landes sind, haben wir beschlossen, daß sie auf diese Weise ihre Schuld vor der Gesellschaft gesühnt haben.

Die Regierung der Republik Südafrika hat mehrfach erklärt, daß es unser Ziel ist, die Rassendiskriminierung bedingungslos abzuschaffen, die Privilegien der einen Rasse und



Benachteiligung der anderen Rasse. Und wir tun alles in unserer Kraft Stehende, um dieses hohe Ziel zu verwirklichen.

NZ. Auf welcher Grundlage planen Sie, die Beziehungen zu den nationalen Befreiungsbewegungen Südafrikas aufzunehmen?

F.K. Ich möchte betonen, daß wir nur diejenigen Organisationen bekämpfen, die sich mit terroristischen Aktivitäten beschäftigen. Ich habe mehrmals erklärt, daß der Afrikanische Nationalkongress (ANC) sich in den Verhandlungsprozeß um die neue Verfassung der Republik Südafrika einschalten kann, eine Verfassung, die allen Völkern volle und gerechte politische Rechte einräumen soll.

Unsere einzige Bedingung an den ANC besteht darin, daß er sich öffentlich von Gewalt und Terrorismus lossagt. Die Türen für einen Dialog sind von unserer Seite offen.

NZ. Ich war Zeuge Ihres Treffens mit dem Präsidenten von Sambia, Kenneth Kaunda, in Livingstone an den Victoriafällen. Ich fand, dieses herrliche Naturschauspiel war ein guter Anlaß, um über den Frieden auf dieser Welt zu reden, über die Zukunft zu sprechen. Wie beurteilen Sie die Entwicklungsperspektiven für die Beziehungen zu Ihren Nachbarländern?

F.K. Als ich dort, an den Victoriafällen stand, dachte ich an das enorme menschliche und ökonomische Potential des afrikanischen Kontinents. Und so ist es die wichtigste Aufgabe meiner Regierung, die Beziehungen zu allen Nachbarländern zu verbessern. Es ist unser Fernziel, daß die Staaten im Süden von Afrika ebenso zusammenhalten, wie die Staaten Europas. Wir müssen starke ökonomische Verbindungen knüpfen, denn wir brauchen einander. Die Republik Südafrika kann mit ihrer Infrastruktur und ihrem Erfahrungsschatz eine konstruktive Rolle bei der Errich-

tung einer Staatengemeinschaft des südlichen Afrika spielen. Von der Gründung einer Staatengemeinschaft profitieren auch andere Staaten, weil die Republik Südafrika mit ihrem wirtschaftlichen Potential einen äußerst gewinnträchtigen Markt für Exporte aus aller Welt spielen kann.

Wir hoffen, daß es in absehbarer Zukunft gelingen wird, ein Treffen mit allen Regierungschefs der Region zu organisieren. Kürzlich äußerte Präsident Kaunda die Ansicht, daß er Möglichkeiten hierfür sieht. Südafrika braucht Stabilität. In Namibia geht der Prozeß der Dekolonialisierung erfolgreich voran. Wenn es gelingt, in Angola Frieden zu stiften und die Stabilität in Mosambik wiederherzustellen, dann können wir, glaube ich, schon am Ende dieses Jahrhunderts Zeugen einer neuen Epoche in Südafrika sein.

NZ. Wie stellen Sie sich die Perspektiven der Entwicklung von Beziehungen mit unserem Land vor?

F.K. Wir sind Anhänger der Entwicklung von guten Beziehungen mit allen Staaten der Welt. Das neue politische Denken, das von Moskau ausgeht, eröffnet breite Möglichkeiten für die Lösung aller Fragen auf friedlichem Weg. Die Situation verbessert sich grundlegend, und deshalb sehe ich gute Perspektiven für die Verbesserung von Beziehungen, die für alle Vorteile bringen.

NZ. Das größte Hindernis bei der Lösung vieler Probleme bleibt der Apartheid. Welche Schritte plant Ihre Regierung, um dieses Hindernis aus dem Wege zu räumen und damit der Republik Südafrika weite Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit zu schaffen?

F.K. Zunächst lassen Sie mich daran erinnern, daß ich mich bereits achtzehn Jahre mit Politik beschäftigte. Ich habe nie die Apartheid verteidigt. Es herrscht eine falsche Auffassung von der Haltung unserer Regierung zu dieser Frage. Was jede Form der noch bestehenden Rassendiskriminierung angeht, so wollen wir sie abschaffen. So wird in Kürze das „Gesetz zur getrennten Benutzung der Erholungszenen“ abgeschafft, das eine Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung darstellt. In den drei Monaten, in denen ich das Land regiere, ist bereits viel geschehen, um zu beweisen, daß wir ehrlich an der Frage der gerechten Verteilung der Rechte und des Gemeinwohls arbeiten.

NZ. Was möchten Sie den Bürgern der Sowjetunion sonst noch mitteilen?

F.K. Ich würde gern einfach bekräftigen, daß wir ein neues Südafrika errichten werden, einen Staat, in dem gleiche Möglichkeiten für alle herrschen und in dem die verschiedenen nationalen Minderheiten sich in Sicherheit fühlen.

PRETORIA

Foto: der Autor

Der gefährliche Breitengrad

Zehn Jahre Haft drohen einer Studentin aus Südkorea wegen eines KDVR-Besuchs

Erst vor kurzem verurteilte das Söuler Kreisgericht den 71jährigen Geistlichen Moon Ik Hwan wegen eines Verstoßes gegen das nationale Sicherheitsgesetz, das den südkoreanischen Bürgern ungenehmigte Reisen in die KDVR verbietet, zu 10 Jahren Freiheitsentzug. Vor wenigen Tagen wurde noch ein Urteil publik: Der ehemalige Abgeordnete der Nationalversammlung Südkoreas Su Gen Won (oppositionelle Partei des Friedens und der Demokratie) wurde zu 15 Jahren verurteilt. Auch er hatte die KDVR ohne behördliche Genehmigung besucht, wurde jedoch eines noch schwereren Verbrechens, der „Spionage“, angeklagt. Gegenwärtig läuft im Kreisgericht von Söul ein weiterer Prozeß.

Eines gesetzwidrigen Besuchs in der KDVR werden die Söuler Studentin Lim Su Gen und der katholische Geistliche Moon Gyu Hen beschuldigt. Lim Su Gen beteiligte sich als die einzige Vertreterin Südkoreas am 13. Weltfestival der Jugend und Studenten in Pjöngjang, während Moon Gyu Hen in die KDVR gefahren war, um die Studentin bei der Heimkehr zu begleiten.

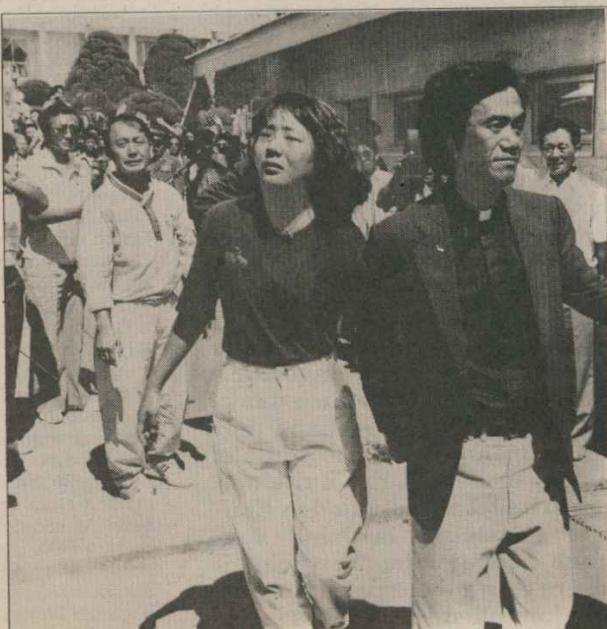
Beim Festival vertrat Lim Su Gen eine Million südkoreanische Studenten, Mitglieder der Organisation Chongdeheb. In ihrem Namen unterzeichnete sie gemeinsam mit Kim Chang Ryong, dem Vorsitzenden des Komitees der koreanischen Studenten, eine „Gemeinsame Deklaration der Jugend und Studenten in Nord und Süd über eine selbständige friedliche Wiedervereinigung der Heimat“.

Von Söul bis Pjöngjang sind es nur vier Fahrtstunden, aber Lim Su Gen brauchte 10 Tage, um die KDVR-Hauptstadt zu erreichen. Sie flog von Berlin aus, um in Pjöngjang zu landen. Aber sie beschloß, über die militärische Demarkationslinie heimzukehren, die Korea längs des 38. Breitengrads trennt.

Die Söuler Behörden wußten vom bevorstehenden Grenzüberschreiten der beiden jun-

gen Menschen und blockierten die Eisenbahn und die Chaussee zwischen Söul und Panmunjon, damit Studenten sie nicht gleich empfangen konnten. Lim Su Gen und Moon Gyu Hen wurden sofort verhaftet, kaum daß sie ihren Fuß auf den südkoreanischen Boden setzten. Als drei Monate später der Prozeß begann, verlangten Hunderte Studenten, die sich vor dem Gebäude des Söuler Kreisgerichts versammelt hatten, die Freilassung von Lim Su Gen und Moon Gyu Hen sowie die Aufhebung des Gesetzes über nationale Sicherheit. Vor dem Gericht erklärte die Vertreterin der südkoreanischen Jugend, sie sei in den Norden gereist, um zur Wiedervereinigung Koreas beizutragen; ihre Reise sei entgegen Behauptungen der südkoreanischen Behörden keineswegs von Pjöngjang inspiriert worden. Das Gesetz über die nationale Sicherheit droht Lim Su Gen und Moon Gyu Hen eine Haft bis zu zehn Jahren an. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie zur Höchststrafe verurteilt werden.

Von einer Koreanischen Mauer spricht man nicht. Dabei besteht sie, eine wuchtige Anlage, 5 m hoch, 10 m breit, 240 km lang.



Lim Su Gen und Moon Gyu Hen vor dem Überschreiten der Demarkationslinie in Panmunjon
Foto aus: „Korea“ (KDVR)

Wenn der Geistliche Moon Ik Hwan einen Nord-Süd-DIALOG auf nichtstaatlicher Ebene angebahnt hatte, gingen Lim Su Gen und Moon Gyu Hen weiter: Sie schlugen als erste eine Bresche in die Trennungsmauer.

Das ist ein Präzedenzfall, der beweist: Die Mauer ist kein Hindernis für Patrioten, die für eine Wiedervereinigung Koreas kämpfen. Offenbar jagte gerade dieser Umstand den südkoreanischen Behörden Angst ein.

Die offiziellen Verhandlungen bewegen sich kaum voran. Die militärische Waffenstillstandskommission hatte in Panmunjon schon 450mal getagt. Es mißlingen auch Versuche, einen parlamentarischen Dialog zwischen Nord und Süd in die Wege zu leiten oder ein Treffen auf hoher Ebene abzuhalten.

Am 7. Juli 1988 erklärte der südkoreanische Präsident Roh Tae Woo offiziell, er wolle die Politik der Konfrontation mit der KDVR aufgeben und statt dessen die nationale Aussöhnung und die Anbahnung einer produktiven Zusammenarbeit zwischen beiden Teilen Koreas anstreben. Er sagte u. a.: „Notwendig ist der gegenseitige Austausch zwischen unseren Mitbürgern in Nord und Süd, darunter von Politikern, Geschäftsleuten, Geistlichen, Wissenschaftlern und Studenten.“ Aber das Handeln der Söuler Regierung erweckt schwere Zweifel an der Aufrichtigkeit des verkündeten neuen Kurses. Jetzt, da nach der Verurteilung von Moon Ik Hwan und Su Gen Won eine Gerichtsfarce gegen Lim Su Gen und Moon Gyu Hen vorbereitet wird, ist das klar. Zu einer Zeit, da sich das neue politische Denken in allen Ländern Bahn bricht, wirken die Prozesse gegen die Patrioten in Südkorea wie ein Relikt des Totalitarismus.

Seit mehr als 44 Jahren dürfen Verwandte und Bekannte, die in Nord und Süd leben, nicht miteinander zusammenkommen, ja sich nicht einmal schreiben. Koreas Spaltung spaltet das Volk und zerstört die Ressourcen des Landes. Ich hatte mehrfach Gelegenheit, mich darüber mit Freunden aus der KDVR und mit Vertretern Südkoreas, die nach Moskau kamen, zu unterhalten. Alle wollen die Wiedervereinigung.

Ein bedeutender Schritt auf dem Weg dazu kann ein vor kurzem vereinbartes Treffen zwischen dem KDVR-Premierminister und seinem Amtskollegen aus Südkorea werden.

Juri Starostenko



Fata Morgana zum Anfassen

Begleittext zu drei Fotografien

Dem Nichteingeweihten wird diese von den Ufern des Persischen Golfes stammende Aufnahme wenig sagen: Na schön, eine beeindruckende Stadtlandschaft... Kennen wir schon.

Dabei führt uns dieser auf den ersten Blick anspruchslose visuelle Eindruck in das Innengehen eines der größten Phänomene unseres Jahrhunderts, über das bei uns leider wenig bekannt ist. Dieses Phänomen heißt Vereinigte Arabische Emirate und ist ein Staat, der erst vor etwa 18 Jahren auf der Weltkarte vermerkt wurde. An den Feierlichkeiten zu diesem wenn auch nicht gerade „runden“ Jahrestag konnte gegen Ende letzten Jahres eine Gruppe von sowjetischen Journalisten teilnehmen, die das Ministerium für Information und Kultur der VAE eingeladen hatte. Wir sind dem Ministerium unendlich dankbar für die uns gebotene Möglichkeit, Land und Leute aus der Nähe, im unmittelbaren Kontakt kennenzulernen. Übrigens betrifft das nur einen von uns. Der andere arbeitet ständig in den Emiraten, aber auch er sah sein „Gastland“ zum ersten Mal bei diesen bedeutenden Festlichkeiten, die, wie uns unsere Gastgeber mitteilten, aufgrund des in der Region tobenden Krieges lange nicht begangen worden sind.

Auf dem Foto:

Die Hauptstadt der VAE, Abu Dhabi. Stadt der Superlative

Noch vor fünfzehn Jahren wäre diese modernistische urbane Landschaft auch den Einheimischen wie eine optische Täuschung, eine unerreichbare Fata Morgana, vorgekommen. Wie übrigens auch der Anblick aller sieben Emirate, aus denen sich das Land zusammensetzt: Abu Dhabi, Ajman, Dubai, Ras al-Kaimah, Umm al-Qaiwain, Fujairah und Sharjah. Wohin man sieht, überall findet man einzigartige Bauwerke und für die Öffentlichkeit bestimmte Gebäude. Ein bemedienswerter „Wohnbaufonds“ von malerischen Einfamilienbungalows, die sich auch ein normaler Sterblicher leisten kann, bis zu phantastischen Adelspalästen. Seehäfen wie der von Dubai: kilometerlange Kaianlagen, ausgerüstet mit hochmoderner Technik und Elektronik, so daß ein sowjetischer Vertreter ihre Vorzüge mit der russischen Redensart „Sehen und den Tränen freien Lauf lassen...“ umschrieb. Flughäfen der internationalen Spitzenklasse. Die gesamte Föderation vernetzt mit prächtigen Autoschnellstraßen mit schwindelerregenden Auf- und Abfahrten. Zahllose Moscheen, von denen jede einzelne ein Meisterwerk menschlicher Vernunft und Baukunst darstellt. Schließlich verschiedene Industrieanlagen: Bohrseln und Terminals für die Erdölförderung, petrochemische und anderweitige Betriebe. Überall macht sich bemerkbar, daß man es nicht mit seelenloser Industrie, sondern auch mit einem bedeutenden konstruktiven Element der Zivilisation, einer räumlich-ästhetischen Lebensdimension zu tun hat. Alle diese Metallgebilde sind nämlich einfach schön. Sie wissen doch: Ein schönes Flugzeug fliegt besser.

Wahrscheinlich sind nur die nomadisierenden Beduinen von einst, die vom Dromedar in eine gehobene Limousine umgestiegen sind und inzwischen hinter dem Computerpult sitzen, in der Lage, sich eine genauere Vorstellung davon zu machen, was mit ihren ehemaligen Wüstenregionen vor sich gegangen ist, in denen es auch jetzt immer noch vorkommt, daß Vögel im Flug von der Hitze (wie bei uns vom Frost) überwältigt werden und vom Himmel fallen. Immerhin brauchte man noch vor wenigen Jahren eine Woche und mehr, wenn man auf dem Dromedar oder in einem Küstensegler von einem Emirat in das andere zu reisen hatte. Jetzt fährt man eine Stunde.

Die ihrem zahlenmäßigen Umfang nach mit einem Rayon von Moskau vergleichbare Bevölkerung hat innerhalb von fünfzehn bis zwanzig Jahren im Wüstensand Arabiens eine qualitativ neue Zivilisation geschaffen, die sich selbst vor ihren arrogantesten Vertretern nicht blamieren wird. Wie könnte es auch anders sein, ließ uns doch einer unserer Gesprächspartner, der stellvertretende Generalsekretär der Industrie- und Handelskammer der VAE, Juma Ahmed al Salami, wissen, daß „wir nur das Beste, was es in der Welt gibt, für unsere Emirate übernehmen“. Ein teurer Spaß? Aber sicher. Hier nähern wir uns schon den Quellen des im wahrsten Sinne des Wortes auf Sand gebauten Paradieses auf Erden.

Diese Fata Morgana, die eins der vielen über den endlosen Wanderdünen beduinischen Nomadentrains entspringenden Wüstentruhbilder zu sein

scheint, haben durchaus irdische Kräfte, wenn auch nach hiesigem islamischem Glauben durch den Willen Allahs inspiriert, materielle Gestalt annehmen lassen. Die Metamorphose könnte wahrlich an ein Märchen erinnern, ließe sich dieses ganze Wüstenschauspiel nicht anfassen und erklären. Es ist eine wahre Begebenheit, bei der in Jahrhunderten geheiligte Traditionen mit hochaktueller Neuzeitlichkeit überraschende Verbindungen eingehen.

Unsere heißegehrte „vorbildliche Arbeit“! Wir bekamen sie hier überall zu Gesicht. Allein schon hier in Abu Dhabi, dieser Perle unter den Küstenstädten, die zu den Festtagen bunte Laternenketten angelegt hat, sieht man auf dem Baugelände für ein Hotel keinen einzigen untauglichen, nicht arbeitenden Menschen und kein einziges überflüssiges Bauteil, und es ist so sauber wie auf einem Schiffsdeck. Vor dreißig Jahren standen an derselben Stelle mehrere im Wüstsand verlorene Reihen von aus ungebranntem Lehm und Palmzweigen gebauten und mit Zeltplanen abgedeckten Hütten. Darin wohnten die Eltern derjenigen, die heute vielstöckige Wohntürme besiedeln. Sie haben zum größten Teil erst in fortgeschrittenem Alter entdeckt, wie Gemüse schmeckt, und ziehen auch heute noch, obwohl auf dem hiesigen Markt alles verkauft wird, von brasilianischen Avocados bis zu neuseeländischen Kiwis, jeder anderen Nahrung ihre gewohnte Kamelmilch und Datteln, die Diät der Beduinen seit Jahrhunderten, vor.

Auf dem schmalen arabischen Küstenstreifen des Persischen Golfs lebten seit Hunderten von Jahren arabische Nomadenstämme, Fischer und Perlensucher. Sie schlossen sich um die stärksten Familienclans zusammen, hielten ihre Emire und Sheiks in Ehren, zogen im Sommer ans Meer und im Winter in die wenigen Oasen. Der einheitliche arabische Volksstamm lebte, in Gruppen zerrissen, verbunden durch das Meer, getrennt durch die Wüste, reich an einer eigenen alten Kultur, wobei er die Zeitungen anderer Völker aus zweiter Hand las, das Geld der Nachbarländer und Indiens benutzte, in ständiger Not und von

zahlenmäßigem Schwund bedroht. Das Leben in Abu Dhabi, an der Küste, die einst Perlenküste hieß, war dermaßen entbehrungswoll, besonders nachdem in den 30er Jahren die billigeren japanischen Zuchtpferlen aufkamen, daß die Bevölkerungsdichte niedriger war als die der Mongolei vor dem Krieg: Zwei Menschen auf drei Quadratkilometer. Niemand warf ein Auge auf das karge Territorium, so daß es weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit gab, ein modernes Staatsgebilde zu schaffen.

Erst mit dem Öl kam neues Leben in die von der Sonne ausgeglühte Küste. Nach Petrodollars roch es hier, an der Südküste des Persischen Golfs, seit der Erschließung der ersten Lagerstätte 1958 im Emirat Abu Dhabi, als an die heutige Föderation der Emirate noch nicht zu denken war. Schon nach wenigen Jahren lief die Förderung an, die in den ersten Jahren ausschließlich ausländische Firmen übernahmen, wobei sie den Herrschern der Emirate die Hälfte des Profits abknöpfen. Aber auch das war schon ein „Wahnsinsgeld“.

Doch schon damals fanden die Emirate, vor allem Abu Dhabi, wo auch heute noch der Löwenanteil des Erdöls gefördert wird, Wege, die eigenen Reichtümer ohne Mittelsmänner abzuschöpfen. 1972 wurde die erste nationale staatliche Gesellschaft, die Abu Dhabi National Oil Company, gegründet. Diese brachte bald bis zu 60 Prozent des Kapitals der westlichen Förderer in ihren Besitz. Es war dies eine weit vorausschauende Maßnahme, wenn man bedenkt, daß bald darauf ein weltweiter Erdölboom einsetzte, nachdem entsprechend gebührend geweckter Nachfrage die Preise für Erdöl und Erdölprodukte in die Höhe geschnellt waren. Sich eine solche Chance entgehen zu lassen, wäre unverzeihlich gewesen.

Hierbei muß man den Herrschern der Emirate, besonders denen von Abu Dhabi, zugute halten, daß sie die Gunst der Stunde erkannten und auf den galoppierenden Pegasus aufsprangen, um ihn ihrem Gestüt einzuverleben. Wir können nur schwer beurteilen, ob dieser Pegasus heute als Renner seinem Herrn zu tröstlichem Zeitvertreib oder als Zugpferd auf dem Acker des Gemeinwohls dient: Aus naheliegenden Gründen werden das System und vor allem der Verteilerschlüssel der Erdöleinnahmen hierzulande nicht offen ausgehängt. Jeder Ankömmling aber kann sich schon mit unbewaffnetem Auge davon überzeugen, daß der herrschende Emirats-Adel seine satten Pfründe nicht in den Nachtclubs von Paris oder Bangkok verpräßt oder für Prestiegebauten verschleudert hat, son-

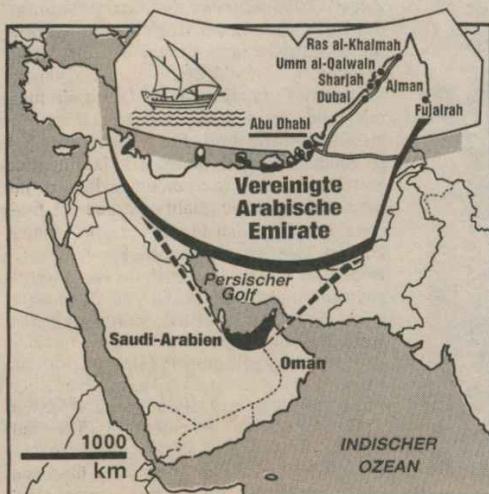


Ein bemedenswerter Anblick

dern sich darauf verstand, sie intelligent zu mehren und das gewissermaßen vom Himmel fallende Kapital zum eigenen wie zum Nutzen der Allgemeinheit zu verwenden. Ganz im Sinne des Koran-Gebots: Teile deinen Reichtum mit deinen Nächsten.

Wie jede Nation, die auf sich hält, haben auch die Vereinigten Arabischen Emirate ihre „Stunde Null“: die Gründung der Föderation der Emirate sofort nach ihrer Unabhängigkeit. Damit ist die Reihe der zum Vergleich einladenden Wachstumsziffern hier noch beeindruckender als unsere sowjetischen. Vor allem, was Kennziffern bei Bildung und Erziehung angeht, mit denen wir traditionsgemäß besonders gerne aufwarten, wenn wir einen vorteilhaften Eindruck erwecken wollen.

Uns sowjetischen Journalisten wurde für Verdienste, die uns verborgen blieben, eine unerhörte Ehre zuteil: Als erste Ortsfremde besichtigten wir die Prunkgemächer der Emirats-Universität in al Ain, und, was es überhaupt noch nie gegeben hat, die einzigartige Frauen-Fakultät. „Prunkgemächer“ deshalb, weil sich in der UdSSR kaum eine Universität derart elitäre Lehrvoraussetzungen und kein Student sich ein so exklusives Ambiente würde träumen lassen. Angefangen von einer fundamentalen Bibliothek mit mikroklimatisierten Safes, die mit jahrhundertealten Manuskript-Raritäten angefüllt sind, über Seminarräume mit Computertechnik bis zu gepflegten Bungalows, die als Studentenwohnheime dienen, wobei Unterbringung und Verpflegung kostenlos sind, oder komfortablen Autobussen, in denen die Studenten zum Wochenende über das ganze Land nach Hause gefahren werden. Es gibt hier nicht mehr und nicht weniger als achttausend Studenten. Der stellvertretende Generalsekretär der Universität Abdulla Abbas sagte uns, daß die Universität seit ihrer Gründung 1977 mehr als 20.000 Fachleute in sieben Fachrichtungen ausgebildet hat. Eine weitere Kennziffer, mit der wir in unserer einheimischen Praxis überhaupt noch nie in Berührung gekommen sind, obwohl gerade sie viel über die Qualität der Ausbildung aussagt, nötigte uns ebenfalls Bewunderung ab. Das Verhältnis von Dozenten und Studenten liegt hierzulande bei 1:18, in Europa bei 1:35.



Jetzt begreifen wir erst, warum bei der Antwort auf unsere Frage, wieviel die Ausbildung eines einzigen Absolventen kostet, eine leichte Verzögerung eingetreten war: Dieses Geld, Unsummen, zählt hier in den Emiraten einfach keiner. Auch wenn es merkwürdig anmutet, aber im Ministerium für Erdöl und Naturschätze, die Futterkrippe des Staates also, arbeiten insgesamt nur 65 Beamte, während nach Anzahl der Beschäftigten das Bildungsministerium an der Spitze steht. Ihm folgt das Gesundheitsministerium. Beide Ämter konzentrieren 80 Prozent der Regierungsbeamten.

Einen wirklich radikalen sozialen Fortschritt in den VAE stellt die Frauen-Fakultät dar. Praktisch funktioniert sie als autonome Lehreinrichtung, denn die Vorlesungen finden an dieser Universität nach Geschlechtern getrennt statt. Die Frauen-Fakultät doubliert die Fachrichtungen des Hauptkontingents. Es ist übrigens noch fraglich, welches von beiden den Ton angibt, denn die Frauen stellen zwei Drittel aller Studenten. Die Sitten sind streng: Während wir durch die Zimmerfluchten des Universitäts-Palasts und über seine Höfe schreiten, hüllen die scharrenweise auftretenden jungen Mädchen ihre Gesichter zwar in Schleier, sehen sich aber doch außerstande, sich dieses unerhörte Schauspiel, gleich so viele Männer auf ihrer Campus-Hälfte, ganz entgehen zu lassen. Wir unterhielten uns mit der Leiterin der Empfangsabteilung, der jungen Frau Dr. Maisa Salem Omeir al-Shamsi. Ihre Ausbildung hat die Soziologin in Er-Riad und Kairo erhalten. Dieser Tage erst wurde ihr der Staatspreis für wissenschaftliche Erfolge verliehen. Sie berichtete, wie sich für die Frauen des Orients die Zeiten unwiederbringlich gewandelt haben: 80 von 100 Absolventinnen ihrer Fakultät arbeiten in ihrem Beruf. Soweit die Wissenschaft. Die schöne Dekanin schlägt uns den Wunsch, sie zu photographieren, ab: Scharia.

Soviel zum Schrittabstand beim Marsch der Emirate ans Licht des Wissens. In den allerletzten Jahren wurde das System der Hochschulbildung in den VAE um mehrere techni-

sche Hochschulen erweitert, unter anderem auch in der Hauptstadt Abu Dhabi, in Dubai und Al Ain. Heute würde kaum noch jemand glauben, daß es noch vor dreißig Jahren in dieser Region eine einzige Schule für 230 Schüler gegeben hat. 1971 waren es bereits 66 Schulen für 28 000 Schüler, danach stieg die Zahl der Schüler und Studenten um mehr als das Zehnfache an. Heute ist praktisch jeder vierte Einwohner der VAE in der Ausbildung.

Aus diesen Facetten setzt sich das Porträt zusammen, und ihre Reihe ließe sich noch fortsetzen. Ein demographisches Phänomen hat uns zum Beispiel stark beeindruckt. Die Bevölkerung der Emirate wuchs von 180 000 zur Zeit der Unabhängigkeit auf inzwischen 250 000. Der Zuwachs beruht nicht zuletzt auf natürlichen Voraussetzungen. Und hier ist der Anreiz handgreiflich materiell: ein hochentwickeltes staatliches Gesundheitssystem mit einem Arzt auf 933 und einer Krankenschwester auf 329 Einwohner.

In diesem Land mit seinen mehr als anderthalb Millionen Einwohnern gibt es über 30 große moderne Krankenhäuser, über hundert Polikliniken mit breitem Leistungsspektrum, etliche Zentren für Säuglingspflege und Gesundheitsvorsorge, Hunderte von Kinderkliniken in den Schulen. Im Vergleich wird alles deutlicher. Abdallah al-Obeid, ein 45-jähriger Fischer aus dem Emirat Sharjah zum Beispiel, der unter einem hölzernen Schattendach am Kai mit einem hier „Sultan Ibrahim“ genannten Fisch aus dem Persischen Golf handelt, erinnert sich noch daran, wie Anfang der 60er Jahre, als die Regierung von Gamal Abdel Nasser das Angebot machte, einen Arzt und eine Krankenschwester in dieses damals am weitesten entwickelte Emirat zu schicken, die herrschende Familie von Sharjah sich gezwungen sah, das Angebot unbeantwortet zu lassen, weil die Beduinenehre ihnen nicht erlaubte zuzugeben, daß es im ganzen Emirat kein einziges Krankenhaus und obendrein keine Möglichkeit gab, die ärztliche Mission aus Ägypten unterzubringen. In diesem Emirat, das sich voller Stolz für das Kulturzentrum des Landes hält und dessen Regent Sheikh Muhammad bin Salem bin Sultan al

Qasimi einen Doktortitel trägt, will man demnächst eine Klinik eröffnen, in der künstliche Zähne eingesetzt werden können.

Heute kann jeder Einwohner des Landes und jeder Ausländer, egal, ob er aus Tunesien, von den Philippinen oder aus der UdSSR stammt, und wenn er seine 70 Dollar in den Patientenfonds entrichtet, zwei Jahre hindurch kostenlose ärztliche Behandlung in dem Krankenhaus, dem er zugeordnet ist, in Anspruch nehmen und unentgeltlich alle notwendigen Medikamente erhalten. Was die einheimische Bevölkerung betrifft, so zahlt der Staat jährlich über 5000 Dollar pro Person für Erziehung, Bildung und Gesundheit. Das schon zu erwartende Ergebnis: Die durchschnittliche Lebensdauer bei Frauen beträgt 73, bei Männern 70 Jahre.

Ein schönes Beispiel dafür, wie in diesem Land alles Neue und Fortschrittliche, in diesem Falle auf medizinischem Gebiet, entgegenkommende Aufnahme findet, ist die „Pjotr I.“, das erste durchgehend geöffnete schwimmende chirurgische Krankenhaus der Welt im Hafen von Jebel Ali, Dubai.

Sjatoslaw Fjodorows These „Alles, was der Gesundheit des Menschen dient, soll der Menschheit gehören“ erhielt in den VAE ihre erste praktische Bestätigung. Zum ersten Mal in der internationalen Praxis öffnete man hier die Grenzen für die medizinische Einrichtung eines anderen Landes. Im Oktober 1989 legte das Schiff, das dem sowjetischen medizinischen Transportunternehmen „Phlox“ gehört, in Dubai an. Schon als wir hier waren, meldeten die Zeitungen die 2000. Operation der Fjodorow-Ärzte.

An Bord des Schiffes, im Operationssaal, tranken wir Kaffee mit Khamis Mohammed, einem Mitarbeiter des Innenministeriums der VAE, und zwar unmittelbar nachdem der Chirurg Igor Denisow ihm ein Pterygium, eine Wucherung der Augenschleimhaut, die zur Blindheit führen kann, entfernt hatte. „Drei Jahre“, gestand der graubärtige Patient, „konnte ich mich nicht zu diesem Schritt durchringen. Ich wußte nicht, was ich tun sollte: nach Moskau fliegen oder in andere europäische Hauptstädte, oder versuchen, die Operation hier vornehmen zu lassen. Jetzt habe ich alles überstanden. Dank Sheikh Zayed, Allah schenke ihm Gesundheit, und der Entscheidung der Regierung von Dubai, die sowjetische schwimmende Klinik aufzunehmen.“

Diesen Fortschritten im Gesundheitsbereich ließen sich noch solche Tatsachen hinzufügen, wie das Fehlen eines Wohnungsproblems, Beihilfen für materiell weniger gut gestellte Familien und schließlich die Zahl der durchaus repräsentativen Automobile, die in etwa der Bevölkerung des Landes gleichkommt. Die Wunder auf diesem gesegneten Boden der arabischen Emirate lassen sich gar nicht alle aufzählen. Auf eines, das uns am stärksten beeindruckt hat, werden wir noch gesondert eingehen...

(Fortsetzung folgt)

Vitali Ganjuschkin
NZ-Sonderkorrespondent
Viktor Lebedew
TASS-Korrespondent
ABU-DHABI



Wohnungsbau in den Emiraten

Ich glaube an eine Auferstehung



Tatjana
Iwanowa

Ich meine, jetzt haben die jungen Menschen, die sich Gedanken über ihr Leben machen, ein Beispiel vor Augen, wie man leben muß, damit das Volk einen als seinen Helden betrachtet

Am Morgen war es noch erträglich, doch gegen Mittag tobte der Wind wie wild. Er blies aus allen Richtungen, und aus allen Richtungen war er eisig. Ich war mit meinem Sohn gekommen, um Abschied von Andrej Sacharow zu nehmen. Ich sagte zu ihm: „Andrej Dmitrijewitsch ist in Wirklichkeit nicht gestorben. Und ich werde dir das jetzt zeigen. Übrigens wirst du das auch von allein verstehen.“

Ich führte ihn zum Palast der Jugend, damit er die Menschen sieht. Mir selbst war klar, daß dort Unmengen von Menschen sein würden....

Die nächstliegende Metrostation „Frunsenskaja“ war geschlossen. Der Zug leerte sich bereits auf der Station „Park Kultury“. Von dort aus machten wir uns zusammen mit vielen anderen auf den langen Weg. Unzählige Menschen hatten sich bereits am frühen Morgen eingefunden. Der Weg führte uns dann bis zur Metrostation „Sportiwaja“.

Ich wollte langsamer gehen, um die Gesichter der Menschen zu studieren... Wer stand, wer ging dort, wer hielt dem eisigen Wind stand? Scharren junger Leute. Alte Menschen. Menschen mittleren Alters, ordensgeschmückte Militärs. Ehepaare mit Kindern, selbst im Kinderwagen. Sicher waren auch Studenten, Arbeiter und Wissenschaftler dabei. Doch wie unterscheidet man heute einen Arbeiter von einem Wissenschaftler? Wer ist wie gekleidet? Wer trägt eine Brille, wer ist unbebrillt? Ich würde mich nicht trauen, nach der Kleidung, nach ihren Gesten und Manieren, nicht einmal nach ihren Worten zu sagen, wer sie sind.

Andrej Sacharow ist in Wirklichkeit nicht gestorben – und wird niemals sterben. Sein Einfluß auf uns alle, sein Einfluß auf die Gesellschaft ist unmeßlich groß. Wir können ihn

nicht vorhersehen, ihn nicht rational erfassen. Wir können nur beobachten und nach Kräften unsere Schlässe ziehen.

Das Fernsehen hat uns in diesem Sinn überreiches Material gegeben. Ja, es geschah, daß der Kongreß der Volksdeputierten tobte und der amtierende Vorsitzende Akademiemitglied Sacharow nicht zu Worte kommen ließ. Doch sowohl der Kongreß der Volksdeputierten als auch die Welt haben ihn mit eigenen Augen, noch zu Lebzeiten gesehen. Sie haben gesehen, daß man voranschreiten, daß man ans Rednerpult treten und das sagen kann, was man für die Wahrheit hält. Und wenn man dir das Mikrophon abschaltet, kann man trotzdem sprechen, kann die Lippen bewegen – die Menschen werden dich auch so verstehen, sie werden erraten, sie werden es dem anderen sagen, was du sagen wolltest, aber nicht sagen konntest...

Das war beispielloser Mut. Und dieser Mut wurde – und wird! – zum Vorbild.

Verstehen Sie, die Dekabristen hatten keine Angst, auf den Senatsplatz zu treten... Doch das ist schon lange, lange her... Andere Helden aus Büchern, aus dem Leben – sie waren ebenfalls einst irgendwo. Doch wir durften Andrej Sacharows Zeitgenossen sein. Er wurde vor unseren Augen zum Helden. Er war vor unseren Augen absolut furchtlos. Weder die Verbannung noch der viele Tage andauernde Hungerstreik, weder die langjährige zügellose offizielle Hetze noch die bösen, in Massenauflagen verbreiteten

Gerüchte, weder die Lügen noch die gut organisierte „Verachtung des ganzen Volkes“ von der ordensbehängten Weberin bis hin zum bekannten Schriftsteller, weder Pfiffe nach Füßegetrampel – nichts konnte ihn einschüchtern. Nichts ließ ihn jemals gegen sein Gewissen handeln, von der

Wahrheit abgehen, nichts hinderte ihn, die Seite der Verteidigung des Guten, der Barmherzigkeit, der Gerechtigkeit einzunehmen. All das haben wir erlebt – nicht aus Geschichtsbüchern wissen wir es, sondern vor unseren Augen hat sich all das ereignet.

... Kürzlich wurde auf der Sitzung des Obersten Sowjets nach Sacharow der Deputierte Tschewronopisski angekündigt. Ich erstarre. Ich hatte solche Angst, daß Sacharow wieder dem starken Druck der „überwiegenden Mehrheit“ ausgesetzt sein würde. Er war ja nicht mehr jung, nicht gesund. Und man kann sich vorstellen, was ihn dieser Mut kostete... Doch der Deputierte Tschewronopisski sagte nur mit ruhiger, sanfter Stimme, er stimmte Andrej Sacharow in allem zu und man müsse so handeln, wie Andrej Dmitrijewitsch das vorschlage. Ich bin davon überzeugt, daß dies auch für Sacharow ein wichtiger Augenblick war.

Für junge Menschen gibt es den Tod überhaupt nicht. Sie sind unsterblich. Am Tag, an dem Abschied von Sacharow genommen wurde, und am Tag seiner Beisetzung sahen sie, was er dem Volk bedeutet. Sie sahen die Liebe, die Verehrung, die Trauer des ganzen Volkes. Sie werden sich keine Gedanken um ihre eigene Beerdigung machen – Gott sei Dank. Doch über ihr Leben werden sie nachdenken. Sacharow hat uns gezeigt, wie man leben muß, damit das Volk einen als seinen Helden ansieht.

Tod? Abschied? Nein! Ewiges Leben. Unsterblichkeit. Und endlose Wiederauferstehung – das ist das Schicksal von Andrej Sacharow, einem großen Vertreter des russischen Volkes, einem Weltbürger, einem Sohn der ganzen Menschheit. Mein Glaube daran ist unerschütterlich. Und gestützt werde ich in meinem Glauben von den Gesichtern meiner Mitbürger.

Was bringt uns das neue Jahr?

Auf diese Frage antworten Preisträger unserer Zeitschrift

Ich erwarte eine Klärung der Situation

Poel Karp

Einst warf der Dichter die Frage auf: „Wie wirst du sein und was uns bringen, Neues Jahr? Freude? Leid? Magst du auch, Finsternis im strengen Blick, hingehen, was aber birgst du hinter deinem finstern Blick? Feuer oder Eis?“ Fjodor Sologub, ein Mensch mit eher düsterer Grundeinstellung, schloß seine Überlegungen optimistisch ab: „Alles wird werden, wie wir es wollen, nur sollten wir maßlos wünschen.“

Das wäre wirklich gut! Dann brauchten wir nicht länger zu rätseln. Allerdings bin ich mir darüber im klaren, daß weder meine eigenen noch Michail Gorbatschows maßlose Wünsche dazu führen werden, daß die Perestroika im anlaufenden Jahr gleich Früchte bringt. Schließlich sind Millionen von Menschen, und nicht nur die sogenannten einfachen, sondern durchaus gebildete Menschen der Überzeugung, daß alles andere von eben diesen Wünschen abhängt. Nicht von meinen, versteht sich, sondern von den Wünschen des Staatsoberhaupts. Auch hier wieder ein hartnäckiges Erbe des Personen-kults!

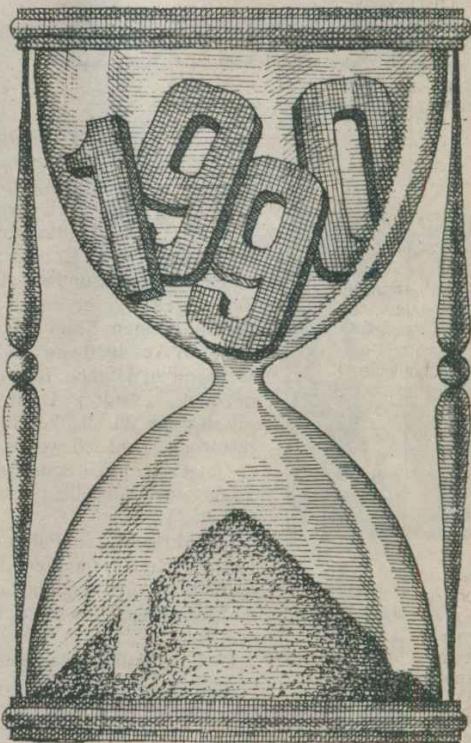
Dabei darf die für eine ernst zu nehmende Prognose wichtige Analyse der sozialen Verhältnisse, die eine Verwirklichung unserer Wünsche beeinträchtigen, nicht bei einer Gegenüberstellung von Standpunkten

stehenbleiben. Sie muß deutlich machen, was hinter den Worten steht. Hinter ihnen steht oftmals, was dem von Herzen kommand Ausgesprochenen direkt widerspricht. Heute sagen viele: „Wir sind für Reformen, für die Perestroika. Zuerst aber läßt uns dem Volk etwas zu essen und anzuziehen geben.“ Die Perestroika wurde aber gerade deshalb notwendig, weil es ohne radikale Reformen unmöglich geworden ist, dem Volk etwas zu essen und anzuziehen zu geben. Wer uns davon überzeugen will, daß es dafür noch gewisse andere Methoden gibt, will uns einreden, daß wir auch ohne Perestroika auskommen. Wenn man diesen Leuten sagt, sie seien Feinde der Perestroika, sind sie aufrichtig empört.

Inzwischen hat sich die Meinung verbreitet, die ungleiche Verteilung, Privilegien seien an allein schuld. Natürlich müssen die Privilegien weg. Dabei sollte man sich aber vor Augen halten, daß es auch dann nicht möglich sein wird, dem Volk etwas zu essen und anzuziehen zu geben. Gorbatschow und Ryshkow haben keine Wurst in der Hinterhand, weil auch sie nicht wissen, woher sie diese Wurst nehmen sollen. Sie können, und auch das nur mit der starken Unterstützung eines bedeutenden Teils unserer Bevölkerung, höchstens unsere Wirtschaftsordnung verändern, damit die Leute anfangen, diese Wurst zu produzieren und

die dafür notwendigen Kälber und Schweine zu züchten, damit also die Produzenten einen wirklichen Anreiz verspüren, sie herzustellen, ohne den Befehl von oben. Es gibt deswegen keine Wurst mehr, weil der Sekretär eines Rayonkomitees für andere entscheidet, und nicht, weil er in der Sonderkantine zu Mittag ißt. Der mystifizierende Populismus, der sich auf diese Sonderkantine einschießt, muß entmystifiziert werden, damit nicht länger Ursachen und Wirkungen durcheinandergeworfen werden. Dann wird es auch leichter, Voraussagen zu treffen.

In Leningrad haben wir doch tatsächlich aus dem Mund des 1. Sekretärs des Gebiets- und Stadtparteikomitees vernommen, daß unser Leben in den letzten fünf Jahren schlechter geworden sei. Wir sind aber keine Ausländer und haben die letzten Jahre nicht in der Emigration verbracht. Deshalb erinnern wir uns noch recht gut daran, daß unser Leben bald nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei schlechter geworden ist, als unter dem Banner des Kampfes für den Sozialismus Reformen abgewürgt wurden, die Alexej Kosygin schon 1965 vorgeschlagen hatte. Auch wenn wir heute eingestehen, daß der Einmarsch unserer Truppen in Prag nicht rechtmäßig war, schweigt man sich bei uns immer noch darüber aus, daß die Panzer auf dem Wenzelsplatz eigentlich über den Roten Platz gerollt sind, um alles zu unterdrücken, was nach 1953 bei uns angelauft ist. Nach dieser Absage an jede Reform begann, ohne sofort allen ins Auge zu springen, die Verringerung des Sortiments von Lebensmitteln und Industriewaren, setzte der Preisanstieg ein.



Jetzt wiederholt man das Märchen von den letzten fünf Jahren, obwohl die Situation sich nicht wegen der Reformen, sondern wegen fehlender Reformen verschlechtert hat.

Nach den Wahlen im letzten März, bei denen alle führenden Funktionäre in Leningrad abgelehnt wurden, war in dieser Stadt offiziell die Rede davon, daß die Partei hier eine Niederlage erlitten habe, obwohl in Wirklichkeit die Partei in Leningrad gesiegt hatte, weil liberal Kommunisten gewählt wurden. Damit ergibt sich der Eindruck, daß man gewissermaßen zwei kommunistische Organisationen hat. In der einen ist die kommunistische Basis von Leningrad, in der anderen sind die Smolny-Kommunisten, also die Führung, die praktisch unabhängig vom Willen der Basis an ihren Posten festhält. Nicht von ungefähr kam als Antwort auf die Veranstaltung der Smolny-Kommunisten eine Veranstaltung der Leningrader Kommunisten zustande. Wie wir sehen, sind innerhalb unserer einzigen Partei verschiedene gesellschaftliche Kräfte wirksam, und die Worte „Partei“ und „Sozialismus“ haben verschiedene Bedeutungen, je nachdem, wer sie in den Mund nimmt.

Darüber hat sich noch niemand Gedanken gemacht. Deshalb gibt es auch so viele politische Fehlschläge selbst bei den angesehensten Personen, und deshalb sind lebenswichtige Kompromisse so schwer zu schließen.

Was haben wir vom neuen Jahr zu erwarten? Das Eingeständnis dessen, was ohnehin existiert, unabhängig von unserem Bewußtsein. Es gibt mehr Klassen und Stände bei uns als gemeinhin angenommen. Von keiner einzigen läßt sich heute mehr sagen, daß sie die wichtigste sei und die übrigen sie zu bedienen hätten. Die Vorstellung von einer auserwählten Klasse, seien es nun Adlige oder Arbeiter, hindert uns, das wirkliche Funktionieren unserer Gesellschaft und die Interaktion ihrer Bestandteile im Prozeß der gesellschaftlichen Produktion zu verstehen. Im Verlauf der Geschichte verändert sich obendrein ihre Rolle in dieser Interaktion.

Am 12. Dezember 1989 teilte die „Pravda“ ihren Lesern mit, daß in den USA nicht nur die Arbeitsproduktivität 2,5 mal höher ist als unsere, sondern daß dort auch der Anteil der geistig tätigen Menschen 2,5 mal höher ist als hierzulande. Obwohl es eigentlich unmöglich sein sollte, hier keine Querverbindung herzustellen, herrscht bei uns immer noch die Überzeugung, daß die Intellektuellen bei uns dem Volk die Haare vom Kopf fressen. Solange den Leuten dieses Wechselseitverhältnis nicht klar wird, dürfen wir auch kein reiches Waren sortiment erwarten.

Vor allem die Machtfrage

German Diligenski

Politische Verhältnisse sind in erster Linie Machtverhältnisse.

In welche Richtung wird ihre Evolution in den nächsten Monaten und Jahren verlaufen? Um auf diese Frage zu antworten, muß man sich zunächst einmal eingehender mit den aktuellen Machtverhältnissen beschäftigen.

Auf der einen Seite verlieren politische Mechanismen an Stabilität, die sich unter dem administrativen Kommandosystem herausgebildet haben. Die beinahe wichtigste Triebkraft dieses Prozesses liegt in der tiefen moralischen Disqualifizierung der autoritären bürokratischen Macht des Apparats. Die neue Informationspolitik hat einen

Das System des feudalen Sozialismus, welches niedrige Obergrenzen für legale Einkommen auf allen Ebenen festgesetzt und damit jedes Verständnis für Qualität und Arbeitsproduktivität und ihre Bezahlung zerstört hat, brachte einen neuen Menschen mit neuen Vorstellungen von Freiheit hervor. Der sowjetische Mensch, der vieler anderer Freiheiten beraubt ist, hat sich die Freiheit erkämpft, schlecht oder überhaupt nicht zu arbeiten, sondern nur den

Die Worte
„Partei“
und „Sozialismus“
haben
verschiedene Bedeutung,
je nachdem, wer sie
in den Mund nimmt

Anschein zu erwecken. Unter Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ist selbst ein Gulag nicht mehr imstande, ihm diese Freiheit zu nehmen. Vielen ist sie teuer, auch wenn ihr Lebensstandard damit abfällt, Hauptsache, er wird weiterhin garantiert. Diese Freiheit schätzen die Menschen oft mehr als andere, die unter unseren Bedingungen leichter zu verwirklichen sind. Verständlicherweise beeinträchtigt das die Gesundung unserer Gesellschaft, aber man muß sich darüber im klaren sein, daß sich viele Menschen davon leiten lassen. Man muß verstehen, daß die Dozentin Nina Andrejewa nicht nur ihre persönliche Meinung über verschiedene sozialistische Prinzipien, sondern auch die Angst von Millionen von Menschen zum Ausdruck gebracht hat, daß ihnen nun die zur Gewohnheit gewordene Freiheit, schlecht zu arbeiten, genommen und schlechte Arbeit nicht länger wird.

Inzwischen ist es schon keine unbedarfte Universitätsdozentin mehr, sondern sind es durchaus verantwortliche Personen, die in Leningrad vorführen, wie stark in einer Partei, die vor fünf Jahren zum Umbau aufgerufen hat, der konservative Widerstand ist. Die Situation wird damit deutlicher.

Vom neuen Jahr verspreche ich mir eine Klärung der sozialen Verhältnisse nicht nur in unserer Stadt, sondern im ganzen Land. Die Einsicht in diese Realitäten kann zu einem Ausgangspunkt für den Umbauprozeß in der Praxis werden.

LENINGRAD

mächtigen Anreiz für soziale Kritik dargestellt und zu einer Anhebung des Demokratiebewußtseins in der Bevölkerung geführt. Wir erleben die Erosion solcher Klischeeverstellungen im Massenverhalten, denen die passive Unterordnung der Basis unter die Führung zugrunde liegt, eines psychologischen Sammelsuriums, das in traditionellen Wahrheiten wie „Die Leitung sieht das besser“ oder „Was, du willst wider den Stachel locken?“ seinen Ausdruck fand. Der Massenprotest gegen unpopuläre Entscheidungen der Regierung, Streiks und Basisdemokratie sind ein Indiz für die Krise, in welche administrierende Befehlsmethoden bei der Leitung der Gesellschaft geraten sind.

Erscheinungen wie diese könnten einem

Demokratisierungsprozeß im Prinzip grünes Licht geben und der Anfang eines Übergangs von einem autoritären zu einem demokratischen System sein. Der tatsächliche Verlauf der Ereignisse ist dagegen sehr viel schwieriger und widersprüchlicher. Die Schwächung der autoritären und ihrem Wesen nach hierarchischen Macht des Apparats geht bislang noch nicht mit der Entwicklung von alternativen und demokratischen Strukturen einher, die sie ersetzen oder vielmehr ergänzen könnten. Sicherlich kann man nicht sagen, daß eine solche Entwicklung überhaupt nicht stattfindet. Der Beitrag, den die Tätigkeit neuer parlamentarischer Institutionen, besonders des Obersten Sowjets der UdSSR, dazu leistet, steht außer Zweifel. Der Oberste Sowjet jedoch, der die Absicht erkennen läßt, in mehreren Fragen eine selbständige Position zu beziehen, ist noch nicht hinreichend imstande, eigene politische Beschlüsse selbständig auszuarbeiten. In diesem Sinn ist er bislang eher ein angetriebenes als ein führendes Glied im politischen System.

Was die Funktion des Obersten Sowjets bei der Wahrnehmung der Macht besonders beeinträchtigt, ist die Tatsache, daß in den meisten Unions- und autonomen Republiken, erst recht in den Regionen, Gebieten, Städten und Rayons die Organe fehlen, die sich ihrem demokratischen Charakter nach mit dem Unionsparlament messen könnten. Mit wenigen Ausnahmen ist die Machtstruktur außerhalb des Zentrums im wesentlichen die geblieben, die sie schon vor der Perestroika war.

Infolgedessen entsteht annähernd folgende Situation: Der Löwenanteil der Macht verbleibt im Apparat der Partei, des Staates und der Technokraten, während seine tatsächliche Fähigkeit, diese Macht wahrzunehmen, bedeutend geschwächt wird. Wir beobachten einen Rückgang der elementaren Umsetzungsdisciplin, Erscheinungen von Mißwirtschaft, über die sich die Leute ärgern. Engpässe bei den einfachsten Mechanismen des Alltagslebens häufen sich. Angesichts der allgemein unbefriedigenden Wirtschaftslage verstärkt diese Destabilisierung der Macht Unzufriedenheit und soziale Spannungen.

Der einzige mögliche Ausweg aus dieser politischen Krisenlage besteht in einer radikalen Demokratisierung der Machtverhältnisse an der Peripherie, von den Unionsrepubliken bis zu den Rayons- und Dorfsowjets. Erst wenn die republikanischen und örtlichen Sowjets, was ihre Verbindungen mit den Wählern, ihre Zusammensetzung, die Motivation und politische Kultur ihrer Abgeordneten betrifft, sich dem Bundesparlament annähern, entsteht die Grundlage, die für eine Stabilisierung der Macht notwendig ist. Freilich bedeutet eine solche Stabilisierung keineswegs ideale Harmonie. Im Gegenteil. Die zunehmende Selbständigkeit der republikanischen und örtlichen Organe liefert ihren Beziehungen zum Zentrum noch mehr Konfliktstoff als früher. Entscheidend ist jedoch, daß die übergeordneten Ziele und Wertvorstellungen der demokratisch gewählten und mit der Bevölkerung verbundenen Machtinstitutionen übereinstimmen.

stimmen. Es geht hierbei um Wertvorstellungen der Perestroika und der Reformen. Auf Grundlage dieser Werte kann man selbst die schärfsten Konflikte durch einen loyalen Dialog und über Kompromisse lösen.

Letzteres bezieht sich auch auf die noch komplizierteren Beziehungen zwischen der Föderation und den Republiken. Die Demokratisierung selbst beseitigt vielerorts stärker werdende separatistische Tendenzen zwar noch nicht, erleichtert aber zumindest die aktive Suche nach einer vernünftigen Kombination nationaler und auf die Union bezogener Interessen. Heute wird diese Suche sehr erschwert durch die äußerst instabile Lage der Machtorgane in den Republiken, die sich noch auf der alten undemokratischen Grundlage formiert haben, durch ihre Angst, diese Macht zu verlieren, und den Wunsch, sich um jeden Preis zu halten, sei es, daß man die separatistischen Bewegungen gewinnen läßt, sei es, daß man sich mehr auf das Zentrum stützt.

Nur eine konsequente Demokratisierung unseres politischen Lebens von unten nach oben ist imstande, die Wirtschaftsreform tatsächlich abzusichern. Das, was sie heute am meisten behindert, ist nicht der Widerstand der Konservativen und auch nicht die schwankende Haltung der politischen Führung, obwohl es das auch gibt, sondern die wichtigste Ursache beruht meiner Ansicht nach auf der Stimmung des Volkes, auf den Widersprüchen des Massenbewußtseins. Die meisten Menschen verspüren den dringenden Wunsch nach radikalen Veränderungen im Wirtschaftssystem und haben gleichzeitig Angst vor diesen Veränderungen, Angst vor Marktwirtschaft und Konkurrenz. Sie wissen nicht, wohin das noch alles führen soll. Am meisten spekulieren mit dieser Angst die reaktionären Kräfte, sie beeinflussen die Haltung der Regierung und sogar die Evolution unseres linken Radikalismus. Einige seiner Wortführer sind inzwischen sogar bereit, demagogische und ökonomisch sinnlose Forderungen von rechts aufzugreifen, wie etwa die berüchtigte Währungsreform.

Ich glaube, daß weder theoretische Reformschemen noch ihre intensive Propaganda die Angst vor dem Markt beseitigen können. Das kann nur die unmittelbare praktische Tätigkeit der Sowjets, der demokratischen Machtorgane im Zentrum und an der Peripherie, sofern sie auf die wirkliche Lösung akuter Probleme in der Wirtschaft und im sozialen Bereich orientiert sind. Erstens, weil diese Organe sich auf das Vertrauen der Bevölkerung stützen können, welches durch die Macht des Apparats eingebüßt wurde. Dadurch gewinnen sie mehr Handlungsspielraum. Zweitens, weil die von ihnen getroffenen Entscheidungen unweigerlich nicht so sehr von irgendwelchen abstrakten Prinzipien oder geistigen Modeströmungen ausgehen, sondern aus dem praktischen Kampf um die Verbesserung der sozialökonomischen Lage. Diese Praxis, im wesentlichen eine Erfahrung der Bevölkerung selbst, wird sie zu Entscheidungen im Sinne einer Wirtschaftsreform bewegen, weil es einen anderen Weg für eine wirkliche Verbesserung der Lage nicht gibt.

Der weitere Werdegang dieser optimistischen Variante wird direkt von den beiden

Nur eine konsequente Demokratisierung unseres politischen Lebens von unten nach oben ist imstande, die Wirtschaftsreform tatsächlich abzusichern.

wichtigsten Ereignissen der nächsten Zukunft abhängen. Erstens von den Ergebnissen der Wahlen zu den Obersten Sowjets in den Republiken und zu den örtlichen Sowjets. Zweitens vom 28. Parteitag der KPdSU und davon, wie weit es während der Wahlen zum Parteitag und bei der Bildung der höchsten Parteiorgane gelingen wird, die demokratische Erneuerung in die Praxis umzusetzen, die inzwischen von Millionen von Kommunisten angestrebt wird. Sollte sich diese optimale Variante nicht verwirklichen lassen, ist eine weitere Erosion der Macht und infolgedessen eine Polarisierung der politischen Kräfte und Bewegungen in Linke und Rechte, die auf diese Macht Anspruch erheben, nicht zu vermeiden. In diesem Fall wird die Unberechenbarkeit der politischen Ereignisse drastisch erhöht, nimmt der sozialpolitische Kampf an Schärfe zu, rücken extreme und katastrophale Situationen in den Bereich des Möglichen.

Im Zeichen einer neuen Geopolitik

*Xenia Mjalo,
Pjotr Gontscharow*

Für die Ereignisse in Osteuropa, die jetzt im Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit stehen, war die sowjetische Perestroika die Initialzündung. Inzwischen aber veranlassen sie uns nach dem Gesetz der Interferenz der Wellen zu einigen unvermeidlichen Vergleichen. Während des Kongresses kam das schon zur Sprache.

Allzu bedeutend sind die geopolitischen Verschiebungen, die durch diese Veränderungen in Europa ausgelöst wurden, allzu groß sind die ideologischen sowie historischen Sedimente, die durch sie in dem geographischen Raum zwischen Prag und Peking in Bewegung geraten sind, zumal es sich hier um einen geographischen Raum handelt, in dem sich in den letzten 70 Jahren das Drama von linkssozialistischen und radikal-kommunistischen Ideen entfaltet hat, die wir heute bedenkenlos der Konkursmasse des administrativen Kommandosozialismus zuschreiben, um nicht über ihre weiteren und näherliegenden Folgen nachzudenken. Damit ergibt sich die dringende Notwendigkeit, die Situation adäquat zu bewerten, die sich in unserem Land, dem Ausgangspunkt und Epizentrum dieses ganzen Prozesses, ergibt.

Wenn wir uns nicht selbst täuschen wollen, müssen wir sehen, daß sich hier bei uns die Euphorie der ersten Perestroika-Jahre, die Atmosphäre der frühlingshaften Hoffnungen und Erwartungen, merklich gelegt hat, und zwar nicht nur aufgrund von sich schnell lebenden Ladentischen und immer gefährlicher werdenden Straßen. Selbst soziale Dickhäuter, die sich von ihren Versorgungsnoten völlig vereinnahmen lassen, müssen spüren, wie die Ereignisse in Karabach, Fergana, Tbilissi, Abchasien und Südossetien, wie die politischen Streiks in Estland und Moldawien, wie Hunderte von Ermordeten und Hunderttausende von Flüchtlingen und noch kindlich wirkende Soldaten mit Verbrennungen in den Gesichtern, wie nur Panzersoldaten des Großen Vaterländischen Krieges sie erlitten, (haben wir sie etwa deswegen aus Afghanistan abziehen lassen?) die gesellschaftliche Atmosphäre elektrisiert haben. Unsere gefährliche Gewohnheit jedoch, alle

sozialen Pathologien entweder Restbestände der Vergangenheit zuzuschreiben oder zu den unvermeidbaren Nebenkosten zu rechnen, die der Bau an der Zukunft verlangt, hat sich auch diesmal sofort wieder bemerkbar gemacht. Deshalb setzt sich auch in Anbetracht der Situation in unserem Land das Wort „Krise“ auf den Seiten unserer Zeitungen immer noch schwer durch, obwohl die Anzeichen einer Krise von einiger Größenordnung, die sich inzwischen von einer strukturellen, also mit Engpassen bei einzelnen Gliedern und Ebenen der Leitung verbundenen, zu einer globalen und nicht wieder rückgängig zu machenden Krise des Systems auswächst, nicht mehr von der Hand zu weisen sind.

Eigentlich war die Gefahr einer solchen Transformation schon zu Beginn der Perestroika gegeben, als völlig offensichtlich war, daß nur schnelle und qualitative Reformen der politischen und wirtschaftlichen Strukturen unserer Gesellschaft einen einigermaßen erschütterungsfreien, also nicht von scharfen sozialpolitischen Konflikten begleiteten Ausweg aus der Krise gewährleisten können.

Bei der Reform einer dermaßen ernsthaft erkrankten Gesellschaft wie der unseren erforderte die Frage, wie sie auf Konsens-Grundlage umgestaltet werden kann, wo die allgemein anerkannten Ziele und psychologischen Reserven liegen, und schließlich, worin ihr geistiger Inhalt besteht, der zu einem tragfähigen und integrierenden Kristallisierungspunkt des Reformprozesses werden könnte, eine sorgfältig überlegte Antwort.

Angesichts einer für alle offensichtlichen Demoralisierung und Korrumpertheit, ange- sichts von Zerfallstendenzen, die „unsere“ Gesellschaft befallen haben, war auch die Frage akut, wie sich eine staatsbürgerliche Persönlichkeit herausbilden ließe, die sich die Bürde dieses Prozesses zutraut.

Unglücklicherweise war unsere Gesellschaft, obwohl sie die Perestroika begeistert aufgenommen hatte, auf eine solche Variante nicht vorbereitet und hatte über Ziel und insbesondere über den Weg nur verschwommene Vorstellungen. Es kam eine Art naiver Rousseau-Geist auf, und man entwarf etwa folgendes Bild: Es reicht, das Joch des administrativen Kommandosystems abzuschütteln (dieser Begriff nahm, wie überhaupt viele

„allumfassende“ Begriffe, bald die Bedeutung einer Beschwörungsformel an), um einen idealen Menschen und Bürger, wobei nicht klar war, woher man den nehmen wollte, auf die Bühne des öffentlichen Lebens entlassen zu können. Das Problem schien eben nur darin zu bestehen, ihm uneingeschränkte Handlungsfreiheit einzuräumen, wobei sich das übrige dann schon finden würde. Der Konflikt zwischen Bevölkerung und Genossenschaftlern, hauptsächlich in der Schattenwirtschaft groß gewordenen „Wirtschaftsexperten“, und die Rekrutierung der Kriminellen-Armeen infolge einer originell aufgefaßten Humanisierung der Arbeit bei den Rechtsschutzorganen sind nur der sichtbarste und allen gut bekannte Teil der Ergebnisse, durch die jene neuen Experimente gekrönt wurden.

Eine weniger augenscheinliche aber sehr viel weiter verbreitete und auf längere Sicht bedeutsamere Folge dieses vereinfachten Schemas war die Vorstellung, Individuum und Volk könnten sich nur befreien, wenn sie sich völlig entstaatlichen, weil die einzige politische Macht, die im Selbstbewußtsein der meisten Menschen vorhanden war, die Macht eines gewaltigen, zentralisierten Staates, eines Leviathan, war. Dabei wurde jedoch nicht berücksichtigt, daß eine derartige Entstaatlichung nur in dem Fall positiv anschlägt, wenn sie einer Gesellschaft von Staatsbürgern und einer Persönlichkeit mit einem ausgeprägten staatsbürglichen Bewußtsein weiten Raum öffnet.

Andernfalls verkehrt sich diese Befreiung vom Über-Staat leicht in eine Entsozialisierung des Einzelnen, für den das Abreißen gewachsener politischer Bindungen, die Desintegration des Staates als solchem, durch nichts kompensiert wird. Die Desintegration ist um so tiefer, als der frühere und inzwischen demonstrierte Konsens, in dessen Namen die Völker unseres Landes einen zwar schweren aber heroischen Weg gegangen sind, nicht durch eine gleich starke neue Übereinkunft ersetzt wurde und somit ein Vakuum hinterlassen hat, das nach Auffüllung verlangt.

Deshalb wird die Idee eines für alle gemeinsamen Staates, der für alle gemeinsame Wege auslotet, auf denen er die Krise, in die er geraten ist, hinter sich lassen kann, unweigerlich zurückgedrängt durch die nationale oder ethnoterritoriale Idee, die für den Fall einer Radikalisierung des Prozesses schnell zu einer nationalistischen oder quasinationalistischen Idee werden kann.

Unter den Bedingungen einer multinationalen Union erlangen die verhältnismäßig mononationalen Territorien in dieser Idee eine neue Übereinkunft, die mit dem Grundkonsens in keinem Zusammenhang mehr steht, sondern ihm schroff widerspricht. In diesem Fall werden einzelne Völker sich unweigerlich auf absolute Selbstbestimmung verlegen, um dann irgendwann aus dem bestehenden Ganzen auszuscheren, weil die nationalistische oder quasinationalistische Idee als Werkzeug in Erscheinung tritt, mit dem sich eine wenn auch illusorische, aber dafür eigene Staatlichkeit aufbauen läßt.

Dabei wird meistens nicht berücksichtigt, daß Versuche, der Krisenzone isoliert zu entkommen, zu einer Akkumulation und weiteren Verschärfung von Krisenerscheinungen führt, besonders wenn man sich vor Augen führt, daß es bei uns so gut wie keine mononationalen Territorien gibt, mit Ausnahme von Armenien und bedingt auch Litauen. Deshalb provoziert auch jede Konsolidie-

Erosion der Übereinkunft und zum völligen Zerfall der Republik führen.

Die von mehreren Abgeordneten aufgestellte These „Rußland tritt aus der RSFSR aus“ würde auf die USA übertragen bedeuten, daß jemand den Austritt der angelsächsischen Bevölkerung aus den Vereinigten Staaten verkündet hätte. Im einen wie im anderen Fall haben wir es mit einer ethnischen Gruppe zu tun, die zum Urheber und zum integrierenden Faktor eines bestimmten Staates geworden ist. Wenn man sich nun von der Idealisierung des historischen Verhaltens einer dieser Nationen ins andere Extrem stürzt und die administrative Beseitigung eines historisch gewachsenen Ganzen betreibt, setzt man damit einen destruktiven Prozeß in Gang, bei dem die Folgen, horrende menschliche Opfer und Zerstörung eines gewachsenen volkswirtschaftlichen Ganzen, absolut vorhersehbar sind. Seine Zerstörung wird alle Völker der RSFSR endgültig an den Rand der historischen Entwicklung und des technologischen Fortschritts drängen.

Auf diesem Territorium kann außer dem russischen kein anderer Ethnos als völkerverbindende Kraft in Erscheinung treten. Nicht von ungefähr ist er, ungeachtet aller Vorwürfe, großmachtchauvinistisch zu sein, im Innern seines Herzens international eingestellt und hat keine gewichtigen nationalistischen Ideologien.

Der russische Ethnos, der keinesfalls weniger als andere erduldet hat, ist nicht nur berechtigt, sondern hat, wie jedes andere Volk auch, die Pflicht, im Namen der Zukunft seiner Kinder seine nationale und kulturelle Identität zu wahren. Gleichzeitig weiß man aber auch, daß übermäßige nationale Selbstgenügsamkeit tödlich ist, für ihn selbst und andere Völker, die dem russischen Staat seinerzeit beigetreten waren. Deshalb braucht dieser Staat eine neue Form, die erlauben würde, Nationales und Internationales zu kombinieren und den Platz dieser Völker in der Weltgemeinschaft des 21. Jahrhunderts zu definieren.

Wollte man Bilanz ziehen, ließe sich mit großer Sicherheit prognostizieren:

- Die Strukturkrise wird sich progressiv zu einer Systemkrise auswachsen.
- Das Epizentrum dieser Krise wird sich auf das Territorium der RSFSR verlagern.
- Diese Krise wird alsbald in sozialpolitischer und geopolitischer Terminologie ideologisiert.
- Die politischen Kräfte und Plattformen werden sich zunehmend polarisieren, wobei sie sich die Polarisierung der nationalen Interessen unterordnen.

- Unter dem Einfluß des Prozesses im Zentrum tritt eine umgekehrte Politisierung der nationalen Beziehungen an der Peripherie ein.

- Dieser Politisierungsprozeß wächst über die Grenzen der UdSSR hinaus und wird zu einem mächtigen Faktor der neuen geopolitischen Lage in der Welt.

Der Verlauf der politischen Prozesse wird immer mehr durch die sich vertiefende Krise und ihre Verlagerung auf das Territorium der RSFSR bestimmt

nung eines einzigen Ethnos um seine Nationalflagge unweigerlich eine gleichgeartete Gegenreaktion von Seiten der anderen.

Darüber hinaus kommt in einem bestimmten Stadium dieses Prozesses, der sich bis jetzt an der Peripherie entfaltet hat, auch das bislang so täuschend statische Zentrum in Bewegung, Rußland nämlich, das in ethnokratischen Ideologien zu einem Haßobjekt geworden ist, auf das man scheinbar endlos lange negative Emotionen abladen kann.

In diesem Stadium befinden wir uns jetzt gerade, und die Vertiefung der Krisenerscheinungen, die Krise der Einheit auf dem Territorium der RSFSR im neuen Jahr eingeschlossen, wird den allgemeinen Verlauf des politischen Prozesses in unserem Land in einem noch stärkeren Ausmaß bestimmen. Da sind die Spannungen infolge der Annahme des Gesetzes über wirtschaftliche Selbständigkeit in den drei Ostseerepubliken und des Austritts der KP Litauens aus der KPdSU. Da ist der Widerhall, den die Lage der russischsprachigen Bevölkerung in verschiedenen Unionsrepubliken findet. Da sind die Emotionen, die durch Flüchtlingsströme hervorgerufen werden, da ist der Unmut, der durch das Ausmaß geweckt wird, in dem Einheiten des Inneministeriums in Konfliktzonen eingesetzt werden, während sie selbst moralisch und physisch schutzlos sind. Das alles spricht dafür, daß wir uns der kritischen Masse nähern. Eine Explosion würde allein schon der Größenordnung der RSFSR wegen Prozessen der Entstaatlichung einen neuen Spin-off-Effekt verleihen und das Vertrauen des Volkes in die Fähigkeit der Regierung, das Land aus der Krise zu führen, nachhaltig erschüttern.

Wenn die nationale oder ethnoterritoriale Idee in anderen Unionsrepubliken zumindest für einige Zeit die Rolle einer neuen Konsensgrundlage übernehmen kann, eines Werkzeugs für den staatlichen Aufbau, so können Ideen dieser Art auf dem Territorium der RSFSR nur zu einer weiteren

Ein neues Jahr beginnt – ist das nicht ein Anlaß, neue Betrachtungen über unsere Kinder in der traditionellen Rubrik der NZ anzustellen?

Nein, alles wird das gleiche sein, und nicht allzu schwer kann man prophezeien, daß auch 1990 in aller Welt in allen Sprachen Aberhunderte von Büchern für die Eltern, daß Abertausende Artikel über die Psychologie der Erziehung erscheinen werden – und alles über das gleiche, von dem man stets schreibt und schreiben wird, da es in der Pädagogik zwei ewige Lager, zwei festgefügte Parteien, zwei entgegengesetzte Weltanschauungen gibt. Diese Teilung bedeutet mehr für die reale Welt als z. B. der unerbittliche Kampf von Materialismus und Idealismus. Was war zuerst – die Materie oder der Geist? Das ist im Grunde eine rein philosophische Frage. Doch wie man seine Kinder erziehen, sich welchem pädagogischen Lager anschließen soll – das ist eine konkrete Frage, eine Frage nicht für Philosophen, sondern für Millionen Menschen. Eine Frage, von deren Lösung das Schicksal von Menschen, von Generationen, von Völkern, ja von der Menschheit selbst abhängt, da dies letztlich die Frage nach Gewalt und Gewaltlosigkeit ist – was wird sich durchsetzen?

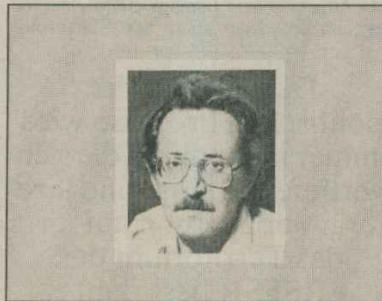
Doch alles beginnt einfach, auf der Alltagsebene, bei den kleinsten Fragen, mit denen wir jeden Tag, jede Minute konfrontiert werden.

Wir sitzen mit einem Jungen in einem elektrischen Nahverkehrszug, in meiner Haushaltstasche sind zwei Laib Brot. Er hat sich ein Stück geangelt. Na schön, denke ich, wenn es auch unschön aussieht, im Zug zu essen, werde ich ihm das nicht ein weiteres Mal sagen, halte ich mich lieber zurück, um den Abend nicht zu verderben. Doch der Junge langt ein weiteres Mal in die Tasche, bricht sich jetzt etwas auch vom zweiten Brot ab. Da halte ich es nicht mehr aus, werde wütend und fauche ihn an: „Was ist denn das? Du bist doch schon bald zwölf, kannst du dich nicht benehmen?“

„Ich wollte nur einmal probieren, welches Brot besser schmeckt“, sagt der Junge, der meine Wut absolut nicht verstehen kann.

Ich schäme mich. Jedesmal die gleiche Geschichte. Und auch im neuen Jahr wird es Hunderte solcher Geschichten geben, daß weiß ich schon jetzt. Und wie viele Familien es vor mir gab – stets das gleiche. Als hänge ein Fluch über mir und anderen mir bekannten Eltern: Die Kinder sind klüger, lebendiger als wir, sie erforschen das Leben, entwickeln Phantasie, sie haben spontane Ideen, sie müssen wissen, welches von zwei gleichen Broten besser schmeckt... Wir aber spielen uns als Zensor auf, als böse Zöllner an der Grenze des Landes der Kindheit, wir können nur in Verboten denken.

Das wichtigste elterliche Wort ist „nein“.



Welches Brot schmeckt besser?

In unserer Post finden sich ständig Leserbriefe, deren Verfasser als eigentlichen Grund für den schlimmen Zustand der heutigen Jugend, für die zunehmende Kriminalität die Tatsache ansehen, daß sie nicht streng genug angefaßt wird. Zu selten haben wir Kindern und Jugendlichen „nein“ gesagt, was zu ihrer Verwahrlosung geführt habe, meinen diese Briefschreiber.

Da ist er, der alte, ewige Streit: Erziehung durch „Ja“ oder Erziehung durch „Nein“? Erziehung durch Unterstützung, Billigung, Akzeptanz und Toleranz oder Erziehung durch Strenge, Kontrolle und Bestrafung?

Langjähriger Tradition zufolge gilt Erziehung durch Güte als etwas Neues (offenbar verglichen mit der biblischen Sicht der Erziehung), eine strenge, strafende Erziehung aber als das Alte, Natürliche. Einer Untersuchung in den USA zufolge bekannte sich mehr als die Hälfte der Eltern zur alten Erziehung und weniger als die Hälfte zur neuen Erziehung. Doch folgendes ist interessant: Die Ziele der einen wie der anderen sind etwa die gleichen. Die Ergebnisse der Erziehung aber hängen eindeutig nicht von den Zielen, sondern von den Mitteln ab.

Wie die Situation bei uns aussieht, wissen wir nicht. Außerdem haben die verschiedenen Völker unseres Landes unterschiedliche Traditionen. Doch ich weiß aus eigener Erfahrung, daß, wenn man einen Artikel mit dem Aufruf, den Kindern Güte entgegenzubringen, schreibt, sich dann in der Hälfte der Leserbriefe Worte finden „Genau! Ich denke auch so! Dankel“, die andere Hälfte aber mir vorwirft, die junge Generation zugrunde richten zu wollen. Der Übergang von der alten zur neuen Erziehung erfolgt überaus schwer, und bisweilen kommen einem Zweifel, ob er für

den einzelnen überhaupt zu bewältigen ist? Man könnte meinen, leichter sei es für ihn, zu einem anderen Glauben zu konvertieren als die eigenen pädagogischen Ansichten zumindest etwas zu korrigieren. Nun bereits ein Jahrhundert oder mehr propagiert die gesamte pädagogische Literatur eine positive Erziehung; besonders bestehen die Psychologen und Soziologen darauf, die repräsentative Untersuchungen der Ergebnisse der Erziehung durchgeführt haben; sie finden immer neue Argumente für die neue Erziehung – doch fast alle sind nicht sonderlich erfolgreich.

Doch schaut man sich das Ganze einmal näher an, dann zeigt sich, daß es nicht darum geht, was man erlauben und was verbieten soll, nicht um Disziplin und Gehorsam, nicht um Nachlässigkeit und Ungestrafeitheit, sondern um etwas ganz anderes: um eine reiche, inhaltsvolle oder eine leere, arme, amoralische Erziehung. Das faßte der polnische Pädagoge Janusz Korczak treffend in folgende Worte: „Wenn du Aufseher sein willst, brauchst du nichts zu tun... Für die äußere Ordnung, für äußerlich gute Manieren, für zur Schau gestellte Dressur sind nur eine feste Hand und zahlreiche Verbote nötig... Je ärmlicher das geistige Niveau, je dürfteiger das moralische Antlitz ist, desto mehr sorgt man sich um die eigene Ruhe und Bequemlichkeit, desto mehr Verbote und Anordnungen, diktiert von der angeblichen Sorge um das Kind, gibt es.“

Damit wird man auf Schritt und Tritt konfrontiert. Dem Pädagogen ist stets alles klar: Er weiß genau, was den Kindern nicht erlaubt werden darf – und wer weiß das nicht? Er kann absolut nicht begreifen, was man von ihm will, warum man anderer Meinung ist als er, sagt er denn nicht das Offensichtliche? Darf man denn den Kindern erlauben, alles zu tun, was sie wollen?

Solchen Leuten kann man nicht klarmachen, daß wenn die Beziehungen zu den Kindern stärker durchgestiftet werden, wenn die Kinder in den Eltern das Streben nach Wahrheit, nach dem Positiven spüren, Probleme der Disziplin, von Strafen und Straflosigkeit tatsächlich zweitrangig werden.

Und dann kann man, auch wenn einem etwas nicht gefallen hat wie bei dem Jungen mit dem Brot, nach einem kurzen Augenblick alles vergessen, herrscht wieder Eintracht, kann man über etwas Interessantes, Ernsthaftes sprechen.

... Das neue Jahr! Schön wäre es, wenn sich die Menschen zu dem neuen pädagogischen Glauben, wenn sie sich zu der neuen Erziehung bekennen werden – und sie werden sehen, wie leicht sie es dann mit den Kindern haben werden.

Simon Solowejtschik

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“:

Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „Neue Zeit“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die „Neue Zeit“ erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.)

- Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
- Association Belge – URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Ile, B-1070, Bruxelles

BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND (58 DM)

- VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H.
Xantener Str. 7
Postfach 10 15 55
4040 Neuss 13
- Lange & Springer GmbH & Co. KG
Postfach 10 16 10
5000 Köln 1
- Kubon und Sagner GmbH
Postfach 34 01 08
8000 München 34

DÄNEMARK (150 dkr.)

- „Sputnik“ International
Vester Voldgade 11
1552 Copenhagen K
- „Akademisk Boghandel“
Universitetsparken, 8000 Aarhus C

DDR – alle Postämter

HOLLAND (52 hfl.)

- Pegasus Boekhandel
Leidsestraat 25
1017NT Amsterdam
- Swets Subscription Service
347b, Heerweg
Lisse-Holland

JÜGOSLAWIEN

- „Jugoslovenska kniga“,
11 000 Beograd, Trg. Republike,
POB 36
- Prosveta Export-Import Agency,
11 001 Beograd, Terazije 16/1.
- „Mladost“,
Export-Import
41 000 Zagreb, Ilica, 30

- „Drzavna Zalozba Slovenije“,
Export-Import, 61 001 Ljubljana,
Titova 25. P. O. B. 50-1.
- „Veselin Maslesa“ OOUR Jzvoz-Uvoz
Ulica Jna 42
71 000 Sarajevo, SFRY
- Knigoizdatelstvo
Makedonska Kniga
Otdelenje za Stranska literatura
Ulica Tiranska b.b.
91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

- Messageries Paul Kraus, Case Postale
2022,
5, rue de Hollerich
Luxemburg-Gare

NORWEGEN (130 nkr.)

- „Narvesens“ Info Center
P. O. Box 6125
Etterstad, Oslo

ÖSTERREICH (240 ÖS)

- „Globus“-Vertrieb ausländischer
Zeitschriften, Höchstädtplatz 3,
A-1206 Wien.
- „Das Internationale Buch“.
Trattnerhof 1,
A-1010 Wien 1

POLEN – Niederlassungen, Postämter
und internationale Presse-
und Bücherclubs

SCHWEIZ (40 SF)

- Cobram, CP 117
CH 1211 Geneve 1MB.
- Pinkus Genossenschaft
Froschaustrasse 7
8025 Zürich 1

TSCHECHOSLOWAKEI

- PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
- PNS-UED Gottwaldovo nam. 6.
Bratislava

UNGARN – alle Postämter

USA (23.00 Dollar)

- Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn
Drive Rockville, Md. 20852

BERLIN (WEST) (58 DM)

- „das europäische buch“
Thielallee 34,
1000 Berlin 33 West.
- Buchhandlung Elwert & Meurer,
Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der oben angeführten Firmen einsenden.

Herrn / Frau / Fr. / Fa. / Buchhdlg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis: Datum:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre

Bitte Entsprechendes ankreuzen

Datum:

Unterschrift:



Nachdem uns Solzhenizyn und Orwell zugänglich geworden sind, bewältigt unsere Gesellschaft die Tragödie ihres verhafteten Bewußtseins

Von einem Alpdruck befreit

Alexander Pumpjanski

Geistesfreiheit ohne Einheit der Zivilisation ist nicht möglich. Beide Begriffe sind nicht voneinander zu trennen. Die geistige Freiheit stirbt an nationalen, sozialen und anderen Grenzen. Eine geeinte Zivilisation hat ein Verständnis dafür, daß es keine Propheten im fremden Land gibt. Wahrheiten, auch wenn sie am anderen Ende der Welt durchlitten und erkannt sind, werden von allen gebraucht.

In meinem letzten Beitrag* schrieb ich, daß die Veröffentlichung von „Archipel GULAG“ im vergangenen Jahr der Höhepunkt bei der Überwindung einer mundtot gemachten Literatur war. Schicksal und Persönlichkeit des Autors gaben dieser Tatsache ihre besondere dramatische Note. Ein ebensolcher Höhepunkt war auch die Veröffentlichung von George Orwells „1984“.

In der Literaturzeitschrift „Nowy Mir“ sind beide Bücher auf Russisch erschienen, in einem Fall, als wäre nichts gewesen, im anderen nach schwerem Ringen. In beiden Fällen jedoch ohne überflüssigen Lärm. Das gehört heute dazu, denn unsere beste Literaturzeitschrift hat ihre Mission klar erkannt. Mit bewundernswertem Würde und Gelassenheit macht sie uns mit Namen und Begriffen bekannt, ohne die geistige Entwicklung undenkbar ist. Eine Gesellschaft, die auf ihrem historischen Weg viele eigene Werte verschleudert und sich von den Werten anderer abgewandt hat, braucht eine solche Kulturrägerschaft besonders dringend.

Was unterhöhlt

die „subversive“ Literatur?

Es ist interessant, die Metamorphose unserer Einstellung diesem Schriftsteller gegenüber zu verfolgen, der mit seinen Antitopen und Mahnromanen zum Thema eines dämonischen (ganz im Sinne des Bibelwortes von den Dämonen, die zu Schweinen wurden), eines Arbeitslager-Sozialismus klassische Werke geschaffen hat.

Wie immer ist die natürlichste und am wenigsten verfälschte die erste Reaktion. Der Autor von „Die Farm der Tiere“ und „1984“ ist ein widerlicher Verleumder und Denunziant! Verbieten! An unserer viele Tausende von Kilometern langen Grenze gab es kein scheußlicheres Untier als diese beiden Bücher. Sie wurden geheimen Anleitungen von Diversionsszentren gleichgesetzt. Die Umformung von literarischen Pamphleten in subversive Literatur ist nur auf der Ebene von geistiger Prostitution möglich, denn die Reaktion selbst entspringt dem Wiedererkennen. Worüber hätte man sich sonst so aufzuregen?

Geistige Prostitution ist ein hochinteressantes Phänomen, das besondere Aufmerksamkeit und eingehendes Studium lohnt. Zunächst einmal muß sie absolut unabhängig sein, von der Realität, versteht sich. Was auch immer in Wirklichkeit, in der erlebten Realität, geschieht: Das Bewußtsein des Soldschreibers muß sich davon frei machen können, was es mit eigenen Augen sieht und mit eigenen Ohren hört.

Zweitens muß sie vollkommen loyal sein. Und zwar nicht einfach nur loyal, sondern in ihrem Verhältnis zum

Regenten und Gesetzgeber von einer aggressiven Loyalität und ehrlich überzeugt von der ewigen, weitestgehenden und weltweiten Richtigkeit des offiziellen Standpunkts, natürlich nur solange, wie er nicht geändert wird. Entsprechend intolerant hat sie sich jedem anderen Standpunkt gegenüber zu verhalten.

Die Unzahl niederer Wahrheiten gibt es nicht, es gibt nur die von oben offenbarten Wahrheiten, wobei der sich prostituiere Journalist Herold dieser einzigen Wahrheiten ist, die er auf Märkten und Plätzen vor der lauschenden, von Wachposten umstandenen Menge zu verkünden hat. Alles, was diesen höchsten Wahrheiten widerspricht, ist Lüge, Verleumdung, staatsfeindliche Propaganda, Ausgeburt eines feindlichen Hirns, subversive Tätigkeit des ideologischen Gegners, für den es keine Gnade geben kann. Überall ist der Wachposten ein notwendiges Element dieser Landschaft.

Geistige Prostitution ist eine Ableitung des sozialen Auftrags. Das Ausmaß, in dem die offiziell geforderte Wahrheit und der gesunde Menschenverstand auseinanderklaffen, ist ganz verschieden. In den schlimmsten Epochen betrug es 180 Grad. Mit um so größerer Überzeugtheit mußte der sich feilbietende Schreiber den Obrigkeitsstandpunkt erhärten und seine Richtigkeit mit pathetischem Stimmufwand und rigoroser Entlarvung jedes Andersdenkenden unter Beweis stellen. Dem Nutznießer der geistigen Prostitution wiederum oblag die Gewährleistung von Umständen, unter denen jedes abweichende Denken verdächtig und abschreckend aussah, wie eine moralische Verirrung etwa, eine psychische Deformation oder am besten gleich wie ein Staatsverbrechen.

Molotow wurde mitgeteilt, daß seine Frau ein Volksfeind sei. Er mußte bis an sein Lebensende mit dieser Wahrheit leben, sie als seine eigene akzeptieren und durfte mit keinem Atemzug verraten, daß er mit ihr etwa nicht einverstanden war. Wenn das Schicksal selbst der Diener dieses Staates so aussah, was soll man dann erst von seinen Untertanen sagen!

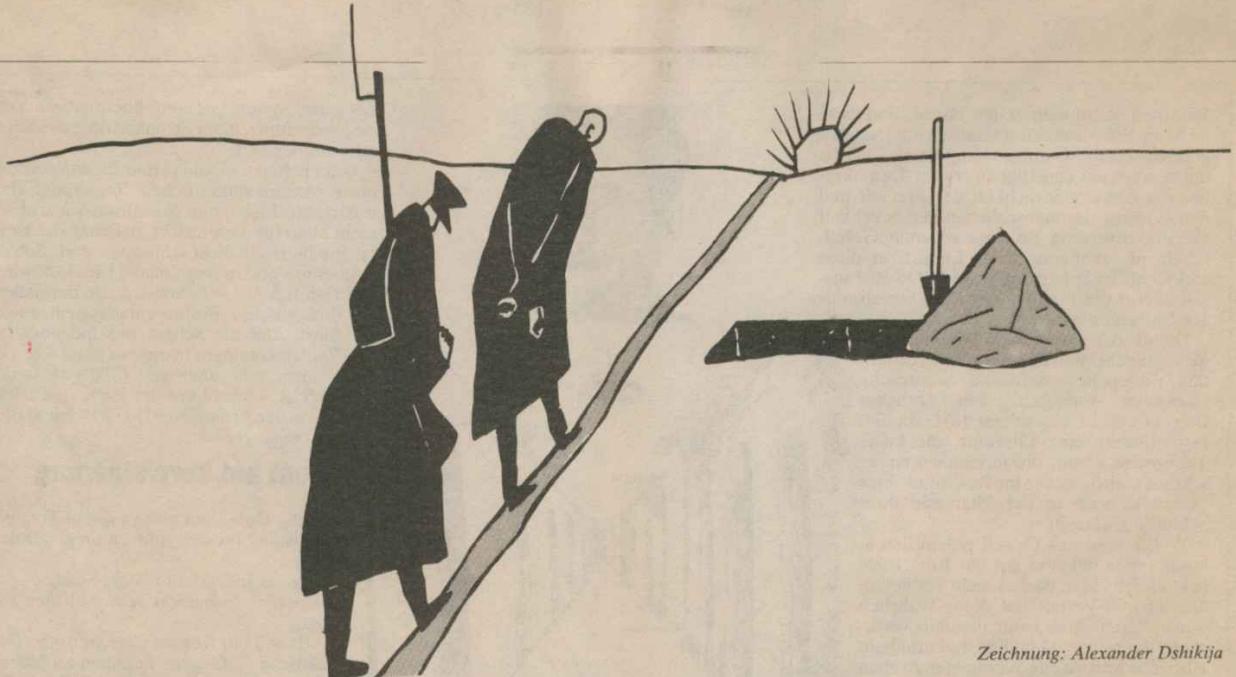
In einem afrikanischen Staat erweist sich dessen Oberhaupt als Kannibale. Das zu erwähnen, gilt als unfein. Es könnten den jungen Nationalstaat verärgern und einen Schatten auf den Entkolonialisierungsprozeß werfen. Also schweigt unsere ganze Presse wie ein Mann.

In anderen Ländern, die uns schon näher sind, können offen monarchistische Regimes mit absoluter Macht und Thronvererbung installiert werden. Wenn es soweit ist, werden die Despoten angeprangert. Bis dahin jedoch herrscht einvernehmliche Pietät. Sonst könnten die „brüderlichen Beziehungen“ Schaden nehmen.

Ideal wäre es, für jede Wahrheit einen eigenen Künster zu haben und, wenn man die Wahrheit wechselt, auch die Person auszutauschen. Die geistige Prostitution ist jedoch deshalb so tauglich, weil sie bereit ist, die Wahrheit ohne rot zu werden und ohne den leisen Anflug von Zweifel zu wechseln. Sie wird zu denen gehören, die den Wechsel als erste rechtfertigen. Einwände wie „Gestern habt ihr doch noch gesagt...“ weist sie als viel zu naiv zurück, weil sie der niederen Sphäre des gesunden Menschenverstands angehören und sich deshalb für die höhere Politik nicht eignen. Sie weiß die höhere Vernunft hinter sich, die unvergleich-

Eine erstaunliche Tatsache: Gestern noch waren bestimmte Namen, Ideen und Bücher für uns tabu. Kaum sind sie an die Öffentlichkeit gelangt, scheint es uns, als seien sie immer mit uns gewesen. Wir können uns überhaupt nicht vorstellen, wie wir ohne sie auskommen konnten. Damit wäre wieder einmal bewiesen, daß Geistesfreiheit ein natürlicher Zustand ist. Unnatürlich dagegen sind Reglementierungen und ein starrer, auf die Wand gerichteter Blick.

* „Im Schlaf oder bei wachem Bewußtsein?“
NZ 52/1989



Zeichnung: Alexander Dshikija

liche Kunst der dialektischen Vivisektion, die geeignet ist, mit dem geschriebenen Wort wie mit der Axt, jede Einheit in ihre Polaritäten zu zerlegen und das Innere jeder Erscheinung wie eine Socke nach außen zu kehren. Für den Extremfall hat man immer noch eine versöhnliche Antwort parat: „Zum gegebenen Zeitpunkt war das richtig.“ Also mußte das, was gestern noch als schwarz bezeichnet wurde, obwohl heute für alle offensichtlich ist, daß es weiß war, gestern auch als schwarz bezeichnet werden. Das unnachahmliche und unwiderlegbare Argument „Zum gegebenen Zeitpunkt war das richtig“ garantiert dem Adepten dieses Gewerbes Behaglichkeit in jeder Lebenslage seiner Generation und entbindet ihn bei neuen Umdrehungen des Rades der Geschichte seiner Pflicht, zu bereuen und sich zu entschuldigen.

Festung nach innen

Gestern war Orwell ein vermaledeiter Schmutzfink.

Zwischen gestern und heute gab es eine gewisse Grauzone, eine Abend- oder Morgendämmerung, in der plötzlich Zwischenfälle durchdrangen. Der gesunde Menschenverstand erwachte. Warum sollte man Orwells Werk eigentlich auf sich selbst, auf uns Heutige beziehen? Vieles haben wir schon in unserer stalinistischen Vergangenheit hinter uns gebracht. Anderes haben wir noch nicht erreicht, wie etwa die Vercomputarisierung der totalen Erfassung. Warum sollte man also, was in der Absicht des Autors eine universale Antiutopie war, eine Mahnung an die Welt und ihr Jahrhundert, nur auf die Unbillen des Lebens auf einem Sechstel des Festlandsockels anwenden?

Die geistige Prostitution wurde nun von geistiger Raffinesse abgelöst. Sie interpretierte Orwell als Extrapolation einzelner Züge der westlichen Gesellschaft, fand sogar Gemeinsamkeiten mit einigen Dingen, die auf sozialistischem Boden stattfanden, etwa

in Polen, aber wieder nur als eine Erscheinung wenn nicht zufälligen, dann zumindest eindeutig ungesetzlichen Charakters wie die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ (als sie noch für ungesetzlich angesehen wurde), so daß sich herausstellt, daß Orwell auch vor einer Entfernung gewerkschaftlicher Leidenschaften gewarnt hatte.

Das raffinierte Bewußtsein ist auf seine Art sehr mutig. Es opfert der Sache von heute die Anerkennung von morgen. Es weiß genau um die Beschränktheit seiner Entdeckung, um seine durchtriebene Kompromißhaftigkeit, es weiß, daß früher oder später jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird. Ihm kommt es aber darauf an, einen Durchbruch aus der Sackgasse von heute zu erzielen.

Das raffinierte Bewußtsein hat ein gutes Werk vollbracht: Es entriß Orwell der Tabuzone und wusch ihn von, wenn Sie so wollen, gerichtlichen Anklagen der Vergangenheit rein. Durch seine Argumentation hat es die Denktätigkeit des Lesers angeregt, denn dieser ist nicht verpflichtet, dort hinzumachen, wo die Kritik stehengeblieben ist, sondern er kann weitergehen, unter anderem auch in einer anderen Richtung, getrieben durch die Energie der Verweigerung. Es hat den Autor rehabilitiert. Von einem politischen Verbrecher und Diversanten wurde er zu einem schlicht andersartigen Schriftsteller, der in gewisser Hinsicht sogar akzeptiert werden kann, und zwar insofern er die Zustände bei sich kritisiert hat, die für uns andersartig sind und dadurch gewissermaßen noch fremder wurden.

Das war ein nicht zu unterschätzender Schritt. Der wichtigste Schritt aber, Orwell selbst und nicht seine Interpretatoren zu drücken, stand noch bevor. Eine dermaßen simple Maßnahme ist solange vollkommen unmöglich, wie unsere Gesellschaft eine belagerte Festung darstellt, mit Wehrtürmen, die nach innen gerichtet sind, und sie sich nicht zu dem Verständnis vorarbeitet, daß man sich nicht von der Wahrheit abwenden darf, wie unangenehm sie auch immer sein mag, daß gefährliche Fragen nicht dann, wenn man sie stellt, gefährlich sind, sondern wenn man ihnen ausweicht.

Schüchterne Schüler in der Geschichtsklasse

Die von Orwell entworfene Antiutopie hat tatsächlich einen direkten Bezug zu uns, zu unserer Geschichte und unserer gesellschaftlichen Praxis. Deshalb müssen wir sie erst recht kennen.

Wir müssen uns ein für allemal Klarheit darüber verschaffen, was antisowjetische Propaganda und was antisozialistische Wirklichkeit ist. Ist zum Beispiel die Wahrheit über das Jahr 1937 zum ersten oder zum zweiten zu zählen? Was muß man eigentlich bekämpfen?

Inzwischen haben wir uns zum Glück von der Überzeugung gelöst, daß der ganze Goldvorrat der historischen Wahrheit in unseren Schatzkammern verwahrt wird, daß alles, was bei uns gemacht wurde und gemacht wird, vollkommen und einzig richtig sei. Eine ehrliche und kritische Analyse von anderer Seite kann uns nicht erniedrigen, sie kann uns helfen. Nur ein defizitäres Bewußtsein wird eine ernsthafte Warnung deswegen in den Wind schlagen, weil sie zu schreckliche Aussichten eröffnet.

In der Geschichtsklasse waren wir zu schüchterne und zu einfältige Schüler. Historisches Aufbauwerk und Vielgestaltigkeit der Welt reduzierten wir auf einen Dualismus mit diabolischen Elementen: Kapitalismus—Sozialismus, was für uns gleichbedeutend war mit Gut und Böse, Reaktion und Fortschritt, Finsternis und Licht. Selbst wenn man sich auf den Bereich der Wirtschaft beschränkt, ist dieses Schema unauglich. Es sagt erst recht nichts aus über die politische Herrschaftsform und das soziale Klima.

Völlig verschiedene Länder sind gleichzeitig zu ungeheuerlichen totalitären Diktaturen entartet. Das heißt, es geht gar nicht um Kapitalismus oder Sozialismus. Beide sind nur zwei Achsen desselben Koordinatenkreuzes. Wenn man das Wesen einer Gesellschaftsform begreifen will, muß man sich an die Koordinaten Demokratie und Totalitarismus halten.

Die Verstaatlichung des Wirtschaftslebens und das Machtmonopol können den Nährböden für eine Despotie abgeben. Diese traurige

Wahrheit sollte man gelten lassen, und zwar nicht um Sozialismus automatisch mit Diktatur gleichzusetzen. Ganz im Gegenteil. Das ist notwendig, um den Eigenwert der Demokratie, die Unveräußerlichkeit der Freiheit und den Vorrang der menschlichen Persönlichkeit als Voraussetzung für eine gesunde Gesellschaft zu erkennen. Jeder Eingriff in diese zerbrechliche Sphäre muß einen SOS-Ruf auslösen. Nur die Freiheit kann den Sozialismus vor Entartung schützen.

Damit der Same des Totalitarismus nicht aufgeht, sind demokratische Garantien, doppelte, dreifache, zehnfache Garantien vonnöten. Ein ehrliches Bewußtsein ist die allererste Garantie. Insbesondere eine Literatur, die keine Tabuzonen kennt, die nirgendwo eingeschränkt wird, weder im Realismus ihres Materials noch in der Phantasie ihrer Schlußfolgerungen.

Wollte man mit Orwell polemieren, könnte man genauso gut das Rote Buch bekämpfen. Man darf es nicht verbieten. Das Orwell-Verbot hat diese Wahrheit nur bestätigt. Man kann allenfalls versuchen, ihn seiner Aktualität zu berauben. Übrigens werden alle Warnungen zu eben diesem Zweck ausgesprochen.

Wechselseitige Lauern auf die Idee

Das ehrliche Bewußtsein fürchtet nichts und zieht alles in Zweifel. Ist Stalin der Lenin von heute oder der Anti-Lenin? Ist Lenin der Marx von heute oder der Anti-Marx? Auseinandersetzungen dieser Art sind so natürlich wie unausgereift. Durch sie scheint immer noch sehr der Auftrag hindurch, die Vorstellung von einem Menschen oder einer Idee zu retten, selbst um den Preis des Sturzes. (Die Idee zu retten um den Preis des Sturzes einer Persönlichkeit, oder eine Persönlichkeit zu retten um den Preis einer anderen). Ein trefflicher Publizist fand heraus, daß Stalin der Anti-Anti-Dühring war...

Hingegen sollte nicht die Unbeflecktheit der Idee oder eines Namens als solche uns beschäftigen. Dann kommt man nämlich so weit, daß man sich nicht vor Christus, sondern vor dem Leib Christi, nicht vor Lenin, sondern vor seinem Mausoleum verneigt. Das freie Bewußtsein beunruhigt in erster Linie die historische Ausprägung der Idee, ihre wirkliche Verkörperung, die Wechselseitigkeit des Lebens also, die ihr auflauern. Bis zu welchem Grad ist die Pervertierung einer Idee, um so mehr in ihrer schrecklichen stalinistischen Praxis, schon in der Idee selbst angelegt, in ihren Schwachstellen oder in ihrer Kraft, in ihren immanenten Bewegungen? Die Aufgabe lautet nicht, die Idee zu rühmen, indem man sie im Nachhinein gegen eine mißlungene Geschichte in Schutz nimmt. Die Aufgabe besteht darin, aufgrund einer nüchternen Analyse Garantien für die Zukunft zu entwerfen.

Panisches Geschrei: „Verleumdung!“, „Anschlag!“ beleidigen nicht nur das Ohr, sie stopfen Mäuler und schneiden Gedanken ab. Wir brauchen gerade böse Omen, Warnungen vor Gefahr, die rechtzeitig erfolgen, solange die Legende noch nicht zum Tschernobyl geworden ist.

„Ärzte warnen: Rauchen von Thymian ist schädlich!“ Das wäre doch ein Motto für unsere offiziellen Foren, oder? Es gibt sehr ernst zu nehmende taktische und politische Argumente für die Verbindung der führenden Positionen in Partei und Parlament. Dabei sollte sofort die



George Orwell. Illustration zu „1984“ von Eugen Michaelescu aus „Time“

Warnung davor erfolgen, daß eine solche Kombination im Prinzip eine Überkonzentration von Macht nach sich ziehen kann.

Die Ergebnisse von ärztlichen Gutachten darf man nicht vor sich selbst geheimhalten. Man muß sie kennen, um rechtzeitig notwendige Maßnahmen ergreifen zu können. Verfügt der Sozialismus über eine positive Totalitarismus-Analyse? Das heißt, wir brauchen eine sorgfältig durchdachte soziale Prophylaxe, eingebaute Garantien.

Der Kapitalismus weiß übrigens, daß er beispielsweise Monopolismus nach sich zieht. Deshalb gibt es dort eine Kartellgesetzgebung, die den Verbraucher vor Monopolisten, den Markt vor dem Monopoldiktat und



Die Frau des „Unionsältesten“ Kalinin, Jekaterina Iwanowna, war jahrelang nach Sibirien verbannt worden

das ganze System vor einer übermäßigen Verschaffung, einer Sozialisierung des Kapitalismus bewahrt.

Oder nehmen wir die vernünftigen Paradoxa einer sozialdemokratischen Regierung. Ihre doktrinäre Liebe zum Sozialismus macht sie nicht blind für die Einsicht, daß man das kapitalistische Huhn nicht schlachten darf. Sobald es aber nur noch unregelmäßig Eier legt, wird, wie zum Beispiel in Schweden, ein dermaßen drakonisches Besteuerungssystem eingeführt, daß die Schere des individuellen Realeinkommens in diesem Land sehr viel weniger weit auseinanderklafft als in der UdSSR, obwohl uns der Hang zu Gleichheit in der Armut längst in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Recht auf Verweigerung

Welche Garantien gibt es gegen Totalitarismus und für wen müssen sie gewährleistet sein?

Für das Individuum. Vom Staat.

Koestler formuliert sein Anliegen wie folgt:

„Es soll ein Roman über vier oder fünf politische Gefangene in einem totalitären Land werden. Als zum Tode Verurteilte haben sie die Grenze der gewöhnlichen und tragischen Seinselben hinter sich gelassen und lassen vor ihrem Ende noch einmal ihre Vergangenheit an sich vorüberziehen. Sie sehen, daß sie wirklich schuldig sind, allerdings nicht der Verbrechen, für die man sie verurteilt hat. Ihre eigentliche Schuld besteht darin, daß sie die Interessen der Menschheit über die des einzelnen Menschen gestellt, daß sie der Zweckmäßigkeit die Moral und dem Ziel die Mittel geopfert haben.“

Die Interessen der Menschheit, des Staates, der Partei, einer Organisation, einer Kaste, einer Sekte oder Loge nicht über die des einzelnen Menschen stellen. Was im Augenblick einer drohenden Katastrophe unvermeidlich sein kann, wobei Selbstauftreibung immer noch annehmbarer ist als die Opferung von anderen, hat unter normalen gewöhnlichen Umständen keine Berechtigung. Die Moral der Kriege und Revolutionen stellt in Friedenszeiten eine Gefahr dar. Das Recht, über fremde Menschenleben und Menschenrechte zu verfügen, ist die Grundlage jeder Diktatur. Demokratie und das Recht auf Gewalt sind unvereinbar.

Als Garantie gegen Totalitarismus würde ich das Recht auf Verweigerung bezeichnen.

Es ist das Recht darauf, den eigenen Vater nicht zu denunzieren. Das Recht, als Einzelbauer nicht enteignet zu werden. Das Recht, nicht mit Pauken und Trompeten zu marschieren und nicht „Von Moskau bis Peking“ zu singen, das Recht, bei Versammlungen nicht nach chinesischer Manier Rechenschaft abzulegen, kein „Leuchtfieber“ zu sein, nicht für den einzigen Kandidaten eines monolithischen Blocks zu stimmen, das Recht, die Flüsse nicht umzuleiten, sich die Natur nicht zu unterwerfen (sonst vielleicht sogar geduldig zu warten, bis sie uns Almosen spendet), das Recht, Amerika nicht zu überholen, das Recht, den moralischen Verhaltenskodex eines jungen Erbauers des Kommunismus oder einer

sozialistischen Musterstadt für Nichtraucher nicht zu teilen. Das Recht, die BAM nicht für das „Bauwerk des Jahrhunderts“ zu halten, das Recht, über die Fortschriftlichkeit von Atomkraftwerken nicht zu jubeln, über die literarischen Kapazitäten eines ersten Sekretärs des Schriftstellerverbands und selbst des ZK der KPdSU nicht in Ekstase zu geraten. Das Recht, „begrenzten Kontingenzen“ und militärischen (bis zu Panzern) „Aktionen des Internationalismus“ keinen Beifall zu zollen.

Und dabei kein Volksfeind, Dissident oder Klapsmühlen-Kandidat zu sein.

Mangelnde Euphorie aus Anlaß der letzten offiziellen Parole ist noch kein Grund für die Aberkennung der bürgerlichen Rechte.

Dabei sind das nur minimale Garantien vor Willkür. Das Recht auf Privatleben, das gegen Übergriffe geschützt ist, ist noch keine Demokratie, aber eine Voraussetzung für sie. Freilich beginnt Demokratie erst mit dem Recht auf Teilnahme. Je weiter das Teilnahme-Spektrum, je freier die Wahl, desto verwirklichter und vollwertiger ist die Demokratie. Zugrunde liegen muß dem aber die Gleichheit des Bürgers vor dem Staat, die Gleichheit des privaten vor dem allgemeinen Interesse, die Gleichheit der Menschen vor der Menschheit. Denn auf Ungleichheit und Unterordnung läßt sich nichts Gerechtes und Humanes erbauen. Jede hochfahrende Idee entartet zu einer Erniedrigung des einzelnen Menschen.

Das Recht auf Verweigerung ist noch lange kein Aufruf zur Verweigerung. Es ist eine Schutzmaßnahme gegen eine oktroyierte Teilnahme an einer Sache, die von anderen für andere beschlossen worden ist.

Wir finden heute Gefallen an dem Wort „schicksalsträchtig“. In der Geschichte unserer Wirklichkeit gab es schicksalsträchtige Ereignisse. Warum aber waren Ausländer die besten Chronisten unserer schicksalsträchtigen Momente? Der 30jährige John Reed hat über unsere Revolution geschrieben wie kein einziger russischer oder sowjetischer Journalist. Arthur Koestler hat den Amoklauf der stalinistischen Reaktion, den Triumph einer Diktatur von der Natur gemalt. Bis heute gibt es weder in Parteidokumenten, in Geschichtsbüchern noch in den literarischen und publizistischen Enthüllungen der letzten Zeit, vor deren Mut wir solche Angst haben, so präzise Einschätzungen des Stalin-Regimes, der Komintern, der alten Garde, die umgedreht wurde...

Das Rätsel des Jahrhunderts

Das Rätsel des Jahrhunderts ist die Frage, warum die alte Garde von Revolutionären sich 1937 und in anderen Jahren so unerklärlich verhalten hat, sich widerspruchslös vor den Menschen und vor der Geschichte verurteilt und sich unsinniger Verbrechen für schuldig erkannt hat. Arthur Koestler und Alexander Solzhenizyn helfen, die Antwort zu finden.

Sicher, da waren die Foltern, die unerträglichen Schmerzen, die extreme Erschöpfung und vor allem der moralische und psychologische Terror, die Angst um Verwandte und Angehörige, der hoffnungslose aber verständliche Wunsch, sie vor dem eigenen Los zu bewahren. Die Selbstbeschuldigung war unter diesen Bedingungen so viel wie eine Selbstopferung. Trotzdem, was gehörte dazu, daß erprobte und gestählte Kämpfer, die durch zaristische Gefängnisse und Verbannung gegangen waren, sich so verhielten? Nur daß zaristische Gefängnisse und Verbannung gegenüber vergleichbaren Örtlichkeiten unter Stalin wie Erholungsorte wirkten. Das zum einen. Zum anderen wurden nicht junge Revo-



Zwei Künstler, die frei geblieben sind: Wladimir Wysszki und Michail Schemjakin

lutionäre, die von einem großen Traum besessen waren, unmenschlichen geistigen und körperlichen Qualen unterworfen, sondern ältere Menschen, die sich im Labyrinth der Machtingen verlaufen hatten, demoralisierte Menschen, die erkannt hatten, daß die Idee ihres Lebens eine Niederlage erlitt. Die Tatsache, daß sie nach allen ihren Hoffnungen, Erfolgen und Einsichten sich nun in der Situation hilfloser Opfer wiederfanden, denen nichts anderes mehr übrigblieb, als auf die Gnade des Henkers zu hoffen, bewies ihnen, wie absolut diese Niederlage war. Henker und Opfer. Heute sind für uns die prinzipiellen Verschiedenheiten ihrer Ansichten wie übrigens auch die Übereinstimmungen von Bedeutung, um zu begreifen, ob die Ideen möglicherweise andere Verkörperungen hätten hervorbringen können. Hier fand kein Kampf zwischen Rittern des Lichts und dem Fürst der Dunkelheit statt, denn Stalin war einer von ihnen, und was immer wir heute denken mögen, sie haben es gewußt, bis Schicksal und Kampf sie schieden. Er war unbedingt der tückische (oder vorausschauende?), der prinzipienloseste (oder konsequenter?) von allen, der vor nichts zurückschreckte (also bereit war, weiter als alle anderen zu gehen, aber immerhin auf dem Weg, den sie so lange zusammen gegangen waren). Was sollten sie also noch tun, als auf diesem Weg vor ihnen der Abgrund gähnte? Hätte wenigstens einer von ihnen ein Stück Leben nach dem Tod erhalten, die Möglichkeit, nach dem Ende weiterzudenken, die Ursachen des Zusammenbruchs zu erkennen, den ganzen Weg zu beschreiben und sein Herz auszuschütten... Der vorsichtige Stalin gab keinem dieser Chance. Was wollen wir also, damit wenigstens noch einer gegen Ende ausruft: „Und sie dreht sich doch!“ Wenn sie sich aber auch dreht, dann dreht sie sich eindeutig nicht in der richtigen Richtung. Im Augenblick des Weltuntergangs (des „Fortgangs in die Dunkelheit“ nach Koestler) war ihnen wenigstens das absolut klar.

Männer wie John Reed oder Arthur Koestler waren aufrichtige Zeitzeugen. Sie waren interessiert, fühlten mit, waren von einer Idee besessen und sogar beteiligt, bewahrten sich aber von Anfang an immer noch eine Entscheidung offen. Aus diesem Grund waren sie objektive Zeugen. Eine Idee war es, die sie bewegte, vor allem aber waren sie Boten der Wirklichkeit. Bei all ihrer neuen Mitgerissenheit und Einbezogenheit blieben allgemein menschliche Wertvorstellungen die Grundlage ihrer Weltanschauung. Dazu gehörte auch die Wahrheits-treue. Wahrheits-treue kommt vor treuer Pflichterfüllung. Ganze Generationen wa-

ren zu Schuldern eines Ideals erklungen, einer makellosen Zukunft, und das führte zu einer schrecklichen Wirklichkeit.

Es gibt noch einen erstaunlichen Helden aus der „Sonnenfinsternis“. Ein ausländischer Kommunist, der im eigenen Land 20 Jahre hinter Gittern verbracht, aber keinen einzigen Tropfen seines heiligen Glaubens an das Gelobte Land des Sozialismus im Osten verschüttet hat. Hierhin verschlägt es ihn sofort nach der Haft. Hier gerät er übrigens genauso schnell wieder in neue Haft. Er ist ein Vorbild an Unbeugsamkeit, niemand kann ihn brechen, denn er weiß, selbst wenn er nie wieder in die Freiheit und in sein Gelobtes Land gelangt: Es existiert trotzdem, es kämpft für ihn, er kann es sogar mit verbundenen Augen auf eine Karte zeichnen. Er hat begriffen, was für ein Mißgeschick mit ihm geschehen ist. Als er, aus kapitalistischer Haftstrafe entlassen, sich in das Land der Freiheit aufmachte, ist er irrtümlicherweise nicht in den richtigen Zug eingestiegen...

Dieser wahnsinnige Idealheld leidet unter einer besonderen Form von Verrücktheit: Während er in der Dunkelheit gefesselt lag, hat sich die Lebensachse verschoben. Er bewahrte seine Ansichten ungeachtet aller Prüfungen und hielt sie heilig. Schlamm war nur, daß die Wirklichkeit sich in fataler Weise verändert hatte. Aus dem Jahr 1917 wurde Rip van Winkle ohne Umzusteigen in das Jahr 1937 befördert. Andere brachte die Strömung der Zeit dorthin, aber viele von ihnen glaubten genauso wie er nicht dem, was sie sahen, sondern dem, was sie glaubten.

Arbeitslager-Sozialismus ist mehr als nur das Arbeitslager, es ist auch noch Bewußtsein, in ein Reservat von streng geregelten Gedanken hinter den Stacheldraht des offiziellen Dogmas gescheucht.

Die Tragödie des verhafteten Bewußtseins schleppte sich über Jahrzehnte hin. Jetzt endlich kommt Licht in die Dunkelheit, und wir fangen an, uns merkwürdige Fragen über unsre historischen Werdegang zu stellen.

Vielelleicht sind auch wir nicht in den richtigen Zug eingestiegen? Wo ist dann unser Zug? Steht unser Panzerzug vielleicht auf dem Abstellgleis? Alle Züge sind schon abgefahrene, an uns vorbeigerattet und haben im Vorbeifliegen neue Konturen gewonnen. Und wir sitzen immer noch in unserem Panzerzug. Und der steht auf dem Abstellgleis.

Wir kehren auf das Hauptgleis zurück. Darin liegt der in die Zukunft weisende Sinn unserer Veränderungen.

Personalien



Der erste Sowjetbürger, der schon vor der Annahme des neuen Reisegesetzes der UdSSR ohne Einladung ins Ausland fahren darf, ist der 38jährige **Sergej Schwazki**, ein Radiophysiker von der Universität Gorki. Für seine Autoreise durch 14 europäische Länder reicht ein Reisepass, der ihm von der örtlichen

Behörde ausgestellt wurde, Visa der jeweiligen Länder, die er sich in den Botschaften holte, und eine gehörige Portion Hartnäckigkeit. Sergej hatte sich an den Volksdeputierten Viktor Kissin mit der Frage gewandt, warum man ihm denn die freie Ausreise verweigere, wo das doch nicht gesetzlich verboten sei. Der Abgeordnete leitete diese Frage an den Innenminister der UdSSR Wadim Bakatin weiter.

Bei der Organisation seiner Tour wurde er vom Fonds der Volksdiplomatie unterstützt. Diese kürzlich gegründete außerparlamentarische Organisation hat es sich zum Ziel gemacht, humanitäre und geschäftliche Brücken zwischen staatlichen und nichtstaatlichen

Organisationen und einzelnen Bürgern verschiedener Länder zu schlagen. Der Fonds verlieh Schwazki den Status seines „Botschafters“ und beauftragte ihn, während seiner Reise die Route für die „Karawane des Friedens“ auszuarbeiten, die nächstes Jahr zum ersten Mal gestartet werden soll.



Man sagt, König Heinrich VIII. von England habe

Ein ehemaliger Volontär



Als man Mitte der 70er Jahre den fähigen Praktikanten dem damaligen Chefredakteur der „Komsomolskaja Prawda“ vorstellte, scherzte man: „Dieser Junge wird einmal auf Ihrem Sessel sitzen.“

Nach einem Studium an der Universität Kasan kam **Wladislaw Fronin** in die Hauptstadt und durchmaß in 13 Jahren die ganze Dienststufenleiter. Zwei Jahre lang arbeitete er in der Propagandaabteilung des ZK des Komsomol und kehrte als Chefredakteur in die Redaktion der „Komsomolskaja Prawda“ zurück.

Nach seinem Amtsantritt befiel einige Komsomolfunktionäre ein beunruhigendes Gefühl. „Haben wir neuerdings eine zweite Zeitung „Mos-

cow News“, fragte ein Teilnehmer des Plenums des ZK des Komsomol.

Die „Komsomolskaja Prawda“ bezieht eine prinzipielle Position zu allen wichtigen Fragen der politischen und wirtschaftlichen Reform in unserer Gesellschaft, die die Jugend bewegen, vor allem die Frage, wie der Komsomol aussiehen soll. Die Zeitung lässt jeden zu Wort kommen, der eine vernünftige Meinung hat. Verändert haben sich nicht nur die Rubriken, auch neue Autoren schreiben für die Zeitung, und das Interesse an einer klugen und denkenden Zeitung, die auch vom Büro des ZK des Komsomol unterstützt wird, ist gewachsen.

Die Abonnementkampagne 1989 hat der „Komsomolskaja Prawda“ 2,5 Millionen neue Leser gebracht. In diesem Jahr überschreitet die Zahl der Abonnenten die 20-Millionen-Marke.

Der Redakteur sieht diese Tatsache nicht als sein eigenes Verdienst an.

„Wir haben noch nicht die Sprache für die 14- bis 16jährigen gefunden“, sagte er. „Bis jetzt schreiben wir für sie ebenso wie für 28jährige. Dabei haben sie alle unterschiedliche Interessen. Sie unterscheiden sich auch bei unseren Lesern in verschiedenen Regionen des Landes.“

Die ersten Schritte zur Überwindung dieses Umstandes haben die Journalisten bereits getan: Das ganze Jahr über erschien die

„Komsomolskaja Prawda“ mit einer Auflage von einer halben Million in Taschkent in usbekischer Sprache.

Heute herrscht in der Redaktion eine wohltuende, beinahe familiäre Atmosphäre. Inzwischen sind auch die ersten Computer aufgetaucht. Damit aber die Zeitung richtig „lesbar“ wird, braucht sie einen interessierten „Hausherrn“. Die gegenwärtigen Herausgeber, meint Fronin, hätten kein derartiges Interesse. Ein Ausweg sieht der Redakteur in einer gesunden Konkurrenz der Jugendzeitungen. Und die zentrale Komsomolzeitung muß ihre führende Rolle durch das Talent der Journalisten befeißen, nicht aber durch ihren Status in der bestätigten Zeitungs- und Zeitschriftenliste.

Die Leser haben der „Komsomolskaja Prawda“ ihr Vertrauen ausgesprochen, nicht nur dadurch, daß sie die Abonnementsquittungen ausfüllten. Die Komsomolzen der Universität Kasan und anderer Hochschulen der tatarischen Hauptstadt sowie junge Arbeiter des Wachitow-Rayons von Kasan wählten Wladislaw Fronin zum Delegierten des 21. Komsomolkongresses, der im April stattfinden soll. Die Wahl war schwer, denn er mußte sich gegen ernst zu nehmende Konkurrenten durchsetzen, und nicht feierlich wie früher, da Mandate je nach Dienststellung verteilt wurden.

Darts erfunden. Das bei den Briten äußerst beliebte Wurfpeitschenspiel ist inzwischen zu einer internationalen Sportart avanciert. Der Internationalen Darts-Föderation gehören bereits Verbände aus 80 Ländern an. „Es ist nicht ausgeschlossen, daß bald auch die UdSSR dieser Föderation beitritt“, meint der 25jährige **Nail Aksjanow**, der kürzlich zum Präsidenten der Assoziation der Darts-Klubs der UdSSR gewählt wurde.

Darts begann seinen Siegeszug durch die Sowjetunion dank der britischen Firma UNICORN, die im Januar v. J. 250 Garnituren des Spiels an SOVINTER-SPORT übergab. Alle wurden unter Interessenten verteilt, die lernen wollen, Pfeile aus einer Entfernung von acht Fuß (2,4 Meter) auf eine Zielscheibe von 46 Zentimeter Durchmesser zu werfen.

Wie Pilze sind inzwischen in Moskau, Leningrad, Kiew, Odessa und anderen sowjetischen Städten Darts-Klubs aus dem Boden geschossen.

„Ich selbst habe erst vor ein paar Monaten zum ersten Mal einen Wurfpeil in die Hand genommen“, sagte Nail Aksjanow, der für einen hauptstädtischen Klub an den Moskauer Mannschaftsmeisterschaften teilnahm. „Hinsichtlich der Erreichung eines psychischen Gleichgewichts erinnert Darts an die Gymnastik des Ostens, hinsichtlich seiner Leidenschaft an Roulette.“

Den ersten Preis des Turniers gewann die Mannschaft der Moskauer Genossenschaft „Poisk“, die im Finale die Vertreter der Internationalen Darts-Liga bezwang. Übrigens stellt „Poisk“ als erster sowjetischer Betrieb Darts-Garnituren her, die in den Sportgeschäften Moskaus verkauft werden.

Mit geschlossenen



Augen hätte man annehmen können, Tina Turner persönlich sei nach Sopot gekommen", sagte ein polnischer Musikkenner nach dem Auftritt der sowjetischen Sängerin **Olga Kormuchina**.

Der Absolventin der Gnessins-Musikschule war es nicht gelungen, beim Fernsehwettbewerb junger Interpreten „Jurnalja '86“ auf sich aufmerksam zu machen. Dafür attackierte sie als Bandleader von „Krasnaja Pantera“ das Heavy-Metal-Publikum beim Festival „Weter Permen“ in Dnepropetrowsk, wo sie den Grand Prix erhielt. Und wieder drehte sich das Glücksrad: Pech beim Festival „Interchange“, das von „Meshdunarodnaja Kniga“ veranstaltet wurde, um ausländische Produzenten für sowjetische Rockgruppen und Interpreten zu interessieren. „Wozu brauchen wir eine zweite Tina Turner?“, fragte Theo Hartl, Leiter des Studios „Red Line“, das in der BRD eine Platte der sowjetischen Rockband „Cruise“ herausgebracht hat.

Olga Kormuchina bemüht sich um einen eigenen Stil. Sie verließ inzwischen „Krasnaja Pantera“, wo man heavy weiterspielte, und ging zum Liedertheater von Alla Pugatschowa. Hier gründete sie die Gruppe „Gella“, wodurch sie ihre gute Kenntnis von Bulgakows Roman „Der Meister und Margarita“ unter Beweis stellt.

Professor Anatoli Besuglow hält sich für den einzigen Wissenschaftler, auf den die Bezeichnung Sowjetologe tat-

sächlich zutrifft. Er leitet den in der UdSSR einmaligen Lehrstuhl für sowjetischen Gesellschaftsaufbau an der Unionshochschule für Rechtswissenschaft im Fernstudium.

Neben seiner Tätigkeit als Sowjetologe schreibt Besuglow noch Kriminalromane. Der habilitierte Doktor der Rechtswissenschaften und Vizepräsident des Sowjetischen Verbandes des politischen und Kriminalromans trat für die Herausgabe der 30bändigen Serie „Sowjeti-



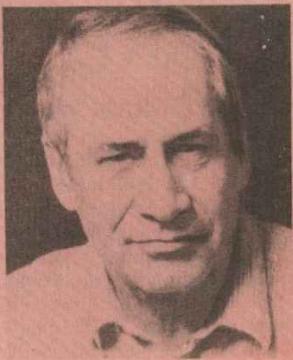
scher Kriminalroman“ ein, zu der die nach Lesermeinung interessantesten Werke gehören sollen. Anatoli Besuglow ist der Ansicht, daß die Behauptung, Kriminalromane würden Gewalt, Rechtsverletzungen und einen schlechten Geschmack kultivieren, absurd ist. „Da könnte man ja auch behaupten, Kriegsromane würden zum Blutvergießen aufrufen. Ich wollte, als ich zur Feder griff, von Tragödien und gebrochenen Schicksalen berichten, die in abgewetzten Ordnern mit Strafachen versteckt sind. Wollen wir etwa, wenn wir davor die Augen verschließen, das alles zurückweisen, was in der Gesellschaft passiert ist?“



Viele Jahre lang war der Name **Giedrius Mackevicius**

Ein Kundschafter wird Politiker

Der 66jährige General **Markus Wolf**, der vor drei Jahren seinen Posten als Leiter des DDR-Aufklärungsdienstes aufgegeben hatte, steht im Mittelpunkt des politischen Lebens, seitdem er sich für die umfassende Demokratisierung des Lebens in der Republik eingesetzt hat. Markus Wolf ist der Prototyp des Superspions in den Detektivromanen von Le Carre. Der Sohn des antifaschistischen Schriftstellers Friedrich Wolf („Professor Mamlock“ u. a.) nahm nach der Gründung der DDR seinen Dienst als Kundschafter auf und wurde bald Leiter der Aufklärung. Die bekannteste Operation war die Infiltration des Agenten Guillaume in das persönliche Büro von Willy Brandt. Die Enttarnung Guillaumes war für Brandt einer der Gründe, vom Posten des Bundeskanzlers zurückzutreten.



Vor einigen Tagen sagte Markus Wolf gegenüber Journalisten, das sei ein politischer Fehler gewesen, der in erster Linie der DDR selbst geschadet habe, da damit die Möglichkeit für eine reale Besserung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR verschenkt wurde.

Die Familie Wolf hat viele talentierte Mitglieder. Markus' Bruder Konrad, der kürzlich verstarb, war ein bekannter Filmregisseur und Präsident der Akademie der Künste. Nachdem Markus Wolf aus dem aktiven Dienst ausgeschieden war, schrieb er seinen Bestseller „Die Troika“, in dem er versucht, das Schicksal von Menschen seiner Generation gedanklich zu erfassen.

Das Eintreten eines Geheimdienst-Generalobersten für den Schutz der Demokratie löste eine Sensation aus.

Seinen Worten zufolge, reichte er seinen Abschied ein, weil er das, was um ihn herum geschah, nicht mehr länger mit ansehen konnte. Scharf kritisiert er den ehemaligen Führer der DDR Erich Honecker und seinen unmittelbaren Vorgesetzten, den 82-jährigen Minister für Staatssicherheit Erich Mielke. Wie konnte sich Wolf in diesem Fall 33 Jahre lang auf dem Posten des Leiters der Aufklärung halten?

„Ich war völlig selbstständig und hatte nichts mit anderen Dienststellen zu tun... In den Jahren des kalten Krieges kämpfte ich gegen den westdeutschen Spionagedienst, der mit Hilfe der Amerikaner von alten Nazis wiederaufgebaut wurde.“

cius mit dem Mimen-Theater verbunden. Heute ist der 44jährige Regisseur einer der Leiter des neuen Intertheaters.

Die erste Wende in seinem Leben erfolgte vor 23 Jahren, als der Diplomchemiker zum Jugendtheater von Vilnius kam. Er spielte Nebenrollen und nahm an Massenszenen teil. Als später eine Pantomimentruppe gebildet wurde, ging er zu ihr und wurde bald ein führender Darsteller. 1967 kürtle man ihn zur besten Mime des Baltikums. Fünf Jahre später eine neue Wende: Mackevicius nimmt ein Regiestudium an der Staatlichen Hochschule für darstellende Kunst auf und siedelt nach Moskau über. Der

innere Bruch, den er in diesen Jahren durchlebte und der mit der Gewöhnung an neue, den eigenen so unähnliche Traditionen im Zusammenhang stand, hatte auch gute Seiten: Die Verbindung zwischen litauischer Epik und slawischem Gefühl wurden später zu einem der interessantesten Züge im Schaffen von Mackevicius. 1973, noch als Student, gründete er das Mimen-Theater, das einzigartig als Ereignis im kulturellen Leben gewürdigt wurde. In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten war der Inszenierungen stets großer Erfolg beschieden. Dennoch unternahm Mackevicius eine weitere Wende.

Das Intertheater reizte ihn durch die Möglichkeit, bei der Inszenierung der verschiedenartigsten Stücke seine Kräfte zu erproben: Dramen, Opern, Ballett... Seine wichtigste Aufgabe sieht der Regisseur darin, dem Theater seine ursprüngliche Konvention wiederzugeben, die es in den letzten Jahren verloren hat. „Das Theater muß sich nicht mit der Publizistik messen wollen. Deren äußerste Konkretheit und Aktualität sind nichts für die Bühne“, sagte Mackevicius. „Die Probleme, auf die sich das Theater konzentrieren sollte, liegen im Bereich des Ewigen und Allgemeinemenschlichen.“

Maskal Flower

Künstlerschicksal vor und nach der Revolution

Die elegante Villa des Künstlers taucht unerwartet auf wie eine Perle im Schmutz und gleicht einer Fata Morgana in der Wüste. Noch vor Minuten – dreckige unbefestigte Straßen, Staubfontänen bis zum Himmel, Kinder mit bettelnd vorgestreckten Händen, auf Gaben hoffend... Die Zeit ist in dieser Gegend stehen geblieben. Ist nicht vor drei Jahrhunderten der hier gebürtige Abram Hannibal, der berühmte Mohr des Zaren Peter I., der Urgroßvater von Alexander Puschkin, diese Wege gezogen? Hatte es nicht vor 100 Jahren den Agenten einer Handelsfirma und genialen französischen Dichter Arthur Rimbaud, das „enfant terrible“ der französischen Sprache, hierher verschlagen?

Und plötzlich ein Wunder! Der Wächter öffnet das Tor – und man gelangt in einen wundervoll grünen Garten Eden mit plätscherndem Wasser und Obstgärten... Man tritt in den Palast und wird nach der gewöhnlichen äthiopischen Hitze von paradiesischer klimageregelter Atmosphäre umfangen. In dieser Villa bei Addis Abeba, wo ein Künstleratelier und eine kleine Kunstsammlung Platz finden, wohnt ganz allein der wohl berühmteste Äthiopier, der weltweit anerkannte Meister Afework Tekle.

Er begann mit 5 Jahren zu zeichnen. Er malte auf Häuserwände und in den Straßenstaub. Als Pinsel dienten ihm Kohle und Späne. „Ich zeichnete das, was alle Kinder malen – Bäume, Tiere, Menschen, Blumen...“, erzählt der Künstler. Die ungetrübte Kindheit endete mit der Aggression des faschistischen Italien. Afework Tekle wurde von einem Bombensplitter verwundet. „Ich wuchs unter dem Eindruck der Scheußlichkeiten des Krieges auf“, fährt der Künstler fort, „deshalb hasse ich von Kindheit an jegliche Gewalt.“ Vielleicht ist gerade seit jener Zeit seine Lieblingsfarbe hellblau, die Farbe des Friedens.

Der begabte Junge hatte Glück, man wurde auf ihn aufmerksam. Die Regierung des Negus schickte Afework nach Großbritannien zum Bergbau studium, er ging jedoch an die Fakultät für schöne Künste der Londoner Universität (die

berühmte Slade-Schule). Tekle reiste viel in der Welt herum, studierte die äthiopischen Manuskripte in London und Paris sowie in der Bibliothek des Vatikans.

Sein Schicksal fügte sich für das monarchistische Äthiopien selten glücklich. Er erhielt einen staatlichen Auftrag für Fresken in der St.-George's-Kathedrale in Addis Abeba. Dann für die Buntglasfenster in der Militärakademie in Harar. Er wird beauftragt, ein Denkmal für den äthiopischen Nationalhelden Ras Makonnen zu errichten. Letztendlich vertraut ihm Ende der 60er Jahre, er ist inzwischen allgemein anerkannt, die afrikanische Gemeinschaft die Anfertigung eines Buntglasfenster-Tryptichons im Afrikahaus in Addis Abeba an. Auf 150 Quadratmetern stellt Afework Tekle mit künstlerischen Symbolen die „traurige Vergangenheit, den Kampf für die Befreiung und die edlen Bemühungen Afrikas in der Zukunft“ dar. Mit Buntglasfenstern stattet Tekle auch das Stabquartier der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika in Addis Abeba aus.

Besonders kennzeichnend für das Talent von Afework Tekle ist die außerordentliche Breite seines Schaffens, das vom friedlichen Nebeneinander von Realismus, Symbolis-

mus und Abstraktem geprägt ist. Tekle ist nicht nur ein begabter Bildhauer und Monumentalkünstler, sondern auch ein berühmter Graphiker (Entwürfe für Briefmarken) und Schöpfer moderner Nationalkleidung... In seinem Schaffen nehmen verallgemeinerte Frauenallegorien einen besonderen Platz ein, in denen der Künstler symbolisch das Bild seiner geliebten Heimat festhalten will. So seine Werke „Aida“, „Maskal Flower“ und „Mother Ethiopia“... Die harmonische Verschmelzung der modernen darstellenden Mittel mit den Formen der mittelalterlichen Kunst gestatteten Afework Tekle, einen einmaligen Platz unter den modernen Künstlern Afrikas einzunehmen. Seine Ausstellungen, die erste fand 1954 statt, als Tekle noch nicht einmal 22 Jahre alt war, erlebten Triumphe in der ganzen Welt, dreimal fanden sie in der Sowjetunion statt.

Die antifeudale Revolution 1974 erlebte Afework Tekle auf dem Höhepunkt seines künstlerischen Schaffens als reicher Mann, Mitglied der Elite der äthiopischen Gesellschaft und Abgeordneter des Parlaments... Was hat Tekle bewogen, im Land zu bleiben, obwohl sein Name enger mit dem Regime des Negus verbunden ist als der Name irgendeines anderen äthiopischen Künstlers?

„Ich war zu jener Zeit in Europa, im gutisierten, satten und glücklichen Europa. Von zu Hause kamen furchtbare Meldungen“, erzählt Tekle. Seine schmalen, gepflegten Finger zittern, als er eine feine, fast durchsichtige Porzellantasse mit starkem Kaffee an die Lippen hebt. „Über das Radio wurden täglich Listen der ‚Volksfeinde‘ verlesen. Darunter waren viele Bekannte von mir... Die Revolutionäre zündeten mein Geburtshaus in Ankober an und benutzten meine Villa als Pferdestall... Alle meine engen Freunde emigrierten... Ich aber bin Künstler. Und ich habe mich gefragt: Kann ich fern von der Heimat schaffen, Äthiopien nach Büchern und Zeitschriften malen? So kehrte ich nach Hause zurück...“

„Hat man Sie mit offenen Armen empfangen?“

„Ich kann froh sein, daß man mich am Leben gelassen hat. Ich war wahrscheinlich im Ausland zu berühmt... Doch die Proletkultler haben einen bösen Feldzug der Verleumdungen und Hetze gegen mich aufgezogen. Mal beschuldigten mich die Revolutionäre, daß auf dem Bild „Maskal Flower“ eine Aristokratin abgebildet ist, dann verlangten sie die Vernichtung des Bildes „Mother Ethiopia“ unter dem Vorwand, daß es angeblich das monarchistische Äthiopien idealisiert... Dann ließ man mich allerdings für eine Weile in Ruhe. Grund dafür war, daß ich in einem Kulturminister der Volksdemokratischen Republik Äthiopien einen Gönnner hatte. Als dieser aber in Frankreich um politisches Exil bat, setzten für mich wieder schwere Zeiten ein.“

Die Revolutionäre waren wahrscheinlich



Afework Tekle in seinem Atelier

Mord in Dubna

Politische Aktion oder Verbrechen?

Wer ermordete Jerzy Polys?", fragen die Leser der polnischen Ausgabe der NZ. Der polnische Physiker war am Vereinigten Institut für Kernforschung in Dubna bei Moskau tätig. Bei der Leiche wurde, wie die Zeitungen schreiben, ein Zettel mit den Worten „Für Lenin in Nowa Huta“ gefunden. Die Recherchen hat der Oberuntersuchungsleiter der Moskauer Gebietsstaatsanwaltschaft Anatoli Frolovski übernommen.

„Der Mörder ist noch nicht gefunden, doch das, was bereits bekannt ist, erlaubt, politische Motive auszuschließen. Der Mord dürfte ein Raubmord gewesen sein“, meint Anatoli Frolovski. „Dafür spricht vor allem die Atmosphäre in der Wohnung, die sich den Mitarbeitern der Miliz bot, nachdem Jerzy Polys' Kollegen, besorgt über dessen Abwesenheit, Alarm geschlagen hatten. Er selbst wurde am Tatort mit, wie die

Jerzy Polys

Kriminalisten sagen, Anzeichen eines gewalttäglichen Todes gefunden. In seiner Wohnung war alles durchgewühlt, die Verbrecher hatten eine regelrechte Haussuchung vorgenommen, doch übrigens sollten sie die dort versteckten 2040 Rubel und 31 150 Zloty nicht finden. Im Schrank und im Schreibtisch waren die Schubladen herausgezogen, die Taschen der Anzüge umgekrepelt, die Koffer aufgerissen... Jerzy's Sohn, der auf unsere Bitte hin eintraf – er hatte seinen Vater auch schon früher besucht –, sagte aus, einige Wertgegenstände seien verschwunden. Kurz gesagt, viele Details sprechen für einen Raubüberfall.

Dazu ist zu sagen, daß es in der Stadt der Physiker still und ruhig ist, Fahrraddiebstähle sind hier die schlimmsten Rechtsverstöße. Die Menschen leben offen, besuchen einander, kurz gesagt, es herrscht eine kollegiale wissenschaftliche Atmosphäre.

Jerzy Polys lebte bereits etwa 3 Jahre in Dubna, war wissenschaftlicher Oberassistent am Vereinigten Institut für Kernforschung und galt als guter Spezialist. Nach Meinung seiner Kollegen war er wissenschaftlich recht erfolgreich, nahm an Symposien teil. Viele hatten ein gutes Verhältnis zu ihm.

Er galt als höflich, wohlerzogen, als „Pole der alten Schule“, wie sich seine Landsleute (74 polnische Familien leben in Dubna) über ihn äußerten.

Familie Polys war in Polen geblieben, Jerzy besuchte sie oft; Sohn, Tochter und Frau besuchten ihn in Dubna. Doch die meiste Zeit lebte er hier allein. Alle wußten, daß er in seiner Wohnung große Summen aufbewahrte. Offenbar spielte gerade das eine verhängnisvolle Rolle.

Wie eine Überprüfung ergab, waren unter Jerzy Polys' Bekannten nicht nur Wissenschaftler, seine Kontakte beschränkten sich nicht auf Arbeitskollegen. Er traf sich, wie sich jetzt herausstellt, regelmäßig auch mit Leuten, die Mangelwaren aufkaufen. Im letzten halben Jahr fuhr er jeden Monat nach Polen und brachte von dort Artikel mit, die bei uns besonders gefragt sind – von Kosmetika bis zu Videorecordern. Seine

Verwandten erinnern sich, daß er im Oktober, bei seinem letzten Besuch in Polen, Dollars aus der Sowjetunion mitbrachte... Nicht ausgeschlossen, daß derartige Operationen (übrigens wußten viele Arbeitskollegen von dieser Tätigkeit Jerzy Polys'), doch sahen darin nichts Besonderes) das Verbrechen provoziert haben.

Unsere Version von den Motiven des Verbrechens wird, soweit mir bekannt ist, fuhr Anatoli Frolovski fort, „auch von Jozef Gurgul, einem erfahrenen polnischen Kriminalisten, Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft der VR Polen, geteilt. Er besuchte Dubna, studierte die Unterlagen des Falls, war bei Befragungen von Zeugen zugegen.“

Was aber den Zettel angeht, so wurde tatsächlich in der Wohnung ein Blatt Papier mit den Worten gefunden: „Für Lenin in Krakow. So wird es allen ergehen“. Wir meinen, das ist eine zynische Provokation, ein Versuch, die Untersuchung auf die falsche Spur zu bringen.“

B. Balkarej

„Maskal Flower“

wirklich der Meinung, daß alles Gute mit dem Umsturz anfängt, und alles früher Geschaffene nur zur Zerstörung gut ist. Was, wenn das im Leben wirklich so wäre!“

„Die Behörden gaben Ihnen dann aber die Möglichkeit, künstlerisch tätig zu sein. Die Freske „Äthiopiens Sieg“, die von den Sehnsüchten und dem schwierigen Kampf des äthiopischen Volkes erzählt, ist im Haus der Revolutionshelden in Debre-Tsiet ausgestellt. Sie haben auch Entwürfe angefertigt für ein neues Wappen der VDR Äthiopien sowie ein Emblem für die gesamtationale Kampagne für Wirtschaftsentwicklung und Aufschwung der Kultur...“

„Das stimmt, doch die offizielle Anerkennung war von Ausfällen gegen meine Kunst begleitet. Ich erinnere mich, wie ich während einer Dürre das Bild „Soll es doch regnen“ malte. Es wurde sofort als konterrevolutionär verschrien. Wissen Sie warum? Man darf den Gott nicht um Hilfe bitten, nicht Almosen von der Natur erwarten, sondern man muß sie offensichtlich mit Gewalt nehmen...“

Der Künstler lächelt, das erste Mal während unseres Gesprächs. Das schmale aristokratische Gesicht veränderte sich, die Augen wurden jung und röhrend schutzlos.

„Ich sehe die Welt jetzt voller Interesse. Kindlich naiv hoffe ich auf Veränderungen in Äthiopien. Ich kann aber das Leben unter dem Negus nicht beschimpfen“, fährt der Künstler fort. „Ich hatte die Möglichkeit, eine hervorragende Ausbildung zu erhalten, frei zu schaffen und viel zu reisen... Nein, das ist es wohl doch nicht. Das ist nur Nostalgie, Erinnerung an die vergangene Liebe, an die Jugend...“

J. Borowoi
ADDIS-ABEBA – MOSKAU



Jerzy Polys

Eine Brücke

zwischen uns soll die Internationale Assoziation der Kulturschaffenden „Nowoje Wremja“ werden.

Über die Notwendigkeit, alle Strömungen der russischen Kultur wieder zusammenzufassen und in unsere Kultur die Namen wieder einzugliedern, die wir lange Zeit vermissen mußten, sagte bei seiner ersten Pressekonferenz der eben erst ernannte Kulturminister Nikolai Gubenko.

Wir wollen nicht einfach ein langfristiges „Öffnen der Schleusen“ unsererseits, das von der Konjunktur des Staates abhängt oder eine Erweiterung des Kulturaustausches – das gibt es schon: Wir wollen mehr, die Wiedervereinigung der sowjetrussischen mit der russischen Kultur im Ausland in einem „gemeinsamen Haus“.

Jede Wiederbelebung etwas in Zeit und Raum Vergangenen ist von schmerzlichen Erscheinungen begleitet. Es ist auch nicht einfach, die vorgefaßte Einstellung zur Emigration zu ändern. Die ideologische Arbeit lief bei uns schon immer, zumindest was die quantitative Seite angeht, der kulturellen Aufklärungsarbeit den Rang ab, und deshalb ist es manchmal schwer, unsere Mitbürger davon zu überzeugen, daß wir uns mit den Vertretern der künstlerischen Emigration zusammenschließen müssen. Sie sind neugierig, die früher „verbotene Frucht“ kennenzulernen, bereit zuzugeben, daß Emigranten nicht mit Verrätern gleichzusetzen sind, doch die Emigrantenkultur als einen Teil der eigenen Kultur zu betrachten, zu begreifen, daß die künstlerischen Werte in ihrer Zugehörigkeit zu Rußland keine Grenzen, Systeme oder Perioden kennen, fällt ihnen außerordentlich schwer. Es gibt auch noch Hindernisse anderer Art: Es ist fast unmöglich, das geographische und chronologische Mosaik der russischen Kultur im Ausland zusammenzutragen und zu erfassen. Dabei ist nicht klar, was man sich leichter vorstellen könnte: die beiden ersten Emigrationswellen, die nach der Oktoberrevolution und die während des Krieges, oder die beiden letzten, die der sechziger Jahre und die heutige. In dem einen wie dem anderen Fall haben wir uns eigentlich für immer voneinander verabschiedet und uns dabei niemals Gedanken um die kulturelle Zukunft der Heimat gemacht. Jetzt kommen wir ohne

die Hilfe von Kulturzentren und Fonds nicht mehr aus, wir sind auf sie angewiesen, auch wenn wir nur Informationen zusammentragen wollen.

Ein möglicher Weg ist von der „Nowoje Wremja“ und der Moskauer Kunstassoziation vorgeschlagen: die Gründung einer



Vladimir Ashkenazy dirigiert das London Royal Philharmonic Orchestra. Moskau, November 1989

Internationalen Assoziation der russischen Kulturschaffenden im Ausland in Moskau mit Filialen in allen Unionsrepubliken und in den Ländern, wo wenigstens an einigen Orten unsere Kultur zu Hause ist. Eine derartige Assoziation auf föderativer Grundlage sollte all die Kulturschaffenden vereinen, die unabhängig von ihrer nationalen und territorialen Zugehörigkeit ihre Kräfte für das Wohl und den Ruhm unseres Vaterlandes einsetzen.

Diese Internationale Assoziation wird ein Stipendium stiften, um Praktika und Studienaufenthalte junger Menschen in verschiedenen Ländern zu ermöglichen, alles Talentierte und Bedeutende zu fördern, das den Aufbau des „gemeinsamen Hauses“ unterstützt und einen humanen Frieden bekräftigt.

Die neue Assoziation wird in enger Zusammenarbeit mit den Künstlerverbänden tätig sein und mit allen Organisationen, die aufgerufen sind, unsere Kultur sowohl in der UdSSR als auch im Ausland zu entwickeln.

Eine solche Assoziation kann dann auch erreichen, daß die Verbindungen mit der russischen Kultur im Ausland nicht mehr von oben angeordnete „Wohltätigkeitsveranstaltungen“ sind, sondern eine wirkliche Wiedervereinigung der Kultur, die unab-

hängig ist von der Politik einzelner Staaten.

Gründungsmitglieder der neuen Assoziation, die noch keinen offiziellen Status besitzt, da der Vertrag erst vor einer Woche unterzeichnet wurde, sind die Redaktion der „Nowoje Wremja“, die Moskauer Kunstassoziation und die Internationale Assoziation „Intelligenz zur Unterstützung von Perestroika und Glasnost“ (Frankreich – USA – Kanada) und die Genossenschaftsbank „Wostok“. Auf der Gründungsversammlung wurde nicht nur das eingeschätzt, was im Rahmen des Festivals „Nowoje Wremja“ bereits realisiert wurde – Begegnungen mit dem Schriftsteller Wassili Aksjonow, dem Solisten der Pariser Grand Opera Rudolf Nurijew und mit Vladimir Ashkenazy. Es wurde ebenfalls ein konkreter Plan für die Zukunft aufgestellt. 1990 wurde von der

UNESCO zum Tschaikowski-Jahr erklärt. Die neue Assoziation will ebenfalls den 150. Geburtstag des großen russischen Komponisten würdigen. Die Idee eines Tschaikowski-Festivals wurde vom Leningrader Regisseur und stellvertretenden Generaldirektor der Leningrader Abteilung der Unions-Aktiengesellschaft Intourist Valeri Matwijenko vorgebracht und von den Gründungsmitgliedern der Assoziation unterstützt: Am 30. Juni, wenn die weißen Nächte zu Ende gehen, soll in einem Vorort von Leningrad ein Fest stattfinden, an dem führende sowjetische und ausländische Opernsänger, Ballettsolisten und bekannte Musiker teilnehmen. Unsere Landsmannin

Jelena Tschernyschowa, die als künstlerische Leiterin an der Wiener Oper tätig ist, hat sich bereiterklärt, das Festival zu inszenieren, am Dirigentenpult wird der Volkskünstler der UdSSR Juri Temirkanow stehen. Auftritte von Rudolf Nurijew, Michail Baryschnikow und anderen bekannten Balletttänzern sind vorgesehen... Die Finanzierung des Festivals übernimmt die Genossenschaftsbank „Wostok“.

Für diejenigen, die Sponsoren unseres Festivals werden wollen, veröffentlichen wir die Nummern der Devisenkonten von „Wostok“. In der Schweiz: Zürich, Schweizer Kreditanstalt, Kto-Nr. 971 450 - 03; in den USA: Houston First City Texas Bank, Kto-Nr. 001 801 1885. Daneben können Rubel auf das Konto des Moskauer Kunstverbandes überwiesen werden: Promstroibank, Abteilung Moskowretzk, Verrechnungskonto Nr. 609 411.

Die neue internationale Assoziation hat schon die ersten Schritte getan. Sie sind das Unterpfand dafür, daß sie durchaus in der Lage sein wird, auch die anderen Pläne zu verwirklichen: gemeinsame Ausstellungen von in der UdSSR und im Ausland lebenden Künstlern, neue Vorhaben in Theater und Ballett, gemeinsame Verlagstätigkeit...

Foto: E. Lewin

Neue Möglichkeiten für Geschäftsleute



Die Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt (MKU GA) hilft Ihnen, Ihre Probleme beim internationalen Luftransport und bei der Gründung von Gemeinschaftsbetrieben mit ausländischen Partnern zu lösen.

MKU GA



wickelt jede außenwirtschaftliche Tätigkeit der Zivilluftfahrt ab, inklusive Luftransport und Service in der UdSSR und im Ausland; Devisen- und Finanzverrechnungen; Abschluß von Verträgen und Vereinbarungen; Werbung für Lufttransport und Service; technische Hilfe für sowjetische und ausländische Organisationen, Firmen und Einzelpersonen bei Wartung und Reparatur von Flugtechnik, bei Lieferungen von Ausrüstung und Material und bei der Ausbildung von Fachleuten.

Einen Geschäftspartner wie MKU GA zu haben, bedeutet schnellen und effektiven Zugang zu direkten Geschäftsverbindungen mit Luftfahrtgesellschaften, Firmen und Organisationen in fast 100 Ländern ohne zusätzliche Ausgaben.

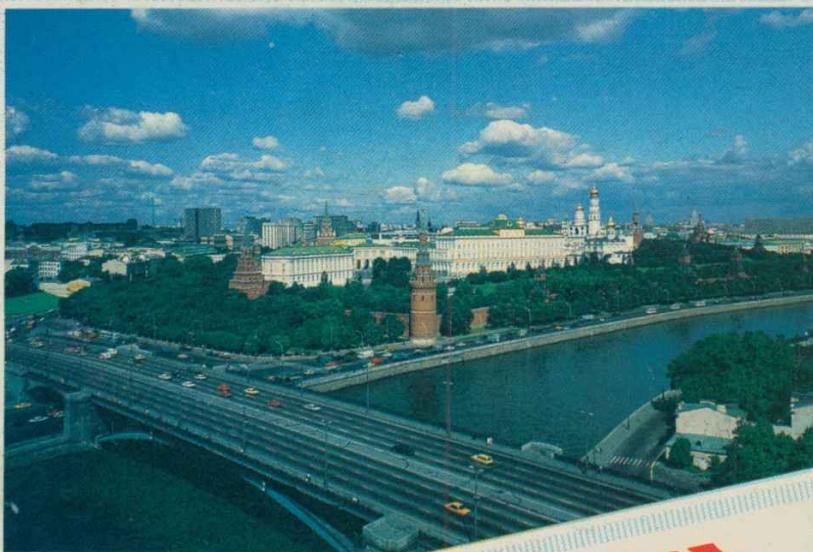
Wenn Sie mit uns zusammenarbeiten wollen, schreiben Sie uns:
125167 Moskau, A-167, Leningradski Prospekt 37
Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt

Telefon: 155 66 47
Telex: 411 969

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

GESCHÄFTSLEUTE, TOURISTEN!

Aeroflot bis
Airlines un
Fluglinie a
dem 16. Ju
der komfortable Airbus A-310 zur Verfügu
Abflug aus Wien dienstags und sonntags,
aus Tokio montags und mittwochs.



АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

AUSTRIAN AIRLINES ➤

ANA ➤

*Die Verbindung Wien – Tokio via Moskau ist besonders
bequem für Fluggäste aus der Bundesrepublik
Deutschland, der Schweiz, Spanien und Italien.*

*Flugplan der neuen Linie

Flug OS/NH/Su-555		Flughäfen		Flug NH/OS/Su-556	
Ankunft	Abflug			Abflug	Ankunft
-	11.25	WIEN		-	17.30
15.50	17.15	MOSKAU		16.25	15.20
08.00	-	TOKIO		09.50	-

*Ortszeit

**TRANSIT DURCH DIE UdSSR –
DER KÜRZESTE UND BEQUEMSTE WEG
AUS EUROPA NACH JAPAN UND ZURÜCK!**